

ericht setzt  
engen Ma  
Dienstle

Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11  
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenabteilung Köln (02 26) 10 15 24 / Vertriebsabteilung  
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Werbepapierbörsen

Belgien 36,00 bfr., Dänemark 8,00 dkr., Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr.  
Großbritannien 66 p., Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din., Luxemburg 28,00 lfr.,  
Niederlande 2,00 fl., Norwegen 7,50 nkr., Österreich 13 Sch., Portugal 100 Esc.,  
Schweden 5,00 skr., Schweiz 1,80 sfr., Spanien 125 Ptas., Kanarische Inseln 150 Ptas.

## WELTSCHAU

### POLITIK

**Nicaragua:** Für das Haushaltsjahr 1985 hat der US-Kongress jetzt endgültig jede weitere Hilfe für die gegen das nicaraguanische Regime kämpfenden "Contras" untersagt. Im mexikanischen Manzanillo nahmen derweil Vertreter der USA und Nicaraguas offizielle Gespräche auf. (S. 8)

**Italien:** Eine Woche nach der Europawahl, bei der die KP zur stärksten Partei Italiens auftrug, haben die Kommunisten bei den Regionalwahlen auf Sardinien Verluste hinnehmen müssen. Stärkste Einzelpartei wurde die Democrazia Cristiana. (S. 4)

**Asyl:** Einem Exilkroaten, der sich zur Zeit in jugoslawischer Haft befindet, ist vom Bundesverwaltungsgericht in Berlin Asyl zugestanden worden. Der Mann hatte zuletzt 1974 einen Asylantrag gestellt, war aber trotzdem nach Jugoslawien abgeschoben worden. (S. 4)

**Abrüstung:** Die USA haben der Sowjetunion angeboten, die Verhandlungen auch in vertraulichem Rahmen wiederaufzunehmen, falls es Moskau zu "peinlich" sei, nach Genf zurückzukehren, sagte Vize-Außenminister Burt von dem Kongress in Washington.

**Durchsuchung:** Im Zusammenhang mit der Spionageaffäre hat die Staatsanwaltschaft erneut die Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) und der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) durchsucht. (S. 4)

**Golfkrieg:** US-Verteidigungsminister Weinberger sieht kein baldiges Ende des Kriegs zwischen Iran und Irak. Er glaube eher, daß es bald zu einer der schrecklichsten seit dem ersten Weltkrieg kommen könnte. Beide Seiten hätten an der Front insgesamt eine Million Soldaten zusammengezogen.

**Argentinien:** Der frühere Junta-Chef Viola ist verhaftet worden. Er hatte Ende der 70er Jahre das direkte militärische Eingreifen bei der "Blimierung" marxistischer Elemente angeordnet.

**Hente:** Verwaltungsrat der Bundesanstalt für Arbeit berät über Zahlungen für mittelbare vom Metall-Streik Betroffene.

### An die Leser der WELT

Trotz der andauernden Streikaktionen der IG Druck erscheint die WELT auch heute mit 16 Seiten. Ein größerer Umfang ist leider nicht möglich. Wir bitten unsere Leser und Inserenten um Verständnis. Verlag und Redaktion DIE WELT

### WIRTSCHAFT

**Gewinn gestiegen:** Die Bundespost erzielte im vergangenen Jahr bei einem Umsatz von 44,2 Milliarden DM einen Gewinn von 2,2 Milliarden gegenüber 1,7 Milliarden 1982. (S. 9)

**desanstalt für Arbeit** befindet sich gegenwärtig in einer über Erwartungen hinausgehenden Lage, berichtet die Bundesbank. Falls durch den Arbeitskampf nicht größere Belastungen entstehen, sei für 1984 mit einem Überschuss zwischen zwei und drei Milliarden DM zu rechnen.

**VEBA:** Nach einem glänzenden Abschluß 1983 erwartet der Konzern für das laufende Geschäftsjahr ein noch besseres Ergebnis. Im ersten Quartal '84 konnte der Überschuß nach Steuern mit 119 Millionen DM gegenüber dem Vorjahreszeitraum fast verdoppelt werden. (S. 11)

**Börse:** An den Aktienmärkten kam es zu Kurssteigerungen auf breiter Front. Der Rentenmarkt war nur wenig verändert. WELT-Aktienindex 145,7 (144,6). Dollar-Mittelkurs 2,7952 (2,8073). Mark Goldpreis pro Feinunze 399,00 (369,25) Dollar.

**Milliardenüberschuß:** Die Bundesanstalt für Arbeit

### KULTUR

**Michel Foucault:** Der französische Philosoph und Historiker ist im Alter von 57 Jahren in einer Pariser Klinik gestorben.

**Inszenierung** von Schillers "Maria Stuart" am Wiener Burgtheater beschieden: Noelles pessimistische Sicht der Geschichte stand Schillers Gegenbild eines "Triumphs des Sittlichen" im Wege. (S. 15)

**Burgtheater:** Nur ein mäßiger Erfolg war Rudolf Noelle mit seiner

### ZITAT DES TAGES



"Was sollen eigentlich die Deutschen in der DDR von uns Deutschen in der Bundesrepublik halten, wenn wir eine Protestpartei so stark machen, die das sicherlich ferne Ziel der Wiedervereinigung aufkündigt."

Irmingard Adam-Schwartz, Mitglied des FDP-Präsidiums, zur Forderung der Grünen, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen. FOTO: BANDENWPA

### SPORT

**UEFA:** Der 66 Jahre alte Franzose Jacques Georges wurde in Paris auf dem 17. Kongress der Europäischen Fußball-Union zum Präsidenten gewählt.

**Tennis:** Andreas Maurer, Hans-Dieter Beutel und Sylvia Hanika sind bereits in der ersten Runde des Wimbledon-Turniers in London ausgeschieden. (S. 14)

### AUS ALLER WELT

**Discovery:** Der Start der dritten US-Raumfähre ist gestern in Cap Canaveral zum zweiten Mal gescheitert. Die drei Triebwerke fielen kurz nach der Zündung aus. Am Montag hatte der Start wegen eines Fehlers im Ersatz-Computer neun Minuten vor dem Abheben unterbrochen werden müssen.

**Wetter:** Heiter bis wolkig, kaum Niederschlag. 17 bis 25 Grad.

**Doppelmord:** Einer der schwierigsten Kriminalfälle der Berliner Nachkriegsgeschichte - der Mord an zwei jungen Berlin-Besucherinnen aus Norwegen vom März 1982 - ist aufgeklärt. Nach tagelangen Verhören hat ein 23-jähriger Kellner die Bluttat gestanden. (S. 16)

**Wetter:** Heiter bis wolkig, kaum Niederschlag. 17 bis 25 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

**Meinungen:** Rot-grün in Grau. - Herbert Kremp über die politische Seelenlage. S. 2

**Bundesbahn:** Falscher Ordnungsrahmen. - Leitartikel von Hans-Jürgen Mahnke. S. 9

**Drucker-Streik:** Nur durch die Luft erreicht die FAZ ihre Leser. - Von Walter H. Rueb. S. 3

**Fußball:** Spanier erhöhen Prämie vor dem heiligen EM-Finale gegen Frankreich. S. 14

**Berlin-Staaken:** Der neue Kontrollpunkt ist fertig, der Schnellstraßenzubringer noch nicht. S. 4

**Fernsehen:** Mehr Programmstunden als Schafe - TV in Neuseeland und Australien. S. 14

**Frankreich:** Nach dem Aufmarsch in Paris ist Mitterrands Position schwächer denn je. S. 5

**19. Jahrhundert:** Der Tod in der Literatur. Das Ende eines fröhlichen Tages. S. 15

**Forum:** Personalien und Leserbrief: an die Redaktion der WELT. Wort des Tages. S. 7

**Schlaganfall-Patienten:** Kritik an Behandlung: "man läßt sie einfach vor sich hindämmen". S. 16

## Läßt Ost-Berlin Frauen früher in den Westen reisen?

Spekulationen über SED-Pläne / Nach Honecker will Sindermann kommen

**WERNER KAHLE, Bonn**  
In der "DDR"-Führung gibt es offenbar Überlegungen, das Reisealter für Frauen in den Westen von 60 auf 45 Jahre zu senken. Eine solche Entscheidung, so vermuten politische Beobachter, wäre für Ost-Berlin mit relativ geringen Risiken verbunden: Frauen würden mit hoher Wahrscheinlichkeit wieder zu ihren Familien zurückkehren.

Ferner werden in den SED-Gremien Vorschläge geprüft, die Zahl der Anlässe, zu denen "DDR"-Bewohner unterhalb des Rentenalters in dringenden Familienangelegenheiten nach West-Berlin reisen können, zu erweitern. Dagegen ist nach den Informationen aus Ost-Berlin nicht beabsichtigt, generell eine großzügige Reiseregierung zuzulassen.

Die Bundesregierung geht von einem Besuch des "DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker im Herbst aus. In Bonn wurde gestern davon gesprochen, daß nach Honecker auch mit einer Visite des "Volkskammer"-Präsidenten Horst Sindermann gerechnet wird. Voraus-

setzung wäre allerdings die Klärung offener Fragen zwischen dem Bundestag und der "Volkskammer", so zum Beispiel über den Status der Bundestagsabgeordneten aus West-Berlin.

Erste Ergebnisse des Ostberliner Entscheidungsprozesses erwartet die Bonner Opposition "in Kürze". In die Beratungen drüben sei "neue Bewegung" gekommen, meinte ein Spitzenpolitiker der SPD.

Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU, Eduard Lintner,

SEITE 3:  
Zwischen Angst und Hoffnung

äußerte gegenüber der WELT Zweifel, ob es angesichts des innenpolitischen Drucks in der DDR ausreicht, bei Frauen das Reisealter zu senken. Nur Ost-Berlin könne die zugesagte Situation bereinigen. Dazu gehörten "zwei Dinge: ausreichende Besuchsmöglichkeiten schaffen, auf die sich die Bevölkerung in Mitteldeutschland verlassen kann; ferner Personen, die Ausreisetransporte stellen, nicht zu bedrohen oder zu bestra-

fen und sie damit nur zu Verzweiflungsschritten zu treiben.

Wegen des Zustroms Zufluchtsuchender "DDR"-Bewohner sind nach Angaben der Bundesregierung in den Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin die Grenzen des Vertret- und Verfahrbaren erreicht. Die Ständige Vertretung hat deshalb, wie die WELT berichtete, den Zugang für "DDR"-Besucher stark eingeschränkt. Besucher gelangen nur noch in einen sehr kleinen Vorraum zwischen zwei Türen im Eingangsbereich. Die innere Tür an der Pfortnerie und damit der Zugang zu den Räumen in der Vertretung selbst ist geschlossen worden. Am Montag befanden sich rund ein Dutzend Personen im Vorraum. Sie konnten durch eine Trennscheibe mit einem Beamten der Vertretung sprechen. Vor dem Gebäude wurde kurz nach 12 Uhr ein Mann, der sich geweißt hatte, "DDR"-Polizisten seinen Ausweis zu zeigen, zu Boden geworfen und angeblich mit Fußtritten mißhandelt.

## London erhält Milliarden zurück

Trotz langer Diskussion keine neuen Zukunftsperspektiven für die EG

**LÜKE/HADLER, Fontainebleau**  
Die Frage des britischen EG-Beitrages erwies sich auch beim zweitägigen Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs in Fontainebleau bei Paris als schwierigster Verhandlungspunkt. Die Konferenz wurde aus diesem Grund bis in die Abendstunden des Dienstag verlängert. Es bestand nur Einigkeit darüber, daß Großbritannien für 1984 eine feste Rückzahlung in Milliardenhöhe erhält.

Von 1985 an soll die Beitragsermäßigung nach einer Prozentzahl errechnet werden. Dabei werden die britischen Zahlungen aus der Mehrwertsteuer mit den Finanzrückflüssen aus Brüssel verrechnet. Von diesem Saldo fordert Margaret Thatcher noch als zwei Drittel zurück.

Durch die intensive Finanzdiskussion ließ sich auch diesmal die Absicht des französischen Staatspräsidenten Mitterrand nicht verwirkli-

chen, vor allem Zukunftsperspektiven für die Gemeinschaft zu entwickeln. Absehbar war nur die Gründung von drei Kommissionen:

1. Eine deutsch-französische Kommission zum Abbau der Grenzkontrollen.

Mitterrand und Bundeskanzler Kohl kamen bei ihrem traditionellen gemeinsamen Frühstück nämlich zu

SEITE 3:  
Fontainebleau mit viel Sonne

der Auffassung, daß die bisherigen Fortschritte in diesem Bereich absolut unzureichend seien. Kohls künftiger persönlicher Beauftragter in dieser Kommission wird Kanzleramtschef Schreckenberger sein.

2. Eine Kommission auf EG-Ebene zur Verwirklichung des "Europas der Bürger".

Der Auftrag, den die Regierungschefs dieser Arbeitsgruppe geben,

reicht von Maßnahmen zur Erleichterung des freien Warenverkehrs über die Einführung einer Europapasse bis hin zu europäischen Sportmannschaften und einem europäischen Fernsehen.

3. Eine Kommission soll die politische Union Europas vorantreiben. Dazu hatte Mitterrand bereits Ende Mai in Straßburg Vorschläge gemacht.

Weitere Themen des Gipfels waren der deutsche Alleingang bei den Agrarsubventionen und die Nachfolge des Präsidenten der EG-Kommission. Die Regierungschefs waren bemüht, den Agrarstreit nicht wieder neu zu entfachen. Über die Nachfolge für Gaston Thorn sollen jetzt unter der kommenden französischen Präsidentschaft Gespräche geführt werden. Der potentielle deutsche Kandidat Kurt Biedenkopf stieß in anderen Ländern auf erhebliche Reserve.

## Walesa: 40 Prozent wählten nicht

Damit sieht der Führer der Gewerkschaft "Solidarität" sein Mandat bestätigt

**DW, Danzig**  
Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa hat in Danzig mitgeteilt, daß nach den Zählungen der verbotenen Gewerkschaft "Solidarität" mehr als 40 Prozent der Wahlberechtigten nicht an den Gemeindevahlen vom 17. Juni teilgenommen haben. Dies habe ihm, "die echten Wünsche und gesellschaftlichen Forderungen" der Polen bewußt werden lassen, betonte er. Es verpflichte ihn eindeutig, auf seinem Posten als Führer der "Solidarität" zu bleiben. Die Behörden hatten behauptet, die Wahlbeteiligung habe bei 75 Prozent gelegen.

Der im Untergrund aktive "Solidaritäts"-Führer Zbigniew Bujak schätzte die Anzahl derjenigen, die den Urnen fernblieben, auf zehn Millionen, während es nach offiziellen Angaben höchstens 6,5 Millionen waren. Wie die Gewerkschaft ermittelt, lag die Wahlbeteiligung in mehreren Großstädten erheblich unter den offiziellen Zahlen: In Warschau betrug sie 57,4 Prozent (offiziell 71 Prozent), in Danzig 47 Prozent (offiziell 68 Prozent), in Krakau 48,2 Prozent (offiziell 64 Prozent) und in Katowitz 57,7 Prozent (offiziell 78 Prozent).

Lech Walesa führte weiter aus, er müsse sich jetzt "aus Treue zu meinem Mandat" um die im Abkommen vom August 1980 festgelegte offizielle Zulassung unabhängiger Gewerkschaften bemühen. Im Interesse einer "optimalen Lösung" sei er an einer Fortsetzung der Verhandlungen mit den Behörden bereit. Nach Freilassung der politischen Gefangenen würde er aber auch sein Mandat als Verhandlungsführer und seinen Platz an der Spitze der "Solidarität" abgeben.

Unter den politischen Häftlingen befinden sich die drei "Solidaritäts"-Führer Andrzej Gwiazda, Marian Jurczyk und Jan Rulewski, die im Herbst 1981 beim einzigen Kongreß der un-

abhängigen Gewerkschaft gegen Walesa für den Posten des Vorsitzenden kandidiert hatten. Walesa verwies darauf, daß seine seit Verhängung des Kriegsrechts inhaftierten Kollegen am meisten gelitten hätten.

In einem Schreiben an die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) hat das Provisorische Koordinationskomitee der "Solidarität" die offiziellen Gewerkschaften Polens Unfähigkeit und Abhängigkeit von den Behörden vorgeworfen. Das Komitee fordert in dem Schreiben zu weiterem internationalen Druck auf die polnische Führung auf, um die Wiederzulassung unabhängiger Gewerkschaften zu erreichen. Die "Solidarität" kämpfe immer noch mit Zehntausenden Aktivisten "gegen den überwältigenden Druck des totalitären Staates auf jedem Gebiet des gesellschaftlichen Lebens". Den Staatsgewerkschaften wird darin Fälschung ihrer Mitgliederzahl vorgeworfen.

## Meteor II, das Schiff der Zukunft

DIETER THIERRACH, Bonn

Der hohe Leistungsstandard der deutschen Meeresforschung soll - nach dem Willen von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber - auch in Zukunft gesichert bleiben. Mit ihrem Antrag an den Haushaltsausschuß, die Mittel für den Neubau des Forschungsschiffs Meteor II freizugeben, hat die Bundesregierung einer dringenden Empfehlung der Senatskommission für Ozeanographie der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) entsprochen.

Die neue Meteor soll 1986 für 99 Millionen DM vom Stapel der Lübecker Schlichting-Werft laufen. Die späteren Betriebskosten, auf rund sechs Millionen Mark pro Jahr geschätzt, teilen sich zu 70 Prozent die Deutsche Forschungsgemeinschaft und zu 30 Prozent das Bundesministerium für Forschung und Technologie. An neuen Forschungsaufträgen für das schwimmende Labor mangelt es nicht: Das Fahrprogramm ist bereits bis in die 90er Jahre ausgefüllt.

Die Schwerpunkte der deutschen Hochseeforschung liegen dabei in den europäischen Schelfmeeren, im offenen Nordatlantik einschließlich der subtropischen Gebiete des Mittelmeeres, in den küstennahen und

äquatorialen Gebieten und im Bereich der Polarfronten und der Antarktis. Der Ersatzbau trägt den Anforderungen der verschiedenen Fachdisziplinen Rechnung. Dazu zählen Ozeanographie, maritime Biologie, Meereschemie, Luftchemie, Meteorologie, Geophysik und Geologie.

Die Meteor II wird die stolze Länge von 82 Metern aufweisen. 3500 kW dieselelektrische Leistung verheßen ihr 14 Knoten Reisegeschwindigkeit, die Reichweite ist auf 10 000 Seemeilen ausgelegt. Das "Schiff der Zukunft" hat Platz für 32 Besatzungsmitglieder und 28 Wissenschaftler. Schiffstechnisch soll beim Entwurf des Ersatzbaues der letzte Stand der Technik berücksichtigt werden: Zur exakten Ortsbestimmung dient eine integrierte Navigationsanlage, die Schiffsort, Kurs und Geschwindigkeit mit größtmöglicher Genauigkeit ermittelt, anzeigt und registriert.

Der Einbau von automatischen, für den wachfreien Maschinenbetrieb erforderlichen Anlagen ist vorgesehen. Auch neuere Möglichkeiten zur Antriebsverbesserung, wie das sogenannte "Grimmsche Leitrad", ein vor der Schiffschraube leer mitlaufender zweiter Propeller, sorgen für mehr Schub beim Schiff und sparen

rund zehn Prozent an Energiekosten ein. Schließlich wird die Einsatzmöglichkeit von Rettungsschiffen auf dem Schiff geprüft.

Die 1962/63 gebaute, noch in Dienst stehende Meteor ist nicht nur wegen der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Arbeitstechniken an Bord überholt. Selbst mit einer fachspezifischen Modernisierung wäre man den Anforderungen an ein modernes Forschungsschiff nicht gerecht geworden. So wird z.B. der Treibstoff in den Tanks aus Stabilitätsgründen schwimmend auf Ballastwasser gelagert. Die beim Spülen der Behälter vom Schiff ausgehende Umweltverschmutzung soll nicht länger hingenommen werden. Eine Generalüberholung der Meteor hätte nach Angaben des Forschungsministeriums unter Berücksichtigung aller Wünsche der beteiligten Wissenschaftler Kosten in Höhe von 73 Millionen Mark verursacht.

Die "alte" Meteor wird voraussichtlich - unter der Flagge des Deutschen Hydrographischen Instituts - im Oktober 1985 ihre letzte Fahrt antreten, um sich in der iberischen Tiefsee der Tiefenbiologie zu widmen. Der Vertrag mit der DFG läuft mit ihrer 69. Fahrt zum Jahresende aus.

### DER KOMMENTAR

## Mittelweg

GÜNTHER BADING

Georg Leber hat mit seinem Einigungsvorschlag die Rückkehr zur bewährten Tarifpolitik vergangener Jahre empfohlen. Und er hat zugleich Neuland betreten. Bewährt - weil er anknüpft an den Grundsatz, daß die Tarifautonomie zwar einen Einigungszwang enthält, ein tragbarer Kompromiß aber nur zustandekommt, wenn der Zwang durch den Einigungswillen abgelöst wird. Leber hat die Reduzierung der Verhandlungen auf die Forderung nach Kapitulation der jeweiligen Gegenseite beendet. Gerade das hatte die Verhandlungen so lange blockiert. Sein Kompromißvorschlag wird beiden Seiten gerecht: Die Gewerkschaften bekommen den Einstieg in die kürzere Wochenarbeitszeit - aber ohne den Stufenplan bis zur 35-Stunden-Woche; die Arbeitgeber die von ihnen favorisierte flexible Arbeitszeitgestaltung. Und das ist Neuland.

Die Gewerkschaften waren seit Jahrzehnten gewohnt, Tarifregelungen durchzusetzen, die immer für alle Beschäftigten zu gelten hatten. Ob Automobilwerker oder Montiererin in der Fernseh-Herstellung - vier Prozent mehr Lohn hießen vier Prozent für

alle Beschäftigten der Branche. Die Arbeitgeber im Tarifkonflikt schon sehr bald mit ihrem Angebot gezeigt, das auch die 38-Stunden-Woche enthielt, wenn auch nur für einen Teil der Beschäftigten. Eingelenkt aber hat auch die IG-Metall-Spitze. Ihr zweiter Vorsitzender Franz Steinkühler, dessen Versuche zur Politisierung des Arbeitskampfes nach wie vor Kritik verdienen, hat zu Beginn der besonderen Schlichtung das Signal gegeben: Er rief seinen fast vergessenen Plan einer "Durchschnitts-Arbeitszeit" ins Gedächtnis und hat damit den Weg für das Differenzierungsmodell Lebers erst gangbar gemacht.

Kompromißwillen haben die Arbeitgeber im Tarifkonflikt schon sehr bald mit ihrem Angebot gezeigt, das auch die 38-Stunden-Woche enthielt, wenn auch nur für einen Teil der Beschäftigten. Eingelenkt aber hat auch die IG-Metall-Spitze. Ihr zweiter Vorsitzender Franz Steinkühler, dessen Versuche zur Politisierung des Arbeitskampfes nach wie vor Kritik verdienen, hat zu Beginn der besonderen Schlichtung das Signal gegeben: Er rief seinen fast vergessenen Plan einer "Durchschnitts-Arbeitszeit" ins Gedächtnis und hat damit den Weg für das Differenzierungsmodell Lebers erst gangbar gemacht.

## Reagan verärgert über Zinsanstieg in den USA

**sbt./DW, Washington**  
In den USA steigen die Zinsen, wie befürchtet, weiter. Führende Großbanken setzten die Prime Rate, den eigentlichen Leitzins, zum vierten Mal seit Mitte März um 0,5 Prozent an. Damit erreichte der Preis für kurzfristige Kredite an erste Adressen 13 Prozent - der höchste Satz seit Oktober 1982. Die Konsequenz ist ein noch teurerer Dollar und eine Verschärfung der internationalen Schuldenskrise.

Wiederum hat der Markt die stets optimistischen Zinsprognosen der Reagan-Administration konterkariert. Ernst zu nehmende Wall-Street-Analysen sehen auch jetzt noch kein Ende des Aufwärtstrends. Nach ihrem Urteil kann die Prime Rate bis Dezember auf 13,5 bis 14 Prozent klettern. Genannt werden diese Gründe: Die "Abschlagszahlung" auf das Haushaltsdefizit, die der Kongreß noch in dieser Woche endgültig abschließen will, ist völlig unzureichend; enttäuschend sind die halben Maßnahmen. So werden in vier Jahren die Einnahmen nur um insgesamt 50 Milliarden Dollar erhöht, zum Beispiel durch die Schließung von Steuererosen. In derselben Zeitspanne werden die Ausgaben (ohne Verteidigung) lediglich um elf Milliarden Dollar gesenkt.

Präsident Reagan soll auf die Zinserhöhung stark verärgert reagiert haben, weil er die Maßnahme außerpolitisch als großen Nachteil für die Schuldnerländer der Dritten Welt ansieht und innenpolitisch mit dem Verlust von Stimmen für seine Wiederwahl am 6. November rechnen müsse. Seite 8: Schuldnerländer kritisieren

## Leber-Plan: 38,5 Stunden und mehr Lohn

**gfa, Bonn**  
Auf der Grundlage des Einigungsvorschlags der beiden Schlichter im Metall-Tarifkonflikt haben IG Metall und Arbeitgeber gestern in Ludwigsburg getrennt in erweiterten Verhandlungskommissionen über eine Beendigung des seit mehr als sechs Wochen andauernden Streiks in der Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbadens beraten. Der Einigungsvorschlag, der vom stimmberechtigten Schlichter Georg Leber vorgelegt, aber auch von dem durch die Arbeitgeber benannten, nicht stimmberechtigten Schlichter Professor Bernd Rithers mitgetragen wurde, sieht eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden vor. Sie soll allerdings erst zum 1. April 1985 wirksam werden. Für das laufende Jahr schlägt Leber, ehemaliger Bundesminister und früherer Vorsitzender der IG Bau, Steine, Erden, einen reinen Lohnabschluß vor. Vom 1. Juli 1984 an sollen die Löhne und Gehälter um 3,3 Prozent erhöht werden. Für die sogenannten "Nullmonate" vom Auslaufen des bisherigen Tarifvertrags mit dem 31. Januar bis zum Juli schlägt Leber eine Einmalzahlung von 250 Mark vor. Wenn am 1. April 1985 die Arbeitszeit auf 38,5 Wochenstunden verkürzt wird, soll als Lohnausgleich dafür 3,9 Prozent mehr Einkommen bezahlt werden. Gleichzeitig soll als Lohnerhöhung für das Jahr 1985 und die ersten drei Quartale 1986 - der Vertrag wäre erstmals kündbar zum 1. Oktober 1986 - eine Lohnerhöhung von zwei Prozent bezahlt werden. Die Tarifpartner enthielten sich zunächst jeder Wertung.

Seite 8: Lebers Plan

Reisen Sie mit dem guten Gefühl, daß es noch internationale Hotels gibt, deren Luxus nicht genormt ist.

**RENAISSANCE HOTELS**

DÜSSELDORF  
TELEFON 0211/6216-0  
TELEX 8 586 435

HAMBURG  
TELEFON 040/34 91 80  
TELEX 2162 983

KARLSRUHE  
TELEFON 0712/31 71 70  
TELEX 7825 699



# DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## Zivilschutz

Von Eberhard Nitschke

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung am 3. Juli 1980, also zur Zeit der sozial-liberalen Koalition, einstimmig aufgefordert, "die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern". Das Zivilschutzgesetz und das Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes sollten zu diesem Zweck zusammengefasst werden.

Jetzt ist der erste Schritt in dieser angestrebten Richtung erfolgt: Alle Bundesländer und alle mit Zivilschutz in Verbindung stehenden Organisationen haben in diesen Tagen aus dem Bundesinnenministerium den "Vorläufigen Referentenentwurf" erhalten - 87 Schreibmaschinenseiten mit noch einmal 79 Schreibmaschinenseiten Begründung.

Ein erstes Echo auf die Sendung ist schon zurückgekommen. Die Stellungnahmen aller Empfänger sollen bis zum 25. August in Bonn vorliegen, im Dezember 1984 soll dann der Gesetzentwurf ins Kabinett. Zwischen Lesen und Tat liegt also die berühmte "Sommerpause"; die Frist scheint manchen zu kurz. Aber das Bundesinnenministerium hat schon deutlich gemacht, daß bei einer zwar lebenswichtigen, aber immer wieder vertagten Angelegenheit das Gesetz der Trägheit dem Gesetz des Handelns zu weichen habe.

Katastrophen und Beinahe-Katastrophen in der täglichen Umwelt haben die Bevölkerung gegenüber einem Zivilschutzgesetz sensibler gemacht, das eben nicht auf den "großen Knall" abgestellt ist, sondern auf die praktischen Erfordernisse in jeder der Bevölkerung gefährdenden Situation. Die bisherige Zersplitterung des Zivilschutzrechtes, so wird im Bundesinnenministerium betont, habe dazu geführt, daß nur noch Fachleute den Überblick über die Gesamtsituation haben. Der Zivilschutz sei jedoch über die gesamte Materie hinweg ein geschlossenes, allgemeinverständliches Werk darzustellen.

Es wird interessant sein, wie die SPD, die 1980 den Auftrag zu seiner Niederschrift gab, sich jetzt bei der Lieferung einstellt. Es gibt nach zuverlässigen Informationen nichts im Text, was nicht bestellt war. Es gibt allerdings inzwischen SPD-Regierungen in den Ländern, die anders aussehen als 1980.

## Feuer von links

Von Heinz Barth

Man merkt: Es ist Wahljahr in den USA. Die Reagan-Administration tut ihr Äußerstes, um mit der Sowjetführung, die Igelstellung hinter den Krimmarm bezog, noch vor der Novemberwahl ins Gespräch zu kommen.

Was ist das Äußerste? Wohl doch die ungewöhnliche Bereitschaft des Weißen Hauses, vertraulich Kontakte über die Wiederaufnahme der Abrüstungsverhandlungen zu pflegen, die Moskau seit der Stationierung der ersten Mittelstreckenraketen in Europa sabotiert. Vor dem Auswärtigen Ausschuss des Repräsentantenhauses ermunerte Richard Burt, für Europa zuständiger Vize-Außenminister der USA, die Sowjets, es doch einmal mit der oft bewährten Geheimdiplomatie zu versuchen, falls ihnen die offene Rückkehr nach Genf, gegen die sie sich festgelegt haben, peinlich sein sollte.

Sovietische Sorge, daß der Kriml nicht an Gesicht verliert, war bislang nicht die Spezialität Ronald Reagans. Moskau hat eine Reihe von Gründen, nicht auf dieses Angebot einzugehen. Daß Gespräche über das zentrale Problem, das beide Supermächte trennt, der Weltöffentlichkeit verborgen bleiben könnten, glaubt man wohl nicht einmal im Weißen Haus. Mit Geheimdiplomatie ist die Sowjetführung so wenig zu verlocken wie mit der kürzlichsten Offerte eines Gipfeltreffens Reagan-Tschernenko, das dem Kriml schon aus Rücksicht auf den Gesundheitszustand des Generalsekretärs zu diesem Zeitpunkt nicht opportun erscheinen kann.

Es ist nicht nur die sowjetische Weigerung, dem Präsidenten Wahlhilfe zu leisten, die für die absehbare Zukunft den Dialog der Großmächte blockiert. Es ist auch die Durchsichtigkeit, mit der die Reagan-Berater ihre unseriös wirkende Werbung um die Sowjetunion in die Präsidentschaftskampagne einfließen. So irritiert es die liberale "Washington Post", die sich sonst an Entspannungsfreudigkeit von niemand übertrifft, daß Reagan bei den Aufwärmübungen seiner Ostpolitik neuerdings das Reizthema Sacharow fallenläßt.

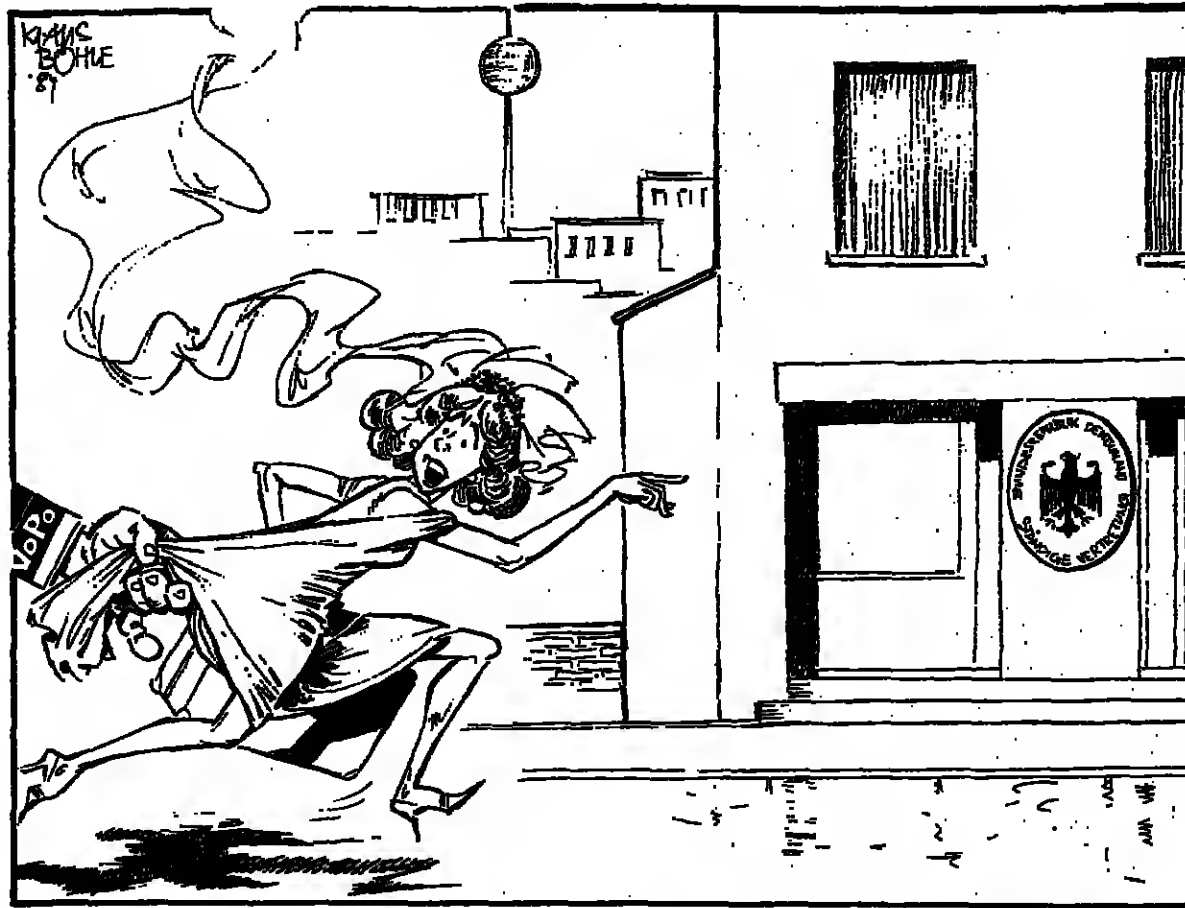
Da kann man sich nur über die Verheerungen wundern, die ein Wahljahr in der US-Außenpolitik anrichtet, wenn ein als erzkonservativ geltender Präsident von links Feuer bekommt, weil er zu rücksichtsvoll mit den Sowjets umgeht.

## Deutsche und Ungarn

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Besuch des Bundeskanzlers in Ungarn hat - gewissermaßen spontan - ein Thema in das Bewußtsein der deutschen Öffentlichkeit gerückt, das lange Zeit hindurch verschüttet und verdrängt war: die Tatsache, daß auch heute noch in Ungarn eine deutsche Volksgruppe existiert. Kohl hat richtig gehandelt, als er sich nicht den Bedenken einiger "Beschwichtigungsräte" unserer höheren Diplomatie beugte, denen es am liebsten gewesen wäre, das Thema unter den Teppich zu kehren. Der Kanzler suchte das Gespräch und die Begegnung mit den ungarndeutschen Vertretern - und wie er selber sagte, war er sich mit Parteilichkeit darüber einig, daß diese Volksgruppe eine bedeutende Rolle als Brücke zwischen Ungarn und Deutschen spielen kann.

Es ist nicht viel, was vom einstigen Deutschland in Ost- und Südosteuropa übriggeblieben ist. Manche deutschen Volksgruppen oder ihre Reste in anderen Ländern wären froh, wenn sie annähernd gleiche Lebensbedingungen erwirken könnten, wie das in Ungarn der Fall ist. Manche sagen nun, die Ungarn legten diese Großzügigkeit aus nicht ganz uneigennütigen Motiven an den Tag: Erstens brauchten sie dringend qualifizierte und tüchtige Leute, die Deutschland können - und zweitens wollte Budapest mit seiner großzügigen Minderheitenpolitik indirekt moralisch auf Rumänien und die CSSR einwirken, wo die dortigen ungarischen Volksgruppen immer wieder ernste Schwierigkeiten haben. Wie dem auch sei - die Bundesrepublik hat, ob es ihr angenehm ist oder nicht, die moralische Verpflichtung, sich um diese Menschen zu kümmern. Gerade weil Hitler die "Volksdeutschen" im Osten mißbraucht, betrogen und dann verheizt hat, muß Bonn heute eine neue Haltung gegenüber diesen Menschen entwickeln. Dabei geht es nicht um politische Opportunität, ja überhaupt eigentlich nicht um Politik. Es geht um die Bereitschaft, den Deutschen und Deutschsprachigen bei der Bewahrung ihrer Kultur und ihrer sprachlichen Identität zu helfen. Die Ungarndeutschen wollen gute Ungarn und zugleich Deutsche sein und Deutsch sprechen. Warum sollte nicht beides in unserem kleinen gewordenen Europa realisiert werden können?



„Wat heest hier Republikflucht? Da is meen Bräutjam drinnell!“

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

## Rot-Grün in Grau

Von Herbert Kremp

Die großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland sehen im Augenblick gewisse Schwierigkeiten, mehrheitsfähig zu bleiben oder zu werden. Die Denktätigkeiten unter dem fremden Titel Europa und die Kommunalwahlen in zwei Bundesländern, die ja stets so etwas wie Nachbarschafts-Voten sind, liefern Diskussionsstoff, aber keine Nachweise. Die Grünen seien nun etabliert, meinen die einen, die FDP dagegen sei ein Fall für Herrn Hachtelein, meinen die anderen. Alle können irren.

Denn alles ist reines Rätselraten über den Souverän, den Wähler. Was er ankreidet und schließlich ankreuzt, läßt sich nicht mehr so genau voraussagen wie in der flacheren Motiv-Landschaft der Fünfziger und Sechziger. Die nachwachsende Generation denkt vorauseitungslos, vor- oder nachsichtlos, wie man will, Erziehung hätte da vielleicht geholfen, aber jetzt nutzen weder Kapuzinerpredigten noch die Tränen konservativer Kulturphilosophen. Die Bundesrepublik weist in der Zukunftsperspektive experimentelle Züge auf. Im Ausland registriert man sie mit scharfem Blick und nicht ohne Schadenfreude. Wenn nach dem deutschen Fußballspielen der deutsche Wirtschaftsruhr infolge des Streik-Eigentums wankt, stößt man dort ins Clairon. Gleichzeitig fürchtet man jedoch unbeherrschbare politische Gefühlsausbrüche in der Folge; man behauptet, mit der "deutschen Dynamik" Erfahrung zu haben.

Der Irrtum kann dadurch zustande kommen, daß die Bundesrepublik Deutschland zwei Wahrnehmungsbilder bietet, deren eines, die fiktive Reproduktion der Medien, Düsternis über uns und den Rest der Welt breitet. Düsternis ist eine hochbezahlte Profession, die in den hellen Glasuren der Sendestatten gleichermaßen als sichtlich und schick gilt. Wer morgens aus Versehen in eine deutsche Nachrichtensendung gerät, glaubt der Verlesung von lauter Todesanzeigen gewärtig zu werden, nur daß diese nicht so informativ sind wie die entsprechenden Mitteilungen der Tagespresse. Die systematische Anbahnung von Negativismus wirkt auf das aufgeklärte Verständnis zwar durchaus ko-

misch, grundiert aber das Bild vom Land, von der Regierung, von der Wirtschaft, vom Selbstverständnis. Man will uns zweifeln machen.

Für das andere Wahrnehmungsbild, das eigentlich reale, gibt es keine sicheren (Biedenkopf würde sagen: konsensfähigen) Begriffe. Man spricht zu Recht von der "Mehrheit", vom "Volk", von der "breiten Öffentlichkeit", wenn man beschreiben will, daß in Wahrheit Zuversicht, Bürgergeist, das Gefühl für Würde und der anerkennende Anstand in Stadt und Land den Tag regieren. Dieses Leben, das Leben derer, die nach einem Wort des Soziologen Schelsky "die Arbeit tun", ist sicher schwerer als das der medialen Frisuren, die immer nur jeden zurechtzukommen wollen. Aber der Bürger fühlt sich nicht so recht vertreten, er ist zwar Mehrheit, aber er ist nicht begehrt. Darstellungsobjekt. Die Regierungen, die Parteien, die Kirchen glauben sich seiner sicher; sie lassen ihn zahlen und gehen und wenden sich ihrer Lieblingsbeschäftigung zu der Suche nach bislang unentdeckten Minderheiten.

Das ist die geistige Situation der politischen Parteien in Deutschland. Wobei man sofort darauf verweisen muß, daß die Unionsparteien und vor allem Bundeskanzler Kohl dem realen, optimistischen geistigen Wahrnehmungsbild zuneigen. In diesem Sinne haben die Deutschen eine "Volkspartei". Die Sozialdemokraten, die einmal Volkspartei waren und immer sein

wollen, haben sich hingegen in der Opposition, in die sie sich schon unter Bundeskanzler Schmidt begaben, dem pessimistisch-alarmistischen Wahrnehmungsbild zugewandt, das die Medien gern reproduzieren. Sie sprechen unausgesetzt von Krieg, Umwelttod, Unternehmervillkür, Ellenbogengesellschaft, von Fleite und Geier. Und wie sie sprechen (und vermutlich denken), so wirken sie. Eine Aura tiefster Sorge und Bitternis umgibt ihre Erscheinungen.

Die beiden Wahrnehmungsbilder, die sich in der politischen Realität oft übereinanderschoben, beeinflussen die Optionen der großen Parteien, die Entscheidung, worauf man "setzt". Die Sozialdemokraten haben mit der Personalauscheidung bei den jüngsten Präsidentschaftswahlen den Akzent der runden pessimistischen Welt- und Lageeinschätzung verstärkt. Dies bedeutet praktisch eine Annäherung an die Grünen von innen heraus, da es sich bei denen um die Partei der jüngsten Teils der jungen Generation handelt, der von früh auf schnell gealtert ist. Man kann sich mit ihnen darauf einigen, daß im Staat (und in der "Gesellschaft") fast alles faul sei, bringt dies nur in unterschiedlicher Form zum Ausdruck: Eppler mit gefalteten Händen, Lafontaine mit physikalischer Kriegspropaganda, die Grünen durch ein flottes Festiva-

Is die Orientierung am düsteren Wahrnehmungsbild mehrheitsfähig? Man muß mit der Antwort vorsichtig sein, die Deutschen haben den Krieg verloren und den Nachkriegsfrieden nicht gewonnen. Man kann daher wohl nur sagen, daß der rot-grünen Konstellation der innere Zwang zum Bündnis eignet. Es ist quantumsförmig, nicht ohne weiteres mehrheitsfähig. Die Orientierung der Union am realen, hellen Wahrnehmungsbild verspricht dagegen bessere Chancen. Die Mehrheit möchte nicht dauernd in den Abgrund blicken, den sie nach Ansicht ihrer Einredner selber darstellt. Der bürgerliche Realismus vermittelt ein anderes Lebensgefühl. Es ist von Erfahrungen bestimmt, nicht von Befürchtungen, von Augenmaß, nicht von Angst. Insofern steht die Bonner Koalition gar nicht so schlecht da.



Alles faul im Staat: Erhard Eppler (SPD) FOTO: WERNER SCHÖNUNG

## Cartagena: Ein Neubeginn für Schuldner und Gläubiger?

Die Schuldnerländer und Josefs Traum von den sieben mageren Kühen / Von Günter Friedländer

Zum Beginn der Cartagena-Konferenz lateinamerikanischer Schuldnerländer schrieb Kolumbiens führende Zeitung "El Tiempo" in ihrem Leitartikel: "Man weiß nicht genau, was man mit dieser Konferenz erreichen will", und empfahl, "die Demagogie beiseite zu lassen, die uns Lateinamerikanern so sehr gefällt".

Die Konferenz war ein Beispiel für eine andere lateinamerikanische Vorliebe: sich im Improvisieren zu üben. Das Treffen war eigentlich als Parallelkonferenz zur Zusammenkunft der sieben Großen in London gedacht. Ein Sprecher der Schuldnerländer sagte: "Die sieben mageren Kühe wollen in Cartagena die sieben fetten Kühe in London konfrontieren."

Josefs in der Bibel verzeichnete Deutung eines Traumes von Pharaon, in dem die sieben "häßlichen" und mageren Kühe die sieben schönen und fetten Kühe auffraßen, sollte den Sieben in London sagen, daß ihr Schicksal mit dem

der lateinamerikanischen Schuldner eng verbunden sei. Aber dazu kam es nicht. Man wurde der organisatorischen Probleme nicht Herr, und Improvisieren genügte diesmal nicht. Man wollte die Konferenz jedoch auch nicht ganz abblasen. Die symbolische Zahl Sieben hatte nach London allerdings keine Bedeutung mehr, und man lud alle Schuldnerländer Lateinamerikas und einige aus der Karibik ein. Elf Länder kamen. Das ebenfalls eingeladenen Kuba sagte ab.

Das Ergebnis paßt in das bei den Nordamerikanern so beliebte Schema, daß ein Ereignis zugleich gute und schlechte Nachrichten ist. Die gute Nachricht aus Cartagena war, daß es nicht zur Bildung des gefürchteten Schuldnerkartells kam, um kollektiv ein Moratorium für die etwa 350 Milliarden Dollar tragenden Anleihen zu erklären. Die schlechte Nachricht allerdings ist, daß das eher eine semantische Spitzfindigkeit darstellt. Die Außen- und Finanzminister nahmen die venezolanische These eines

Ausgleichs zwischen Argentinien, Bolivien und Ecuador einerseits und Brasilien und Mexiko andererseits an, die individuellen Verhandlungen eines jeden Landes mit seinen Gläubigern fortzusetzen, gleichzeitig aber einen "neuen Mechanismus" zu schaffen, um die Schuldenfrage als Gesamtproblem zu begreifen und zu lösen.

Man sollte dabei nicht vergessen, daß die USA selbst Lateinamerika auf dem Weg zum Schuldnerkartell vorantrieben, als sie im vergangenen März Brasilien, Kolumbien, Mexiko und Venezuela dazu brachten, Argentinien Geld für überfällige Zinsen zu leihen. Um den ungeheuren Preis der Schaffung einer solidarischen Schuldnergruppe wurde das Problem um 90 Tage bis zum 30. Juni vertagt.

Andererseits machte sich der Zeitgewinn bezahlt. Die Gläubigerbanken der USA beginnen nun zu begreifen, daß sie die Zahlungsunfähigkeit Lateinamerikas ernst nehmen müssen, und fangen an, Anleihen, auf die keine Zinsen ge-

## IM GESPRÄCH Klaus Terfloth

### Plädoyer für Pakistan

Von Walter H. Rueb

Bonns Botschafter in Islamabad, Klaus Terfloth, ist gestern zum Heimaturlaub eingetroffen. Eigentlich sollte er dem Außenminister Pakistans, Sahabzada Yakub Khan, bei dessen Visite am Rhein protokollierendes Geleit geben, doch der hatte kurzfristig abgesagt. "Es wäre meine letzte Aufgabe in dieser Funktion gewesen", sagte Terfloth. Vor drei Wochen, als ihn die WELT in Islamabad besuchte, versicherte er, "ich scheide mit großem Bedauern von Pakistan. Es hat Spaß gemacht, in diesem Land zu wirken".

Terfloth hat ausreichend Vergleichsmöglichkeiten: Vorher war der Fünfundfünfzigjährige Botschafter in Rangun und Tunis gewesen, dazwischen hatte er als Sprecher des Auswärtigen Amtes in Bonn hautnahen Kontakt zu den Zentralen von Politik und Diplomatie der Heimat.

Kühl zieht Terfloth Bilanz seiner vierjährigen Arbeit in Pakistan. "Als ich im Frühjahr 1980 in Islamabad eintraf, sah sich Pakistan einer völlig neuen Lage gegenüber. Durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan hatte sich das Kräftegleichgewicht in Südostasien verschoben. Der sowjetische Aggressor war nun plötzlich Pakistans Nachbar geworden. Die Folgen sind bekannt, die Tatsachen aber werden vielfach verdreht. Pakistan ist nicht Nutznießer des sowjetischen Einmarsches geworden. Immerhin hat das Land über drei Millionen afghanischer Flüchtlinge aufgenommen. Pakistan wäre froh, wenn das Afghanistan-Problem schnell gelöst würde. Auf dem Land lastet großer politischer und militärischer Druck."

Terfloth scheint sich nicht, der Regierung Pakistans und sogar dem vielgeschmähten Präsidenten Ziaul Haq Kränze zu winden. "Das Verhältnis Deutschland-Pakistan ist nicht nur problemfrei, es ist hervorragend. Pakistan verdient Respekt auch auf internationaler Ebene. Es hat bei-



Kriegsgefahr nicht aktuell: Botschafter Klaus Terfloth FOTO: DEWET

spielsweise bei allen Verhandlungen über Afghanistan Festigkeit gezeigt. Durch die Probleme mit Indien etwas in den Hintergrund getreten, doch nicht verschwunden. Ich bin überzeugt: Zwischen Pakistan und Indien wird es keinen vierten Krieg geben."

Der Diplomat, der in Kürze als Botschafter nach Helsinki gehen wird, beurteilt Pakistan und seinen Staatschef in kurzen Formeln so: "Die Islamisierung ist eine der stärksten Stützen von Zia... Er ist autoritär, doch kein Diktator... Und er wird von der Mehrheit seines Volkes zwar nicht getragen, doch toleriert... Bei den angekündigten Wahlen in Pakistan hat die Pakistan People Party eine leicht 40prozentige Sieg-Chance... Das Regime in Islamabad ist stabil. Zia hat die Armee im Rücken. Sie bekommt 50 bis 60 Prozent des Staats. Die Atombombe Pakistans wurde nur aus Prestigegründen hergestellt. Ich bin davon überzeugt, daß die Nuklear-Entwicklung nur friedlichen Zwecken dient. Die Frage nach einer Kriegsgefahr ist nach meiner Ansicht nicht aktuell."

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### NEUE OSNABRÜCKER OZ ZEITUNG

Zu den "DDR"-Prüfungsleistungen schreibt das Blatt:

Wie in einer Nußschale konzentriert sich die Not der deutschen Teilung in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Freiheit und Unfreiheit, Hoffnung und Qual, menschliche Tragödien und staatliche Ohnmacht liegen so dicht wie nirgends sonst beieinander. Der aktuelle Vorgang ist ohne Beispiel: Die Ständige Vertretung muß Flüchtlingen Hilfe verweigern, obwohl sie helfen möchte, sie muß ihre Tore schließen, obwohl sie allen DDR-Bürgern weit offenstehen sollten. Eine deprimierende Vorstellung. Und doch lassen die bitteren Realitäten in diesem Zwiespalt der Gefühle keine andere Wahl. Das gilt in doppelter Hinsicht: Das Platzproblem ist unlösbar geworden, das Rettungsboot voll, und gleichzeitig wächst die politische Belastung der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin von Tag zu Tag mit der Gefahr nachteiliger Folgen für die Bürger haben und dürfen... An einer Normalisierung der Lage sollte Ost-Berlin aus ureigenem Interesse gelegen sein. Daß die Vertretung eines anderen Staates zur Fluchtburg für ihre Bürger wird, schadet dem Ansehen der sonst so prestigebewußten DDR am meisten. Vor den Augen der Weltöffentlichkeit werden erneut alle wohlfeilen Parolen vom "Hort des Humanismus" widerlegt. Dies müßte auch ein Anstoß für die Ost-Berliner Führung sein, darüber nachzudenken, ob nicht eine Senkung des Reisealters, überhaupt eine großzügigere Reisepraxis nach ungarischem

Vorbild, Ventile für die latente Unzufriedenheit öffnen und damit ähnlich beschämende Vorgänge wie in der Hannoverschen Straße verhindern würde.

### BADISCHE ZEITUNG

Das in Freiburg herausgegebene Blatt schreibt über die Flüchtlinge in der Ständigen Vertretung:

Wie schwierig und störanfällig das deutsch-deutsche Verhältnis ist, wie ganz und gar unnormal, das zeigt sich bei dem Versuch von DDR-Bürgern, die Bonner Vertretung in Ost-Berlin als Fluchtweg in den Westen zu benutzen. Dabei geriet unsere Mission drüben in eine sehr schwierige Lage. Denn einerseits können unsere Beamten sie nicht einfach vor die Tür setzen, das widerspräche guten Prinzipien. Andererseits ist es ganz unmöglich, daß eine diplomatische Vertretung auf Dauer, nicht nur in Ausnahmefällen, quasi zu einer Flüchtlingsorganisation wird. Das würde ihre Funktion als politische Vermittlungsstelle gefährden, denn das deutsch-deutsche Gespräch ist ja nicht abstrakt, sondern kommt immer wieder den Menschen zugute - mehr Menschen als über die Vertretung die Ausreise erzwingen können. Da gilt es abzuwägen. Die Entscheidung Bräutigams, keine Ausreisewilligen mehr im Haus der Wünsche zu beherbergen, war wohl notwendig. Natürlich trifft die Hauptschuld an der Misere die Staatsführung der DDR: daß sie es nicht verstanden hat, ihre Bürger für sich zu gewinnen. Daß sie solche, die ihr Land verlassen wollen, gewaltsam daran hindert. Aber jene DDR-Bürger, die bei ihrer Selbsthilfe diesen Fluchtweg benutzen, helfen allenfalls sich selbst, nicht ihren Mitbürgern.



## Nur durch die Luft erreicht die FAZ ihre Leser

Seit 12 Wochen werden Zeitungen bestreikt. Mal mehr, mal weniger. Besonders betroffen sind die Blätter in Frankfurt. Dort wird auch die Auslieferung von Notausgaben verhindert.

Von WALTER H. RUEB

Dem Hubschrauber stand ein Landeplatz in der Größe eines Basketballfeldes zur Verfügung. Auf der einen Seite begrenzte das Druckgebäude, auf der anderen eine 2,50 Meter hohe Mauer sein Manövriertfeld.

Mit Luftballons, Stoffdrachen, Knallkörpern, Bierflaschen, Steinen und Toilettenpapier-Girlanden versuchten Streikposten und Demonstranten, die Landung des Hubschraubers zu verhindern. Der Pilot mußte wiederholt zur Landung ansetzen, schließlich brachte er die Maschine im Hof der blockierten Frankfurter Societätsdruckerei hell herunter. Stundenlang hielt der Hubschrauber Streikposten und Zuschauer auf der vielbefahrenen Mainzer Landstraße, aber auch die Auftraggeber von der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ in Atem.

20 Flüge fanden statt, von Sonntag nachmittag bis zum Einbruch der Nacht. Schließlich waren 340 000 Exemplare einer FAZ-Notausgabe herausgefliegen.

Wir können uns doch nicht von Chartisten bei der Erfüllung unseres publizistischen Auftrags hindern lassen, begründete gestern Hans-Wolfgang Pfeifer, Vorsitzender der FAZ-Geschäftsführung, gegenüber der WELT das Vorgehen seines Blattes gegen den Streik und die damit einhergehende totale Blockade. Trotz des ungeheuren Aufsehens, Protesten von DGB, Polizeigewerkschaft und SPD-Politikern sowie der Morddrohungen gegen den Hubschrauberpiloten schließt Pfeifer einen weiteren Hubschrauber-Einsatz nicht aus. „Wir lassen uns die hier praktizierte Meinungsunterdrückung nicht länger gefallen.“

Der spektakuläre Hubschrauber-Einsatz lenkte den Blick der Öffentlichkeit in der 12. Woche des Drucker-Streiks auf eine Betriebsstätte, die wie vielleicht keine andere das Opfer von gezielten, reinen Kampfmaßnahmen der IG Druck und Papier ist. Pfeifer: „In dieser Form werden tatsächlich nur in Frankfurt Zeitungen produziert gemacht.“ Der Gewerkschaftsfunktionär Balder begründete das Vorgehen damit, daß es nur hier die dazu notwendigen Voraussetzungen und Möglichkeiten gebe. „Tatsächlich liegt das Problem darin, daß durch eine totale Blockade die Auslieferung der hier gedruckten Zeitungen verhindert wird.“

Die Bilanz in der Großdruckerei sieht entsprechend aus: Bereits im April und Mai erschienen die hier gedruckten Zeitungen wiederholt mit reduzierten Umfängen, an vier Tagen



Alte die Luft bleibt offen: Ein Hubschrauber fliegt die Notausgabe der FAZ aus dem blockierten Druckereigebäude. FOTO: AP

kam die FAZ überhaupt nicht heraus. Seit dem 13. Juni aber stehen die Rotationsmaschinen fast völlig still. Wo sonst die betriebseigenen Zeitungen „Neue Presse“ mit 140 000 und „Abendpost“ Nacht Ausgabe mit 200 000 Exemplaren sowie die im Lohndruck hergestellten Zeitungen „Frankfurter Allgemeine“ mit 400 000 sowie die Deutschland-Ausgabe der „Financial Times“ mit 60 000 Exemplaren gedruckt werden, verlassen nur noch kümmerliche Notausgaben der FAZ die Maschinensäle.

Am 22. und 23. Juni erschien die FAZ jeweils mit Notausgaben von sechs Seiten und insgesamt 70 000 Exemplaren, erzählte Betriebsleiter Wolfgang Löwe von der Societätsdruckerei. „Herbeigekarrter Mohl blockiert mehrheitlich die Ausfahrten. Die Fahrer der Lieferwagen werden bedroht, beschimpft, Reifen zerstochen, Autos beschädigt. Wo Menschentrauben die Blockade nicht dicht genug machen, werden Autos widerrechtlich vor den Einfahrten geparkt.“

Die Frage nach der Polizei nötigte Löwe und Pfeifer nur ein Achselzucken ab. „Was vermögen schon ein paar Beamte gegen Hunderte“, sagte Löwe. „Immerhin haben wir jetzt endlich eine einseitige Verfügung erwirkt.“

In der einstweiligen Verfügung von gestern mit dem Aktenzeichen 2 Ga/1484 wird der IG Druck und Papier zur Auflage gemacht, an den Einfahrten für passierende Personen drei Meter breite, für ein- und ausfahrende Kraftfahrzeuge vier Meter breite Gassen freizuhalten. Zuwiderhandelnden wird ein Ordnungsgeld von 100 000 Mark oder Haft angedroht; der Wert des Streitgegenstands wurde auf 100 000 Mark angesetzt.

Die Zuversicht auf eine Durchlöcherung der Blockade ist allerdings nicht allzu groß. „Die ‚Frankfurter Rundschau‘ hat schon seit Tagen eine derartige einstweilige Verfügung“, sagte Löwe. „Sie hat wiederholt massiven Polizeieinsatz angefordert und erhalten, doch jeweils nur drei Fahrzeuge mit druckfrischen Zeitungen vom Hof bekommen.“

Die Tatsache, daß in seinem Betrieb mit 1800 Mitarbeitern seinerzeit nur 63 Prozent der 1100 in der Technik Beschäftigten für einen Streik votiert hatten, erfüllt Wolfgang Löwe

mit Ingrimm und Bitterkeit. Die mutige Haltung von über hundert arbeitssüchtigen Setzern und Druckern, der Schachzug mit dem Hubschrauber und vor allem ein Erfolg am Montag aber hat seine Moral wieder etwas aufgebessert.

Der Kampf der Frankfurter Zeitungen und ihrer Großdruckerei gegen Ordnung und Gesetzswidrigkeit sowie die „Perversion der Freiheitsrechte aller“ – so Präsident Alfred Neven Dumont vom Bund Deutscher Zeitungsverleger in einer Stellungnahme zur Dauerblockade in der Main-Metropole – hat auch einen freudlichen Aspekt. Bei den Zeitungen ist die Solidarität unter den Mitarbeitern groß und die Leser unterstützen sie dabei. „Unsere Redaktion steht zusammen und ist einer Meinung“, sagte FAZ-Geschäftsführer Pfeifer.

Angst vor einer Eskalation des Streiks und seiner Begleiterscheinungen hat man weder bei der Societätsdruckerei noch bei der FAZ. Vor den Toren des Druckhauses und der Zeitungen an der Mainzer Landstraße aber fielen gestern viele drohende Worte. Die Behauptung von Frankfurter Polizeisprecher Hans Neitzel, daß unter Streikposten und Blockieren viele Gesichter zu finden seien, die stets da auftauchten, wo es Putze gebe, ist allem Anschein nach richtig.

Dem Reporter fiel in zwanglosen Unterhaltungen auf, daß kaum ein Streikposten Begriffe kannte, die einem Setzerlehrling im ersten Lehrjahr geläufig sind. Gesprächig aber sind die Frauen und Männer vor den Eingängen des Druckzentrums sowie nicht. Dazu sind die Nächte zu anstrengend. Nach dem einseitigen Gehör bei der Blockade benötigen die Massen am Tag Erholung.

Anders als etwa bei den streikenden Metallarbeitern in Nordbaden und Nordwürttemberg aber hört man bei ihnen weder Musik noch Gesang, es gibt weder Würstchen noch Getränke, kreisende Kaffeekannen sind unbekannt, belegte Brote Mangelware. Was es gibt, läßt einen frösteln: Haßparolen, geballte Fäuste, finstere Mienen. An einer Stelle der Mauer zum Hof und Hubschrauberlandeplatz vom Sonntag sind offenbar Vorbereitungen im Gange, um die Mauer stürzen zu können. Ein Streikposten: „Beim nächsten Mal kommt der Heli nicht mehr hoch.“

## Fontainebleau mit viel Sonne

In idyllischer Schloßatmosphäre rangen die EG-Partner gestern in Fontainebleau um eine Lösung des dornigen Haushaltsproblems. Die Stimmung war entspannt. Doch die Differenzen ließen sich nur schwer überbrücken.

Von BERNT CONRAD

Die Szene war symbolisch: Zwei Schlangen giften sich an. Aber die Teilnehmer des Europa-Gipfels, die am Montag mit der imposanten Freitreppe des Renaissance-Schlusses Fontainebleau emporschnitten, nahmen von der stilistischsten Darstellung an der Brüstung keine Notiz. Der wärmende Sonnenschein, die Pracht des Empfangs mit farbenfroher uniformierter Garde Republicaine, flatternden Fahnen und einem huldvoll an der Eingangsstür postierten Schloßherm, François Mitterrand, verdrängten alle giftigen Gedanken, wenigstens der Streik um Margaret Thatchers Beitragsrückerstattung als unsichtbare dunkle Wolke über dem „Hof des weißen Pferdes“ drühte.

Der französische Staatschef hatte sich als Tagungsort für diesen entscheidenden EG-Gipfel einen idyllischen Platz, 60 Kilometer südlich von Paris, ausgesucht. Nicht der Versallier Pomp des Sonnenkönigs Ludwig XIV., sondern die bessere Feierlichkeit der Bauten Franz I. und Heinrich IV. sollte die zerstrittenen europäischen Regierungschefs zur besseren Einsicht bringen.

Dem dienten auch die Sprechchöre junger Europafreunde, die von der gegenüberliegenden Seite der Place de General de Gaulle lautstark eine „europäische Regierung“ und eine „europäische Union“ verlangten. Po-

sitive Demonstranten – wo gibt es so etwas sonst noch?

Bei Erscheinen der britischen Premierministerin allerdings piffen die jungen Leute. Etwas blaß, aber unbeeindruckt, erstieg Frau Thatcher im schwarzen Kostüm die Freitreppe. Bundeskanzler Helmut Kohl hingegen lachte. Hinter ihm piff niemand. Und auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zwang sich trotz aller innen- und parteipolitischen Rückschläge zu einer forciert-besseren Miene.

Mitterrand hatte sich die Taktik zur Rechtfertigung, die Stimmungslage dadurch zu entspannen, daß er zunächst einmal ganz andere Themen als die Haushaltszahlen auf die Tagesordnung setzte. So berichtete er selbst nach einem unpolitischen Mittagessen ausführlich über seine Moskareise, ließ Kohl über dessen Gespräche mit Janos Kadar in Budapest referieren und gab Frau Thatcher das Wort zu einer Schilderung des Londoner Weltwirtschaftsgipfels. Die „eiserne Lady“ wurde allmählich nervös – sie wollte viel lieber über ihr Geld reden.

Um 18.00 Uhr war es endlich soweit: Man knüpfte an die Haushaltsfrage da wieder an, wo man vor drei Monaten auf dem ergebnislosen Brüsseler Europa-Gipfel aufgehört hatte. Ein Teilnehmer berichtete: „Die Stimmung war viel günstiger als beim letzten Mal. Bei allen wurde die Absicht spürbar, etwas zuwege zu bringen.“ Faktisch jedoch war der Graben zu diesem Zeitpunkt zwischen der Britin und ihren Partnern so tief wie eh und je.

So verfiel man nach einhalb Stunden auf die in solchen Fällen probate Idee, die Außenminister mit der Ausarbeitung eines konkreten Vorschlags zu beauftragen. Nun konnten sich die Chefs in der traditionsreichen Hostellerie du Bras-

Bréau im nahegelegenen Dorf Barbizon genüsslich einem raffinierten Dinner mit Gänse- und Entenleber, Hummer, Lamm, Spargel, Brisekase, Himbeersoufflé und Petits fours widmen, während ihre Minister im gleichen Fachwerkhaus angesichts des harten Auftrags eher unlustig in den Speisen stocherten.

Beobachtete man die Verhandler von der Dorfstraße aus durch die Butzenscheiben beim Arbeitessen, so schienen sie von der Phantasie Robert L. Stevensons oder Jean Cocteaus, die früher hier eingekehrt waren, kaum beflügelt. Finster blätterte der Franzose Claude Cheysson in seinen Unterlagen; mit bitterstem Gesicht ließ sich Genscher französische Vokabeln übersetzen; der Brit, Sir Geoffrey Howe, redete eindringlich auf seine Partner ein.

An neuen Modellen für die britischen Beiträge mangelte es nicht. Prozentzahlen schwirrten durch die Luft. Aber Sir Geoffrey war nicht zufrieden. Ihm ging es, wie seiner Chef, nicht so sehr um ausgeklügelte Zahlen, sondern um die rasche Einführung eines neuen Beitragssystems. Um Mitternacht schließlich kamen die Minister zu dem Schluß, ihren Auftraggebern einen neuen Mißerfolg melden zu müssen. Die nahmen es mit Fassung auf und setzten – als gleichfalls probaten Ausweg – Experten für den Rest der Nacht ans Werk.

Die Deutschen hätten dem Tauschen mit besonderer Gelassenheit beizuhocken können, wenn sie sich nicht durch die Einführung neuer Agrarsubventionen in eine Defensivstellung gegenüber den anderen manövriert hätten. „Hatten wir das nötig?“, schimpfte ein Betroffener mit mühsam unterdrücktem Zorn. Der Kanzler, der zu nächstlicher Stunde noch über die dunkle Dorfstraße zu wartenden Journalisten ins gegen-

überliegende Hotel „Des Plejades“ gekommen war, sah die Sache ganz anders. Er hatte schon am Nachmittag seinen europäischen Kollegen bekräftigt die „katastrophale Lage der deutschen Bauern“ geschildert und glaubte, damit auch Verständnis gefunden zu haben. In Fontainebleau aber zweifelte niemand daran, daß Kohl den EG-Partnern einen Preis dafür würde zahlen müssen.

Unbeirrt schlenderte der Kanzler am nächsten Morgen nach einem Frühstück mit Mitterrand zu Fuß zum Schloß. Auf dem Markt schallte ihm plötzlich der Ruf „Guten Morgen, Herr Bundeskanzler!“ entgegen. Angehörige der deutschen Schule in Fontainebleau hatten den Pfälzer erkannt und schwirten um ihn herum. „Wollt Ihr nicht für mich den Gipfel übernehmen?“, fragte Kohl die Kinder. Ein Junge rief: „Nein, denn dann müßten wir ja Englisch lernen.“ Darauf Kohl lachend: „Dann muß ich wohl selber wieder ins Schloß gehen.“

Dort ging dann das Ritual, wie schon oft gehat, weiter: Die Außenminister wurden noch einmal aufgefordert, auf der Basis der nächtlichen Expertengespräche einen neuen Einigungsversuch zu unternehmen. Kohl und Mitterrand hatten das Gefühl: im Laufe des Tages müßte es möglich sein, einen Kompromiß zu finden.

Die journalistischen Berichterstatter aber seufzten erschöpft vor sich hin. Vom französischen Außenministerium in Pariser Hotels untergebracht, mußten sie zu jeder Sitzung umständliche Fahrten mit U-Bahn, Eisenbahn und Autobus absolvieren. Gestern waren die meisten erst morgens um drei Uhr ins Bett gekommen. Schon wenige Stunden später ratterten ihre Schreibmaschinen wieder im Pressezentrum von Fontainebleau. Davon hatten die Regierungschefs keine Ahnung.

## Wochen zwischen Angst und Hoffnung

65 Bürger der „DDR“ haben sich in die Ständige Vertretung Bonn in Ost-Berlin geflüchtet. Sie wollen so ihre Ausreise erzwingen. Eine Lösung des Problems ist nicht in Sicht. Zunächst zog Bonn die Notbremse: Die Vertretung bleibt für „DDR“-Bürger geschlossen.

Von H. R. KARUTZ

Deutsche stehen vor verschlossenen deutschen Türen. Kinder aus Thüringen oder Sachsen spielen unter den Schreibtischen Bonner Beamter, nachts verwandelt sich der weiße Bau in ein Matratzenlager. Die ungebeten Gäste, die zum Teil schon seit Wochen hier sind, schwanken zwischen Angst und Hoffnung: Das ist die Lage im Hause Hanoversche Straße 30 in (Ost-)Berlin-Mitte. Ost-Besucher werden nur noch vor zwei Portierslogen im Windfang abgefragt.

Die ehemalige Polizeiunterkunft mit dem schwarzen Bundesadler auf goldenem Grund am Eingang ist seit Wochen ein unwirtlicher Ort geworden. In Absprache mit dem Bundeskanzleramt ging der Hausherr, Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, nun denselben Weg wie seine amerikanischen Diplomaten-Kollegen nahe

dem Brandenburger Tor. Nach einem wochenlangen Umbau läßt die Botschaft – geschockt durch den glücklichen gelösten Asyl-Fall von sechs „DDR“-Bürgern im Januar 1984 – so gut wie keinen „DDR“-Gast mehr ins Innere des Gebäudes.

Die Krise der Vertretung darf nicht zu einer Krise der Politik werden. „Bräutigam begründete die Bonner Einschränkungen an der Tür der Vertretung. Seit einigen Tagen verlegen deshalb die Fachbeamten der Behörde ihre Informationstätigkeit in den kaum vier Quadratmeter großen Windfang hinter der Tür aus Stahl und Aluminium.“

Die jungen Männer des „Hausordnungsdienstes“ (HOD) – vom Bundesgrenzschutz abgeordnete unbewaffnete junge Beamte im einheitlichen dunkelblauen Blazer – drücken nicht mehr auf den elektrischen Summner, der den Zutritt ins Gebäude freigibt.

Der Bundespräsident blickt auf eine Szenerie, die in der zehnjährigen Geschichte der Vertretung bisher einmal ist: Das Carstens-Porträt befindet sich im Blickbereich der Deutschen, die vor verschlossenen deutschen Türen stehen. Ihr Begehren müssen sie jetzt – in Hörweite und auf Tuchfühlung mit allen anderen Wartenden – durch einen Ausschnitt in

der panzerstarken Scheibe sprechen.

Am Montag nachmittag verzeichnete die ohnedies psychisch enorm belasteten Mitarbeiter des Hauses einen dramatischen Zwischenfall: Drei Jugendliche – vermutlich aus Ost-Berlin – versuchten mit Gewalt, ins Innere zu gelangen und wurden von



den BGS-Beamten aus dem Haus gedrängt.

Die Ordnungskräfte beobachten nun, schärfer als üblich, über die eingebauten Fernsehschirme in ihrer Loge auch das Geschehen auf dem Hof des Gebäudes. Mitarbeiter und Besucher parken dort in der Regel ihre Wagen. Eine Tür – ebenfalls nur per Summner zu entriegeln – erlaubt den Zugang von rückwärts. Auch diese Pforte öffnet sich nun nicht mehr für jedermann.

Nach einem Bericht der „Bild“-Zeitung weigern sich seit Montag weitere 20 „DDR“-Bürger, das Haus wieder zu verlassen. Mit den anderen Flüchtlingen zusammen wären dies bereits 65 Deutsche, die keinen anderen Ausweg mehr wissen. Das Gebäude quillt regelrecht über – denn es bietet ohnehin nur 90 Bettenstellen, deren vorgesetzte Behörde das Bundeskanzleramt ist, Platz und Bewegungsfreiheit.

Für die Deutschen draußen vor der Tür ändert sich seit dem Bonner Barriere-Beschluß vieles: Wer früher beispielsweise lediglich im Besucherzimmer in den ungelentkten Blättern der Presse der Bundesrepublik lesen wollte, muß auf diese Informationsmöglichkeit verzichten.

Psychisch besonders belastend wirkt sich aus, daß sich zwischen den Hilfesuchenden hindurch „normale“ Besucher aus West-Berlin oder dem übrigen Bundesgebiet hindurchdrängeln. Für sie sperrt sich das Haus auf.

Günstiger als die Landsleute drüben sind auch ausländische Gastarbeiter oder Polen gestellt, die beispielsweise von der „DDR“ aus ein Durch- oder Einreise-Visum für West-Berlin oder die Bundesrepublik beantragen. Auch in diesen Fällen bleibt den Antragstellern das diskriminierende Notquartier im Windfang erspart.

# Schaffen Sie sich jetzt Ihre Sicherheitsreserven in Gold. Mit Krügererrand.

Das internationale Schuldenkarussell dreht sich immer schneller. Finden die Beteiligten noch einen Ausweg? Um wieviel mehr steigt dadurch die Inflation? Hinzu kommt die Ungewißheit über die Zinsen und die Wechselkurse. Mehr Vorsicht bei der Geldanlage wird jetzt von den Banken empfohlen. Sicherheit und Liquidität sind gefragt.

Macht es da nicht Sinn, jetzt Geld in Gold anzulegen? Noch ist Gold günstig, und der Rat erfahrener Anlageberater, mindestens 5–10% des Vermögens in Gold zu investieren, hat sich auf lange Sicht immer bezahlt gemacht. Denn Gold hat sich in schwierigen Zeiten als

eine der sichersten Anlagemöglichkeiten erwiesen. Gold in Form von Krügererrand gibt Ihnen eine weitere Sicherheit dazu: Krügererrand-Goldmünzen sind Bestandteil des internationalen Goldhandels und sind deshalb nicht nur langfristig sicher,

sondern auch kurzfristig liquide. Mit verschiedenen Größen – 1, 1/2, 1/4 und 1/10 Unze – erlaubt er Ihnen darüber hinaus eine Wertanlage nach Maß.

Sie erhalten Krügererrand mit einem äußerst geringen Handelsaufschlag bei Banken und Sparkassen.

Fragen Sie noch heute Ihre Bank über den Aufbau Ihrer „stillen Reserve“ in Krügererrand.



Krügererrand. Ein Stück Gold. Ein Stück Sicherheit.



## Staaken: Das Zugeständnis löst ein Berliner Problem

Der neue Kontrollpunkt ist fertig, aber der Schnellstraßen-Zubringer noch nicht

HANS-R. KARUTZ, Berlin  
Rund drei Monate vor seiner noch immer geplanten ersten West-Reise reichte Erich Honecker jetzt einen ebenso kleinen politischen „Bonbon“ über den deutsch-deutschen Tisch: Nachdem sie sich monatelang taub stellten, stimmte die „DDR“-Führung nun auch für die Bundesregierung überlassend nach monatelangen Geheimgesprächen Bonn und des Berliner Senats zu, den einzigen Übergang der Stadt in Richtung Hamburg, Holstein und das Urlaubsparadies Sylt drei Jahre länger für Reisen nach Norden offenzuhalten.

### Gefahr von Staus

Nach der Vereinbarung über den Bau der Hamburg-Autobahn - Bonn zahlte 1,2 Milliarden DM - sollte Staaken (Ost) oder Heerstraße (West) am 31. Dezember 1984 geschlossen werden. Ein neuer Kontrollpunkt im äußersten Nord-Zipfel West-Berlins steht, mit 17 Bonner Millionen Mark errichtet, seit November 1982 bereit. Aber auf westlicher Seite reichten sieben Jahre Vorbereitung nicht aus, um in der Stadt rechtzeitig einen Schnellstraßen-Zubringer zu ebenen neuen Übergang Heilige-Geist-Straße anzulegen. Der Bund bringt für diese Straße, die bisher bis auf 2300 Meter nur auf den Reißbrettern der Tiefbau-Ingenieure steht, 515 Millionen Mark auf.

Ohne Ost-Berlin-Nachgeben wären Berlins Auto-Touristen und Ausflügler vom Frühjahr 1985 an in Angsten und Massenstaus gefangen gewesen. Denn zum neuen Übergang schlingt sich bisher nur eine über

100 Jahre alte baumgesäumte märkische Chaussee. Lediglich die letzten 2,3 Kilometer vor der Grenze sind für knapp 100 Millionen Mark aus der Bundesschatulle schon hergerichtet.

Selbst das Einlenken Ost-Berlins, das die „DDR“-Kasse nicht belastet, da der Kontrollpunkt für den Besucherverkehr ohnedies offengeblieben wäre, reicht zeitlich womöglich noch immer nicht aus: Denn Berlins Oberverwaltungsgericht fand 1982 aufgrund von Klagen mehrerer Anwohner manches juristische Haar in den Bebauungsplänen früherer Landesregierungen. Sie waren 1981 vom CDU-Senat anstandslos übernommen worden und erwiesen sich im Prozess größtenteils als nichtig.

Zwar besaßen weder die Bundesregierung noch der Senat konkrete Hinweise auf einen positiven „DDR“-Bescheid in Sachen Staaken, aber Eingeweihte im Rathaus Schöneberg munkelten seit Tagen: „Es ist etwas in Bewegung gekommen.“ Vor allem Weizsäcker und Eberhard Diepgens Staatskanzlei-Chef Hans-Jürgen Schierbaum hatte immer wieder auf eine Entscheidung Ost-Berlins gedrängt.

Bei einer politischen Koordinierungsrunde im Mai in Bonn setzte sich vor allem auch der Bundesbevollmächtigte Peter Lorenz (Berlin) für den Senatsanliegen ein. Staatssekretär Hans Otto Bräutigam streifte das Thema ebenfalls, wo immer er mit „DDR“-Vertretern zusammentraf.

Dem Senat war in jedem Falle an einer Entscheidung gelegen - um bei

einem endgültigen Ostberliner „Nein“ rechtzeitig Vorsorge für einen Notausbau von Straßen in den sonst total überlasteten Berliner Norden zu treffen.

Bis zum Montag beharrte Ost-Berlin auf „absoluter Vertraulichkeit“, so daß Diepgen selbst zu seiner Pressekonferenz nur unter dem Codewort „erhebliche Bedeutung“ einlud. Mit dem Vize-Außenminister Kurt Nier gab einer der unflexibelsten und dogmatischsten „DDR“-Amtsträger das Ja des Politbüros seinem herbeigeeilten Gast Bräutigam bekannt.

### Dorn für Moskau

Die Sowjets haben nach Überzeugung westlicher Experten im Bereich ihrer Truppenübungsplätze Döberitz/Dallgow unmittelbar neben der heutigen Transitstraße F5 modernste Mittelstreckenraketen stationiert. Ihnen ist der Transitverkehr - nach Öffnung der Hamburg-Autobahn 60 Prozent mehr - seit Jahrzehnten ein Dorn im Auge.

Das Entgegenkommen Ost-Berlins kann eine Folge taktischer Überlegungen im Vorfeld des Honecker-Besuchs sein und als Vorleistung für künftige Erwartungen der „DDR“ hinsichtlich neuer Vereinbarungen mit Bonn gewertet werden. Denn im vorigen Jahr zeigte Honecker weder bei seiner Begegnung mit Hans-Jochen Vogel am 28. Mai noch bei seinem Gespräch mit Weizsäcker am 15. September irgendeine Bereitschaft, von der vereinbarten Schließung abzurücken.

## Deutsche Frage: Opposition soll Farbe bekennen

dpa, Osmabrück

Mit der Forderung der Grünen, das Wiedervereinigungsgebot aus dem Grundgesetz zu streichen, muß sich nach Ansicht des FDP-Präsidenten Irmgard Adam-Schwartz der Bundestag befassen. In einem Interview der „Neuen Osmabrücker Zeitung“ sagte Frau Adam-Schwartz, die Grünen und die SPD sollten zu einer eindeutigen Klärung ihrer Standpunkte „in diesem Skandal-erster Ordnung“ gezwungen werden. „Ich bin sehr gespannt, ob die SPD auch die bisherige Position der großen demokratischen Parteien verlassen wird und auf den Kurs der Grünen einschwenkt, wie sie es in der Frage der Sicherheitspolitik - vor allem in der NATO-Nachrüstungspolitik - getan hat und dafür sogar Bundeskanzler Schmidt opferte“, betonte die FDP-Politikerin.

Völlig unbegreiflich sei, so Frau Adam-Schwartz, daß die FDP aus rein machtpolitischen Gründen sich immer mehr bereit zeige, mit einer Partei zusammenzuarbeiten, die sich nicht nur in der Deutschen Frage vom Grundgesetz losgesagt habe. „Der Preis, den die SPD dafür an die Grünen zahlen muß, ist im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik Deutschland viel zu hoch.“

Die FDP-Politikerin fügte hinzu: „Was sollen eigentlich die Deutschen in der DDR von uns Deutschen in der Bundesrepublik halten, wenn wir eine Protestpartei so stark machen, die das sicherlich ferne Ziel einer Wiedervereinigung aufkündigt?“

## Likud steuert auf neuen Tiefpunkt zu

dpa, Jerusalem

Knapp vier Wochen vor den Neuwahlen zur Knesseth in Israel hat der bislang regierende Likud-Block einen neuen Tiefpunkt erreicht. Nach jüngsten Meinungsumfragen kann Likud derzeit nur noch mit 36 von insgesamt 120 Sitzen im Parlament rechnen. Bei einer ähnlichen Umfrage im Mai war die jetzige Regierungskoalition noch auf 39 Mandate gekommen.

Die israelische sozialdemokratische Arbeiterpartei, die seit 1977 in der Opposition steht, wird nach den jüngsten demokratischen Erhebungen mit 51 Abgeordneten als stärkste Fraktion in die Knesseth zurückkehren. Um die absolute Mehrheit und damit die Regierungsbildung zu gewinnen, müßte sie allerdings eine Koalition mit einer Reihe kleinerer Parteien eingehen. Ein möglicher Koalitionspartner wäre die „Jachad“ des früheren Verteidigungsministers Ezer Weizman, die derzeit mit drei Mandaten rechnen kann.

## Wieder Festnahmen in Jugoslawien

cgs, Wien

Die jugoslawischen Sicherheitsbehörden haben einen weiteren Teilnehmer der „Karfreitag-Diskussion“ - jener Veranstaltung in einer Belgrader Privatwohnung, bei der Milovan Djilas über die nationale Frage reflektieren sollte - verhaftet. Damit sitzen insgesamt sieben Personen aus dem Kreis von 28 Teilnehmern im Gefängnis. Es handelt sich um den 23-jährigen Philosophie-Studenten Gordana Jovanovic. Gleichzeitig beschlagnahmte die jugoslawische Polizei in mehreren Belgrader Buchhandlungen den soeben auf Veranlassung oppositioneller Kreise nachgedruckten Bericht der ideologischen Kommission des kroatischen ZK über oppositionelle Literatur. Diese Publikation, die eine schwarze Liste von 200 Namen prominenter jugoslawischer Intellektueller enthält, welche sich oppositionell gegen das Regime gebührt haben, wird in einem in Belgrad kursierenden „offenen Brief“ als „Manifest des Neo-Stalinismus“ und als Versuch bezeichnet, jede offene Diskussion zu ersticken.

Das Mitglied des jugoslawischen Parteipräsidiums, Mija Ribicic, hat in einem Interview für das ungarische Fernsehen erklärt, die jugoslawische Opposition lasse sich durch die antikomunistische Linie des US-Präsidenten Reagan inspirieren.

Im Jahre 1939 waren 470 000 Deutsche in Ungarn. Durch Krieg, Deportation und Zwangsausweisung nach Deutschland auf Veranlassung der alliierten Kontrollkommission hatte sich diese Zahl bis 1947 auf 250 000 reduziert. Während der Jahre 1948 bis 1952 hatten die Deutschen keine politischen und bürgerlichen Rechte. 1952 wurde eine Amnestie erlassen, die den noch im Lande verbliebenen Deutschen die ungarische Staatsbürgerschaft zurückgab und ihnen die Möglichkeit einräumte, ihr früheres landwirtschaftliches Eigentum von ungarischen Siedlern zurückzukaufen. Dies ist in etwa 80 Prozent der Fälle geschehen. Die Deutschen in Ungarn haben seitdem den gesetzlichen Status einer nationalen Minderheit.

Seite 2: Deutsche und Ungarn

## „DDR“ will Transitreisenden bleifreies Benzin anbieten

Umweltkonferenz in München / Meinungsunterschiede über Art der Bekämpfung

D. GURATZSCH/DW, München  
Die „DDR“ will Transitreisenden und anderen westlichen Autofahrern bleifreies Benzin anbieten, wenn dies durch entsprechende Umweltschutzbestimmungen in der Bundesrepublik erforderlich werden sollte. Das erklärte der für den Umweltschutz zuständige „DDR“-Minister Hans Reichelt im Westdeutschen Rundfunk. Die Ostberliner Behörden sehen es nach den Worten Reichelts jedoch nicht als vorrangige Umweltschutzmaßnahme an, den eigenen Kraftfahrzeugverkehr auf den Betrieb mit Abgaskatalysatoren und bleifreiem Benzin umzustellen.

Auf der Multilateralen Umweltkonferenz in München sind die tiefgreifenden Meinungsunterschiede zwischen den einzelnen Staaten über die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Luftverschmutzungen gleich deutlich geworden. Zahlreiche Staaten, darunter die USA, Großbritannien und auch die kleineren Ostblock-Staaten, weigerten sich ausdrücklich, dem sogenannten „Dreißig-Prozent-Klub“ beizutreten.

Dagegen erklärten neben Belgien mit überraschender Eindeutigkeit auch die Sowjetunion, Weißrussland, die Ukraine und die „DDR“ ihren „Beitritt“ zu dieser Staatengruppe, die sich im März dieses Jahres in Ottawa verpflichtet hat, ihre Schwefeldioxid-Emissionen bis spätestens 1993 um „mindestens 30 Prozent“ gegenüber 1980 zu verringern.

Zu der Konferenz (31 Teilnehmer-Staaten) haben außer Albanien auch sämtliche Staaten des Ostblocks Delegationen entsandt. Die Konferenz

gilt damit als das wichtigste internationale Umweltforum seit der Stockholmer Umweltkonferenz von 1972 und seit der Genfer Konferenz von 1979, auf der 34 in der ECE, der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa, zusammenarbeitende Staaten eine Konvention zur Begrenzung der grenzüberschreitenden Luftverunreinigungen beschlossen haben. Die dort noch fehlende Festlegung auf bestimmte Grenzwerte und Fristen hielten zehn Staaten auf einem separaten Treffen in Ottawa im März dieses Jahres nach. Die Erweiterung dieses „Dreißig-Prozent-Klubs“, dem zunächst neben Kanada, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Frankreich und die Bundesrepublik angehörte, auf „ganz Europa“ bezeichnete Regierungssprecher Boenisch als eines der Ziele, die Bonn mit dieser Konferenz erreichen wolle.

Die Aussichten dafür standen nach dem ersten Konferenztag nicht besonders günstig. Während zahlreiche Staaten von gravierenden Schäden an Wäldern, Gewässern, Bauten und von zunehmenden Gefahren für die Gesundheit der Menschen berichteten und diese Bedrohungen auf Luftverschmutzungen, insbesondere auf Schwefeldioxid-Emissionen und Stickstoff-Emissionen zurückführten, erklärten andere Staaten, an der Spitze die Engländer und Amerikaner, die Forschungsgrundlagen für Gegenmaßnahmen reichten noch nicht aus.

Innen wart EG-Kommissar Karl-

Heinz Narjes „bequemen Umweltzornismus“ vor, „der sich letzter Unklarheiten der Wirkungsforschung als Vorwand bedient, um das notwendige Handeln weit in die Zukunft hinauszuzögern“.

Auch Staatssekretär Carl-Dieter Spranger vom Bundesinnenministerium stellte als Sprecher der Bundesrepublik an die Spitze seiner „nützlichsten Bestandsaufnahme“ die Gefährdung der menschlichen Gesundheit. Es war das erste Mal, daß ein deutscher Politiker diese Bedrohung noch vor den großflächigen Waldschäden anführte. Spranger sprach von Anzeichen für eine „umfassende Bedrohung der gesamten Umwelt. Auch Nahrungsmittel würden verseucht. Mit den Schäden an Bauten und Denkmälern sei das gemeinsame kulturelle Erbe Europas gefährdet“.

Mit besonderem Interesse wurde der Bericht des Russen Juri Israel über im Westen wenig bekannte weiträumige Umweltschäden in der Sowjetunion aufgenommen. Danach sind die Binnenseen der Kolahabinsel und Karellens versauert, die Tümpfen Nordwest- und Zentralrusslands tiefgreifend geschädigt.

Zahlreiche Redner der Eröffnungssitzung, darunter die Deutschen und auch „DDR“-Umweltminister Hans Reichelt, beriefen sich auf die Verpflichtungen, die die Unterzeichner der KSZE-Schlussakte von Helsinki eingegangen seien, als sie den Umweltschutz zu einem wichtigen Gebiet der Zusammenarbeit zwischen Ost und West erklärten.

## Moskau: Votum gegen Europas Einheit

„Prawda“-Analyse der Wahlen zeigt: Ergebnis läuft der eigenen Strategie zuwider

FERNANDO MEZZETTI, Moskau

Zunächst hat Moskau auf die Ergebnisse der Europawahl begeistert reagiert, dann aber mit Bitterkeit festgestellt, daß der „reaktionäre Block“ noch immer stark sei. Moskau betrachtete die niedrige Wahlbeteiligung, die in den einzelnen Mitgliedsländern festgestellt wurde, gleichsam als Bestätigung der Opposition gegenüber den Zielvorstellungen einer europäischen Einigungspolitik. Der Erfolg der Labour Party in Großbritannien, der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland, der Kommunisten in Italien wurde als ein Erfolg derjenigen gewertet, die die europäische Einigung ablehnen.

Doch sei, so hieß es weiter, die Stimme für das Europäische Parlament auch eine Stimme gegen die nationalen Regierungen gewesen; denn sie hätten die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen unterstützt. Großbritannien, die Bundesrepublik und Italien werden als Beispiele aufgeführt. Die Wahlbedenken der KP Frankreichs wird in den Analysen ignoriert, dagegen Besorgnis darüber ausgedrückt, daß die Nationale Front Zulauf erhalten habe.

Diese Analysen, wie sie die Parteilzeitung „Prawda“ veröffentlicht, spiegeln die innere Propaganda wider, auch die Reaktion, die sich zwangsläufig aus dem sowjetischen System ergibt. Für westliche Analytiker stellt die weitgehende Stimmeneinheit eine bedauernde Gleichgültigkeit der Wähler gegenüber den Problemen des gesamten Europas dar, für die „Prawda“ nicht. Indem sie ein Beurteilungskriterium anwendet, das ausschließlich sowjetisch ist, interpretiert sie die Enthaltung als eine Form aktiver Opposition. Denn in der Sowjetunion gilt ein

Wahlboykott in der Tat als oppositionelle Handlung.

Die „Prawda“ begeistert sich über das gute Wahlschneiden der italienischen Kommunisten, der Grünen in der Bundesrepublik und der Labour Party in Großbritannien; aber sie liefert dafür keine Erklärungen. Denn dann hätte sie sagen müssen, wie es kommt, daß diese Wähler mit ihrem Votum für Straßburg zwar etwas von europäischer Bedeutung tun haben, aber mit dem Zweck, Europa zu zerstören.

Mit der Sicherheit, die sie aus ihren zeitbrechenden ideologischen Gewissheiten herleitet, identifiziert die „Prawda“ die Verlierer: es sind jene Kräfte, die diese geschlossene europäische Wirtschaftsgemeinschaft in eine ebenso geschlossene, politisch militärische Allianz unter der Ägide der NATO umformen wollten. Und weiter: Diejenigen, die für das Europäische Parlament gestimmt hätten, „haben ihre Opposition zur politischen Einheit Europas, zur Begrenzung der nationalen Souveränität zugunsten supranationaler Organisationen, wie der EG, gezeigt“.

Es ist reine Propaganda. Die „Prawda“ weiß sehr gut, daß der Fortschritt der politischen Einigung Europas durch die Streitereien der Regierung blockiert wird und nicht durch Aktionen von Minderheiten.

Indem sie ihre eigenen Analysen widerlegt, wonach die Wähler vor allem gegen die politische Einheit Europas gestimmt haben, fügt das Blatt hinzu, daß der Wahlausgang jene Parteien belohnt habe, die sich der Stationierung der Mittelstreckenraketen widersetzt hätten.

Mit mehr Ehrlichkeit schrieb die Regierungszeitung „Iswestija“: „Die

Europawahlen haben wieder dem reaktionären Block die Mehrheit im Parlament von Straßburg zugewiesen. Immerhin haben sich die Kräfte konsolidiert, die eine Veränderung im politischen Klima Europas wollen, das jetzt so stark durch die Mittelstreckenraketen der Amerikaner beeinflusst wird.“

Die Widersprüchlichkeiten der Analysen und die propagandistischen Sprünge enthüllen die wahre Position Moskaus: Es ist eine tiefe Opposition gegen jede Form europäischer Einigung. Der Krenel verunglimpft die supranationalen Institutionen Europas als „im Gegensatz zu den Interessen der Arbeiterklasse“ stehend.

In Wirklichkeit betrachtet Moskau solche Einrichtungen als einen Faktor, der Europa weniger verletzlich und weniger erpressbar macht; und daher nicht im Gegensatz zu den „Interessen der Arbeiterklasse“, sondern ihrer eigenen Strategie der Machtausübung steht. Das erklärt auch ihre noch härtere Opposition gegen die französisch-deutschen Initiativen, die Westeuropäische Union wieder zu beleben, die im Gegensatz zur EG ausdrücklich verteidigungspolitische Charakterzüge aufweist.

Aufgrund dieser Überlegungen hat die Sowjetunion nie die Existenz der EG anerkannt und sie Beziehungen zu ihr aufgenommen. Sie zieht den bilateralen Kontakt in den einzelnen Ländern in Europa vor, um Einfluß auszuüben. Und sie sieht die Möglichkeit einer europäischen Einheit als Gefahr. Wenn die Europa-Euphorie der siebziger Jahre bei uns abgeklungen ist, sich in der Berechnung von Zuckerrüben und Milch aufreibt, ist Moskau deshalb nicht weniger wachsam geworden.

## Keine Aussichten mehr für Swapo?

Pretorias Politik verändert die Lage im südlichen Afrika / Nujomas zweite Front

MANFRED NEUBER, Windhoek

Südafrikas erfolgreiche Strategie des „Hit-and-Talk“ (auf militärische Präventivschläge gegen Frontstaaten folgen diplomatische Offerten zur Hilfe und Zusammenarbeit mit schwarzen Südafrikanern) hat die Konflikte im südlichen Afrika verändert. Sie stellt sich, teilweise paradox, so dar:

● Gemeinsam wachen je 300 Soldaten Südafrikas und des marxistischen Regimes in Luanda an der Südgrenze Angolas darüber, daß die Terrorüberfälle der Swapo auf Südwesafrika unterbunden. Offiziell unterstützt Luanda den „behafteten Kampf“ dieser sogenannten „Befreiungsbewegung“.

● Nach Angola entsandte kubanische Soldaten schützen die Anlagen amerikanischer Erdöl-Multis in der Enklave Cabinda vor Angriffen prowestlicher Buschkämpfer. Mit den Petrodollars für den Rohöl-Export betreibt Luanda den Unterhalt der Kubaner.

● Südafrika will tausend Armee-Angehörige auf Ersuchen des marxistischen Regimes in Mocimboa zum Schutz des Cabora-Bassastaudammes abstellen. Bisher bildete Pretoria die Partisanen aus, die die Kraftwerk bedrohen. Nach der Übernahme mit Maputo wurden sie über Nacht fallengelassen.

will Strom im Tausch für Lebensmittel an Südafrika liefern.

Solche „verkehrten Fronten“ können das Feindbild von Oberst Krohn nicht erschüttern. Der Kommandeur des Wehrbereichs Windhoek schildert im kantigen Südwesafrika-Deutsch das Absetzen der südafrikanischen Streitkräfte aus Südwesafrika als durchschlagenden Erfolg. „Angola war bisher ein Sprungbrett für die von Moskau gelenkte Subversion im südlichen Afrika“, sagt er. Diese Gefahr sei jetzt gebannt. Südafrika habe die Guerrilla-Taktik, wie sie General Gijap in Vietnam verfolgte, gegen die Angreifer angewandt. Nun werde auch der Ho-Tchi-Minh-Pfad aus Angola abgeschnitten.

Nach Darstellung des südafrikanischen Militärs finden die Swapo-Kämpfer bei der Bevölkerung im Ovambo-Land an der Grenze zu Angola immer weniger Unterstützung. Deshalb versuche die Swapo, vom fälschlichen Botswana aus eine zweite Front gegen Südwesafrika aufzubauen. Während angolanische und südafrikanische Einheiten nördlich des Grenzflusses Cunene ein bis zu 150 Kilometer nach Angola hineinreichendes Dreieck als entmilitarisiertes (Swapo-freie) Zone kontrollieren, läuft die - offiziell nicht zugegebene - Unterstützung Südafrikas für die prowestliche Unabhängigkeitsbewegung Unita in Angola weiter. Ihren

Führer Jonas Savimbi lobt der Gesprächspartner in Windhoek als „einen Meister der gegenrevolutionären Kriegsführung“.

Die Unita kontrolliert mehr als ein Drittel des Landes. Ohne die Präsenz der 25 000 Kubaner in Angola, so meinen Militärexperten, könnte sich das Regime in Luanda nicht halten. Savimbi verfügt über 20 000 Mann in Kampfeinheiten und ebenso viele Helfer. Zur weiteren Befriedung des südlichen Afrika gehört nach Auffassung der südafrikanischen Regierung der Abzug der Kubaner aus Angola und die Beteiligung der Unita an der Macht in Luanda. Mit der starken Position der Unita in Angola verfügt Südafrika indirekt über ein Machtmittel, um Luanda an die Verpflichtung zu erinnern, sein Territorium nicht als Ausgangsbasis für den Swapo-Terror gegen Namibia zu benutzen. Seit der zweiseitigen Übereinkunft ist von dritter Seite über drei Dutzend Mal gegen die Waffenruhe verstoßen worden.

Nach fast 18 Jahren Terror und Buschkrieg um Namibia muß sich die Swapo eingestehen, daß bei der jetzigen Konstellation im südlichen Afrika ein militärischer Sieg in Windhoek nicht möglich ist. Gegen den Rat gemäßigter afrikanischer Staatsmänner läßt Moskau es dennoch nicht zu, daß Swapo-Chef Sam Nujoma in eine Verhandlungslösung einwilligt.

## Kein Asylantrag per Postkarte

BVG: Chancen für Ausländer nur bei vorüberigem Antrag in der Bundesrepublik

H. H. HOLZAMER, Berlin

Mit zwei zentralen Fragen des Asylrechts mußte sich gestern der 8. Senat des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin auseinandersetzen. In dem ersten Verfahren, das zur Verhandlung anstand, ging es um einen 54-jährigen Jugoslawen, der seit 1963 in der Bundesrepublik lebte und 1974 wegen wiederholter Straftatigkeit nach Jugoslawien abgeschoben wurde, obwohl in dieser Zeit ein Verfahren auf Anerkennung als politischer Flüchtling lief. Die Gründe für den Asylantrag - Mitwirkung an Demonstrationen und Beteiligung an einer kroatischen Emigrantengruppe in Frankfurt - führten 1975 in Zagreb zu einer Verurteilung für 15 Jahren schweren Kerkers, die der Jugoslawe noch heute vermutlich im Gefängnis KPD Sca-Gradiska verbüßt.

Das Hoge Gericht hatte dem Jugoslawen zwar zugegeben, daß die Ablehnung des Antrags durch die Bundesanstalt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge rechtswidrig war, verneinte aber ein „rechtlches Interesse“ an der Weiterverfolgung des Anerkennungsverfahrens, da sich der Jugoslawe nicht in der Bundesrepublik befände. Dies sei aber die Voraussetzung für Asylanträge.

Der Rechtsanwalt des Jugoslawen

meinte, ein rechtliches Interesse sei doch gegeben, da sein Klient nach seiner Freilassung aus der Haft eventuell Schadenersatzansprüche gegen die Bundesrepublik geltend machen könnte und er dann ohne weiteres - heute schwierigeres - Verfahren als anerkannter Flüchtling mit seiner Familie in der Bundesrepublik leben könnte.

Diesen Argumenten schloß sich nach kürzerer Beratung das Bundesverwaltungsgericht an. In der Begründung führte es aus, daß es grundsätzlich dabei bleibe, daß es keinen Asylantrag per Postkarte aus dem Ausland geben könne. Denn das könnte dazu führen, daß tausendfach solche Anträge gestellt würden. Wenn aber der Antrag innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gestellt worden sei, wenn also einmal ein Kontakt zur Bundesrepublik vorhanden gewesen sei, könne dieser Antrag auch aus dem Ausland weiterverfolgt werden. (BVerwG 9 c 136 aus 83)

Bei der zweiten Frage ging es um das Schicksal mehrerer Afghanen, die Ende der siebziger bzw. Anfang der achtziger Jahre in die Bundesrepublik gekommen waren. Ihre Asylanträge hatten sie damit begründet, daß sie in ihrer Heimat Wehrdienst

leisten müßten. Die Anträge waren abgelehnt worden, von den Vorgesetzten dann aber doch positiv beschieden worden.

Die Gerichte, das Verwaltungsgericht Karlsruhe und der Verwaltungsgerichtshof Mannheim, hatten ihre Urteile darauf abgestellt, daß die Machthaber in Kabul regelmäßig auf die Streitkräfte zurückgriffen, um die Aufständischen und damit afghanische Bürger zu bekämpfen. Nicht nur die sowjetischen Invasionstruppen, sondern auch die regulären afghanischen Militäreinheiten beteiligten sich zudem an Übergriffen gegen die Zivilbevölkerung. Sie seien somit ein Instrument, um die politische Opposition Afghanistans fertig zu werden.

Die Anwälte der Afghanen machten sich diese Argumente der Vorinstanzen zunutze und trugen weiter vor, ihre Mandanten, die nach wie vor in der Bundesrepublik leben, würden in Afghanistan gezwungen werden, die elementarsten Gebote der Menschlichkeit zu verletzen. Was ihnen zugemutet würde, seien Verstöße gegen Menschenwürde.

Die Entscheidung des Gerichtes lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor. (BVerwG 9 c 183 bis 187 aus 83)

## „Freiraum“ für Deutsche

In Ungarn wächst das Interesse an der Muttersprache

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat während seines offiziellen Besuchs in Ungarn den „Freiraum“ der dort lebenden Deutschen als beispielhaft gewürdigt. Zu den Unterlagen, die der Kanzler bei sich hatte, gehörten auch statistische Erhebungen. Danach wird die Zahl der in Ungarn lebenden Deutschen nach aktuellen Veröffentlichungen mit etwa 290 000 angegeben, sie entspricht also zwei-einhalb Prozent der Gesamtbevölkerung.

Im Vergleich zur Gesamtzahl der Angehörigen von nicht-ungarischen Volksgruppen ist diese Zahl noch immer bedeutend, da Slowaken, Südslawen und Rumänen in diesem Land zusammen weniger ausmachen. Die meisten Deutschen in Ungarn leben heute in Transdanubien, im ungarischen Mittelgebirge zwischen den Donau-Knie und Plattensee und im Raum Fünfkirchen. Allerdings erreicht der Anteil der deutschsprachigen Bevölkerung nur in wenigen Orten mehr als 30 Prozent, so vor allem im südlichen Komitat Bannau. Aufgrund von Verordnungen zum Minderheiten-schutz sind in allen Orten mit gemischter Bevölkerung zweisprachige Ortstafeln angebracht worden, in denen der deutschsprachige Bevölkerungsanteil über 30 Prozent liegt. Insgesamt ist dies, wie es in Unterlagen heißt, in 34 deutschen Gemeinden der Fall. Es gibt auch ausschließlich von Deutschen bewohnte Gemeinden, zum Beispiel Óbánya und Ófalu.

Im vergangenen Jahr existierten nach amtlichen Angaben 73 deutsche Kindergärten (etwa 4000 Kinder) und 174 Grundschulen (24 250 Kinder), in denen Deutsch als Muttersprache gesprochen und unterrichtet wird. In Frankensztadt (Baja) in Südanun gibt es ein deutsches Gymnasium nur für die deutsche Volksgruppe, an zwei Gymnasien in Fünfkirchen

(Pécs) und Budapest sind durchgängige Klassenzüge eingerichtet, in denen in allen geisteswissenschaftlichen Fächern Deutsch Unterrichtssprache ist (insgesamt 390 Schüler).

Die Zahl der am muttersprachlichen Unterricht interessierten und teilnehmenden Schüler steigt ständig. Vor allem der „Demokratische Verband der Ungarndeutschen“ bemüht sich um die Pflege der Muttersprache. ZK-Sekretär Aczel habe auf dem Kongreß des Verbandes im Dezember 1983 die Ungarndeutschen ausdrücklich zur Wahrnehmung ihrer sprachlichen und kulturellen Identität ermutigt. Der Verband gibt wöchentlich die „Neue Zeitung“ (Aufgabe bis 5000) heraus. Das Regionalstudio Pécs des ungarischen Rundfunks sendet wöchentlich 300 Minuten in Deutsch, das Regionalstudio Raab (Győr) zehn Minuten. Auch das ungarische Fernsehen produziert und sendet im Landesstudio Pécs ein Programm für die Ungarndeutschen, von dem zehn Minuten pro Woche in das Landesprogramm übernommen werden.

Im Jahre 1939 waren 470 000 Deutsche in Ungarn. Durch Krieg, Deportation und Zwangsausweisung nach Deutschland auf Veranlassung der alliierten Kontrollkommission hatte sich diese Zahl bis 1947 auf 250 000 reduziert. Während der Jahre 1948 bis 1952 hatten die Deutschen keine politischen und bürgerlichen Rechte. 1952 wurde eine Amnestie erlassen, die den noch im Lande verbliebenen Deutschen die ungarische Staatsbürgerschaft zurückgab und ihnen die Möglichkeit einräumte, ihr früheres landwirtschaftliches Eigentum von ungarischen Siedlern zurückzukaufen. Dies ist in etwa 80 Prozent der Fälle geschehen. Die Deutschen in Ungarn haben seitdem den gesetzlichen Status einer nationalen Minderheit.

Seite 2: Deutsche und Ungarn

## Parteispenden: Stiftungen durchsucht

hey, / p. p. Bonn

Die Staatsanwaltschaft hat erneut die Räume von zwei parteinahen Stiftungen durchsucht: Ermittlungsbeamte sind Anfang vergangener Woche bei der Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) in Bonn und der Friedrich-Naumann-Stiftung (FDP) in Königswinter gewesen. Dabei ging es nach WELT-Informationen unverändert um Ermittlung in der Parteispenden-affäre.

Am Montag vergangener Woche haben Beamte in der Friedrich-Ebert-Stiftung um „Einsichtnahme in die Bücher“. Vor allem interessierte, ob die Institution satzungswidrig Spenden zur Unterstützung des „Arbeitskreises kommunalpolitische Bildung“ oder für Scheinabonnements der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ verwendet hatte. Die Ermittler nahmen allerdings keine Akten mit. Die Verfahren, in deren Fortgang sie nach Spuren suchen, werden voraussichtlich im Oktober eröffnet werden. Die Friedrich-Ebert-Stiftung hofft, daß es ihr dann wieder besser geht. Durch die öffentlichen Ermittlungen ist ihr Spendenaufkommen versiegt. Beide sind zur Zeit fast ausschließlich abhängig von staatlichen Zuschüssen, die abgerechnet werden müssen und ihnen „keine Flexibilität“ mehr erlauben.

Im Anschluß an die Durchsuchung in Bonn führen die Beamten, verstärkt durch Mitglieder der Bremer Staatsanwaltschaft, auf die Margarethenhöhe zur Friedrich-Naumann-Stiftung. Bis zum Freitag vergangener Woche kämpften sie sich durch die Unterlagen. Sie nahmen einen Karton mit, der mit Kontauszügen gefüllt war. Die Mitarbeiter der Stiftung hatten sie ihnen freiwillig übergeben.

## DIE WELT

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden (Berlin); Chefredakteur: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Krump (Bonn, verantwortlich für den Inhalt). Verlag und Druck: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1. Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler. Verantwortlich für Anzeigen: Dietrich Windberg. Redaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99.

Die WELT (USPS 405-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345.00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 550 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Handwritten signature: J. H. H. H.



## Der „Berlinguer-Effekt“ setzt sich nicht fort

Christdemokraten bei Regionalwahlen stärkste Partei

FRIEDRICH MEICHNER, Rom  
Bei den Regionalwahlen auf Sardinien und bei kommunalen Teilergebnissen dank einer Welle menschlicher Sympathie für den kurz vor der Europa-Wahl plötzlich verstorbenen KP-Generalsekretär Enrico Berlinguer, scheint verpufft zu sein. Da auch die anderen mit der DC in der römischen Regierungskoalition verbündeten Parteien diesmal besser abgeschnitten haben als vor einer Woche, hat sich die Lage der Regierung Craxi nach Ansicht der meisten politischen Beobachter konsolidiert. Mit einer unmittelbar bevorstehenden Krise wird jetzt kaum noch gerechnet.

Von den fünf Regierungsparteien zeigen sich neben der DC vor allem die Sozialisten des seit einem Jahr amtierenden Ministerpräsidenten Bettino Craxi mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden. Sie erzielen in manchen Gemeinden sogar ihr bestes Resultat seit Jahrzehnten.

**KPI verlor Stimmen**  
Auf Sardinien ging der Stimmenanteil aller fünf Regierungsparteien im Vergleich zu den letzten Regionalwahlen des Jahres 1979 zurück, war aber, insgesamt gesehen, weit besser als das Resultat der Europa-Wahlen. Die DC, die 1979 auf der Insel noch 37,7 Prozent der Stimmen erhalten hatte und deren Stimmenanteil dann bei den nationalen Parlamentswahlen des vergangenen Jahres in den sardischen Wahlkreisen auf 31,7 Prozent, bei den Europa-Wahlen sogar auf 31,2 Prozent abgesunken war, konnte sich wieder auf 32,2 Prozent hocharbeiten.

Auch die Sozialisten und die republikanisch-liberale Gemeinschaftspartei konnten ihren Stimmenanteil gegenüber den Wahlen vor einer Woche um zwei beziehungsweise 1,6 Prozentpunkte erhöhen. Die Sozialdemokraten verbesserten sich ebenfalls. Die Stimmenkurve der KPI, die seit 1979 ständig angestiegen war (von 27,2 Prozent über 28,8 Prozent bei den allgemeinen Parlamentswahlen des Vorjahres bis auf 32,4 Prozent bei den Europa-Wahlen), zeigt dagegen jetzt fallende Tendenz: die KPI erhielt diesmal 28,7 Prozent der Stimmen.

Bei den kommunalen Teilergebnissen erlitten die Kommunisten vor allem in einigen Gemeinden Süditaliens empfindliche Rückschläge. In Matera (Lucanien) beispielsweise sank ihr Stimmenanteil von 32,8 Prozent vor einer Woche auf 21,6 Prozent. Derenige der Sozialisten stieg gleichzeitig von 7,7 auf 14,3 Prozent.

**Autonomiefrage wichtig**  
In politischen Kreisen Roms wird zwar darauf hingewiesen, daß bei den Gemeindewahlen oft lokale Faktoren das Ergebnis beeinflussen haben und daß bei den sardischen Wahlen die Autonomiefrage ihre Rolle gespielt hat. So errang auf Sardinien die autonomistische Aktionspartei 13,8 Prozent aller Stimmen. Trotzdem spricht kaum jemand den Wahlergebnissen einen landesweiten Testcharakter ab.

Die ersten Kommentare aus dem Regierungslager sind von einer optimistischen Grundtendenz getragen. Der christdemokratische Parteipräsident Piccoli und Vizepartei-Präsident Bodrato äußerten die Überzeugung, daß die Regierung gestärkt aus dem Wahlgang hervorgegangen sei.

Bei den Sozialisten zeigt sich sogar eine gewisse Euphorie. Das Parteiorgan „Avanti!“ schrieb gestern morgen: „Die Sozialistische Partei schien stabil zu sein, aber heute zeigt sich, daß sie stark im Vorrücken ist, mehr als alle anderen Parteien.“

Die Kommunisten bestreiten die Berechtigung eines Vergleichs zwischen den Europa-Wahlen und den jetzigen Teilergebnissen. Sie vergleichen ihr Wahlergebnis mit demjenigen der letzten Regional- und Kommunalwahlen vor fünf Jahren. Das ermöglicht auch ihnen, eine positive Bilanz aufzumachen.

Über die künftige Regierungszusammenarbeit der römischen Koalition soll jetzt in einem Gipfelgespräch der Parteisekretäre mit Ministerpräsident Craxi diskutiert und entschieden werden.

## Nach dem Aufmarsch von Paris: Mitterrand steckt im Dilemma

Die Position des Präsidenten ist schwächer denn je / Qualität eines Referendums

Von A. GRAF KAGENECK

Noch hält Paris vom zürnenden Lärm der Millionen Menschen wider, die am Sonntag gegen die Aufhebung der privaten Schulen demonstrierten, da fragt man sich in den Hauptquartieren beider Lager, wie es nun weitergehen soll. Der Umfang der Demonstration hat alle überrascht, die Organisatoren, die Opposition und die Regierung. So etwas hat es seit der Befreiung von Paris im August 1944 noch nicht gegeben. Noch nie haben sich so viele Franzosen zusammengefunden, um gegen eine Regierung, eine Institution oder eine gesellschaftliche Entscheidung zu protestieren.

Der Marsch der Million zum Bastilleplatz, den der gaullistische Politiker Alain Peyrefitte im „Figaro“ in der Ausgabe vom Sonntag mit dem Titel „Völkchen“ von Paris am 14. Juli 1989 vergleicht, kommt einem Referendum gleich. Niemand wird sich nun darüber täuschen können, daß die Schulreformpläne der sozialistischen Regierung nur unter Hinweis auf schwerste soziale Unruhen durchgesetzt werden können.

Ob sie dies tun wird, ist eine noch offene Frage. Präsident Mitterrand muß sich sehr überlegen, ob er auf der Reform bestehen soll. Nach dem vernichtenden Ergebnis der Europawahlen und dem Aufmarsch von Paris ist seine Position schwächer denn je. Gaullisten-Chef Chirac erhielt sich zwar der Forderung einiger an-

der Oppositionspolitiker nach Auflösung der Nationalversammlung und vorzeitigen Wahlen, beschleunigte dem Staatschef aber, den „Kontakt“ mit dem Volk, Basis der Macht der Präsidenten der 5. Republik, einseitig gebrochen zu haben. Damit verfüge er über keine Mehrheit mehr und müsse Konsequenzen ziehen.

Diese Konsequenz könnte nur sein, das Schulgesetz seines Bildungsministers Savary wieder rückgängig zu machen oder entscheidend abzuändern. Das Gesetz ist in erster Lesung Ende Mai von der Nationalversammlung angenommen worden und geht jetzt an den Senat, wo es wegen der bürgerlichen Mehrheit mit Sicherheit nicht durchkommt. Es würde dann in der Regel mehrfach zwischen beiden Häusern hin- und hergeschoben und, wenn es nicht zu einer Einigung im Schlichtungsausschuß kommt, endgültig von der Nationalversammlung verabschiedet. Präsident Mitterrand wird in den nächsten Tagen den Senatspräsidenten Poher empfangen, einen gemäßigten Christdemokraten der ersten Nachkriegszeit, um mit ihm den Gesetzestext zu erörtern.

Im Grunde geht es nur um einen Punkt: Die Übernahme der Lehrer an Privatschulen in den Staatsdienst und deren Verkopplung mit der staatlichen oder kommunalen Unterstützung für solche Schulen. Aber gerade im kommunalen Sektor ist es Erfahrungen mit sozialistisch oder kommunistisch dirigierten Gemeinden haben gezeigt, daß Zuwendungen zu-

berst unwillig geleistet und wenn, mit hohen Auflagen für den Lehrplan verbunden werden. Der entsprechende Paragraph im Gesetz war von den Ultras des laizistischen Lagers (etwa ein Drittel der Sozialistischen Partei) in der ersten Lesung erheblich verschärft worden, und hieran hatte sich der erbitterte Widerstand der katholischen Elternschaft entzündet. Eine Änderung dieses Paragraphen würde auf ebenso erbitterten Widerstand der „Laizisten“ stoßen.

Präsident Mitterrands Lage ist also äußerst unbequem. Er kann nur auf Mäßigung in beiden Lagern hinwirken und die Zeit für sich arbeiten lassen. Im katholischen Episkopat kann er sich auf ausgleichende Elemente stützen. Er wird einige Bischöfe empfangen. Weniger leicht wird ihm das bei der Anhängerschaft der öffentlichen Schule fallen, die überzeugt ist, den „Kathos“ schon viel zu viel Konzessionen gemacht zu haben und keinen Schritt mehr zurückweichen will. Als dritter Weg bleibt ihm ein Appell zur Vernunft an die Öffentlichkeit. Er hat ihn am Montag im Dörfchen Montsauche im Département Nièvre beschritten, als er sagte: „Die Gründe zu allem Unglück sind immer Fanatismus und die Weigerung, den anderen verstehen zu wollen. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, daß die Franzosen sich wenigstens untereinander verstehen und der Vernunft zum Triumph verhelfen werden, daß ihr Herz über ihren Verstand siegen möge.“

## Distanz zu Polens Regime-Katholiken

J.G.G. Düsseldorf

Als Antwort auf die neue Politik des „Polnisch-katholisch-gesellschaftspolitischen Verbandes“ (PZKS) hat Primas Glomp dem Wochenorgan dieses Verbandes „Lad“ untersagt, sich im Untertitel als katholische Zeitschrift zu bezeichnen. Eine führende Gruppe des Verbandes regimenahe Katholiken unter Führung des Nationaldemokraten Olaszewski hatte kürzlich den Gründer der Zeitung, Zablocki, als Vorsitzenden abgesetzt. Er war einer der letzten Kontaktpersonen zur Amtskirche.

## Manila: Ermordeten Beamte Aquino?

AP, Manila

Der philippinische Ministerpräsident Virata hat vor der Kommission, die mit der Untersuchung des Mordes an dem Oppositionsführer Benigno Aquino im August 1983 beauftragt wurde, nicht ausgeschlossen, daß Angehörige des öffentlichen Dienstes an der Ermordung des Oppositionsführers beteiligt gewesen sein könnten. Es habe zwar keinen Plan der Regierung gegeben, doch könne man nicht wissen, ob einzelne Angehörige der Regierung oder des Behördenapparats in den Fall verstrickt seien.

## Unità: Angola zu Gesprächen bereit

DW, Johannesburg

Die angolische Regierung ist nach Meinung des Anführers der Untergrundbewegung Unità, Savimbi, zu Verhandlungen über das Ende der Guerrillatätigkeit bereit. In einem Interview des südafrikanischen Rundfunks erklärte Savimbi, aus „zuverlässiger“ Quelle wisse er, daß der „harte Kern“ der marxistischen Regierung in Luanda in absehbarer Zeit direkten Gesprächen mit seiner provestlichen Bewegung nicht mehr aus dem Wege gehen werde, falls die Unità bis dahin nicht „ausgeschaltet“ sei.

## Mudschahedin suchen noch den idealen Führer

Afghanistans Ex-König nicht für alle Gruppen akzeptabel

WALTER H. RUEB, Bonn

Junos Khaled und Sebquatullah Mudjadidi, zwei prominente Führer des afghanischen Widerstandes aus verschiedenen Lagern, saßen in Bonn bei Besuchen von Auswärtigem Amt, Ministern, Repräsentanten von Parteien, Organisationen sowie der Medien einträchtig an einem Tisch. Das Zeichen einer Annäherung von fundamentalistischen und gemäßigten Parteien und der Überwindung der Zersplitterung einzelner afghanischer Gruppen im Kampf gegen die sowjetische Aggression?

Zu Gast in Bonn

Zumindest ein Zeichen der Hoffnung. Der Gastgeberin, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin bei Bonn, war es nicht schwer gefallen, die beiden Guerrillaführer gemeinsam einzuladen. Und Mudjadidi, der seit 30 Jahren gegen die Sowjets kämpft, Afghanistan dem sowjetischen Machtbereich einzugliedern, dafür jahrelang im Gefängnis saß, nach Libyen, Saudi-Arabien, Norwegen und schließlich nach Pakistan emigrierte, sagte unmissverständlich: „Wir haben alle ein gemeinsames Ziel: die Befreiung unseres Landes von den sowjetischen Aggressoren.“

Khaled ging auf das Thema einer Einheitsfront hinter einem legitimen Führer ausführlicher ein. „Die Einigung kann zustande kommen, wenn ein Führer mit folgenden Eigenschaften gefunden wird: Er muß dem mohammedanischen Glauben verpflichtet, über jeden Zweifel erhaben und hochgeachtet sein; er muß überall Autorität besitzen und darf nicht durch eine zweifelhafte politische Vergangenheit belastet sein. Schließlich muß er in der Lage sein, geeignete Maßnahmen, die zu einem Sieg über die Russen oder zumindest zu einer politischen Lösung des Afghanistan-Problems führen, zu ergreifen.“

Den im römischen Exil lebenden ehemaligen König Zahir Schah hält Khaled nicht für die geeignete Persönlichkeit. Zahir Schah wehrte sich nach seiner Meinung zu wenig gegen die kommunistische Infiltration und Umarmung Afghanistans und ist dadurch politisch zu stark belastet. Khaled: „Zahir Schah machte zu viele Fehler. Wir haben die Verhaftung gro-

ßer islamischer Führer unter seiner Herrschaft nicht vergessen.“

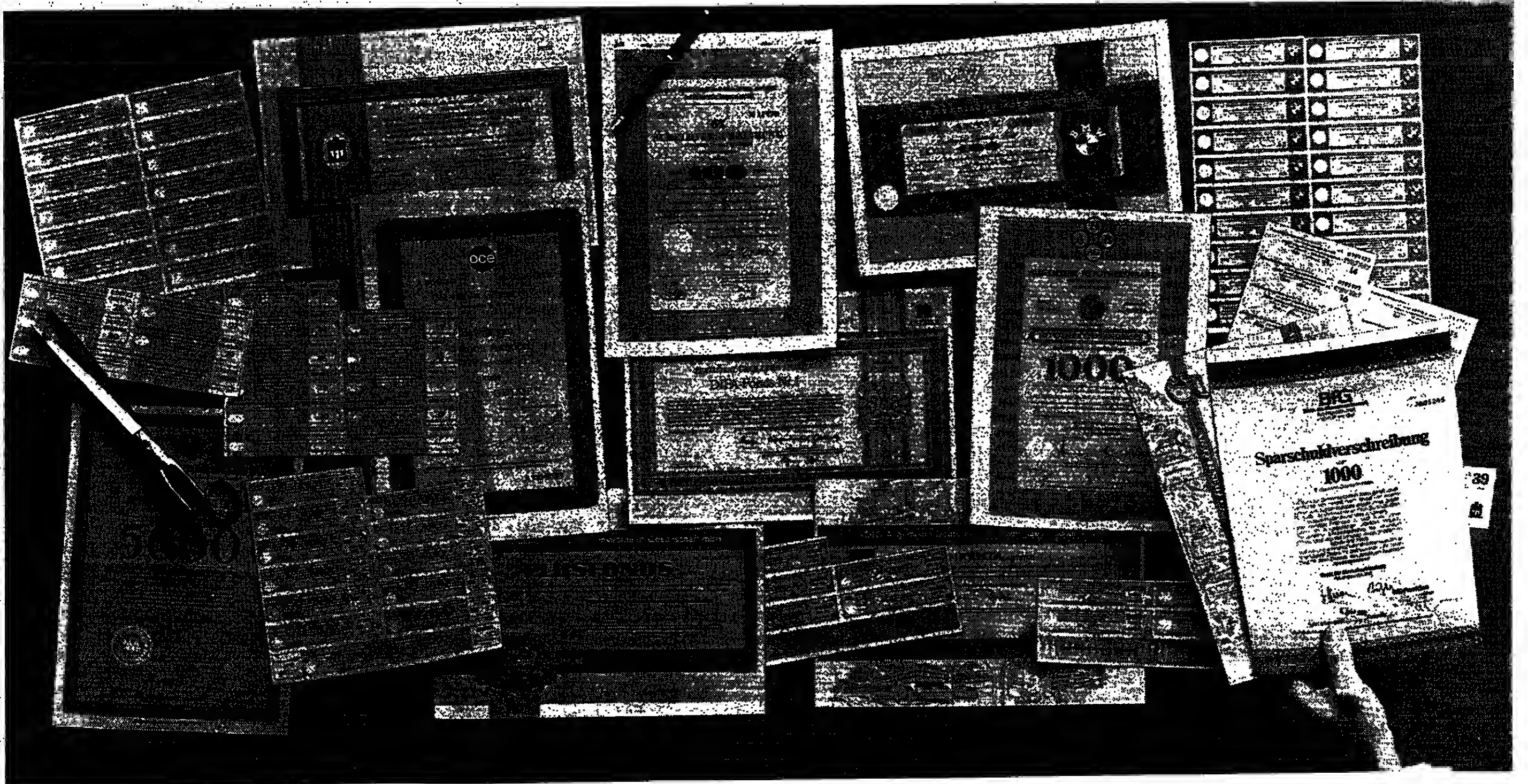
In allen anderen Punkten waren sich die beiden Guerrillaführer einig. Die Sowjets seien in jüngster Zeit aggressiver geworden. Khaled: „Sie zerstören Afghanistan systematisch, um es zu entvölkern. Die Zivilbevölkerung wird regelrecht abgeschlachtet, doch der Widerstand ist dadurch nur noch stärker geworden. Und die Kampfmoral der Mudschahedin ist nach wie vor sehr gut.“

Übereinstimmend bezeichneten beide Führer die sowjetischen Hubschrauber als größte Gefahr für den Widerstand; doch auch der Einsatz von Flugzeugen und Panzern fordere viele Opfer unter den Afghanen. Khaled klagte: „Immer wieder setzen die Sowjets chemische Waffen gegen uns ein...“

Kritik übten Khaled und Mudjadidi an der Gleichgültigkeit Irans am Schicksal Afghanistans. Mudjadidi führte die ausbleibende Hilfe des westlichen Nachbarlandes auf die Glaubensgegensätze zwischen Khomeinis fundamentalistischem und Afghanistans gemäßtem Islam zurück und auch auf Teherans innenpolitische und militärische Probleme. Skeptisch äußerte sich Mudjadidi zur Frage, ob eine politische Lösung des Afghanistan-Problems in absehbarer Zeit möglich sei. „Nur wenn Europa und die ganze freie Welt wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Sowjetunion ausüben, hat eine politische Lösung des Afghanistan-Problems auf dem Verhandlungsweg überhaupt eine Chance.“

Militärhilfe erwünscht

Im Auswärtigen Amt versprach man dem freien Afghanistan nach Angaben der zwei Repräsentanten humanitäre Hilfe. Mudjadidi und Khaled aber appellierten an die freie Welt: „Wir brauchen auch militärische Hilfe. Militärische Hilfe ist letztlich auch eine humanitäre Tat, denn gegen viele Waffen der Sowjets sind wir nach wie vor wehrlos. Hilfe kann verhindern, daß im Inneren Afghanistans Resignation aufkommt, die dann zahlreiche unserer Landsleute in die Arme von (Staatschef) Babrak Karmal treibt. Hilfe aber darf an keinerlei politische Bedingungen geknüpft sein.“



## Hm, was kaufen?

Sind Festverzinsliche, Aktien, Investmentpapiere oder BfG-Sparschuldverschreibungen, BfG-Inhaberschuldverschreibungen oder aber Anleihen und Aktien in ausländischen Währungen interessant für Sie?

Wie ist das mit den Kursrisiken?

Wie sind die verschiedenen Anlagemöglichkeiten unter steuerlichen Gesichtspunkten zu beurteilen? Es gibt viele

Fragen, aber meist nur eine Antwort, da Ihr Anlageziel entscheidend ist.

Im BfG-Börsenbericht analysieren wir ständig die nationalen und internationalen

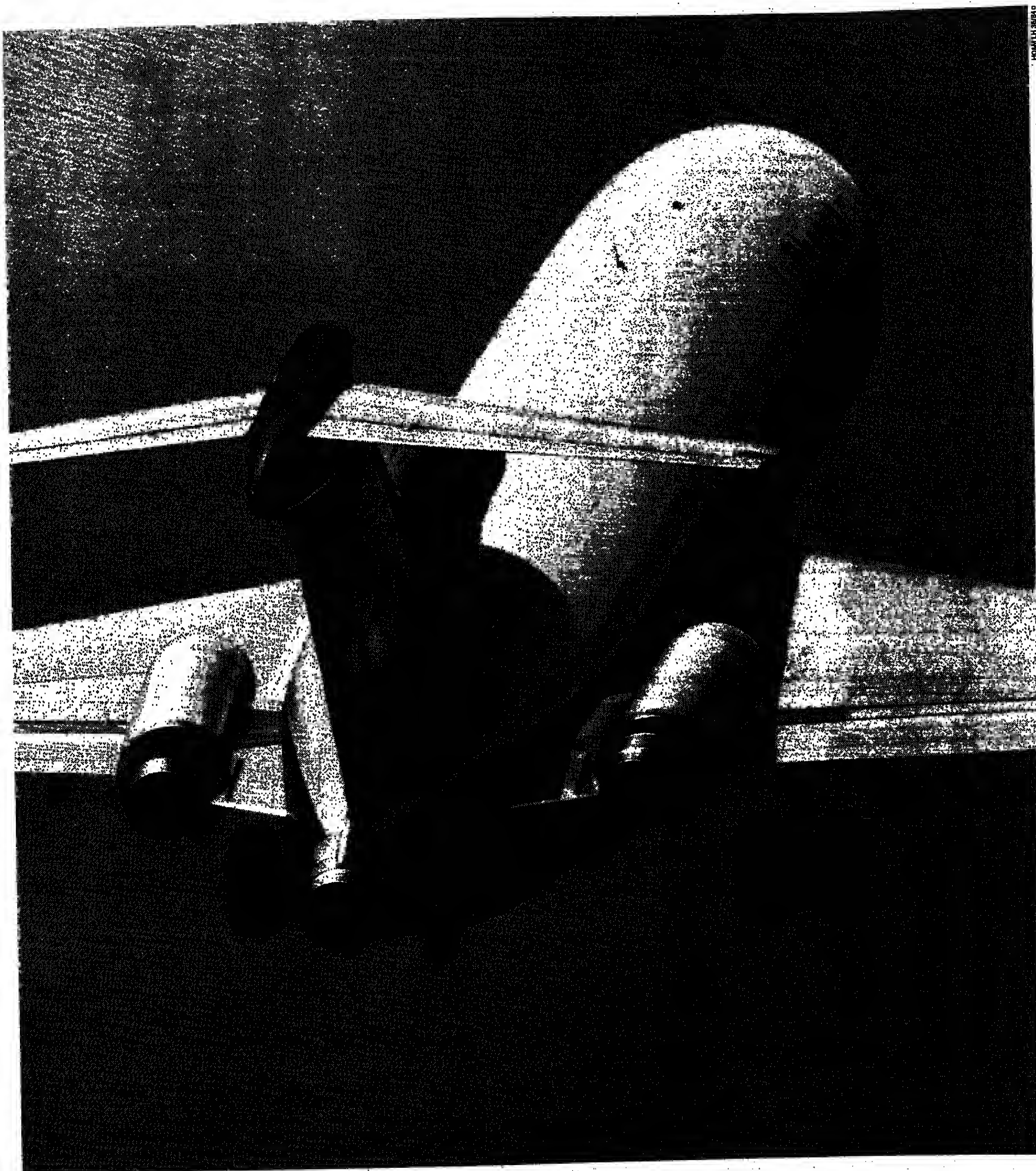
Kapitalmärkte. Sie bekommen ihn in unseren Niederlassungen. Die ganz aktuellen Informationen und Empfehlungen geben Ihnen unsere Kundenberater

*Fordern Sie uns.*

**BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.**



**Fliegen in Deutschland:  
Die Zeiten für Geschäftsreisen waren noch nie so günstig.**



Wir möchten Ihnen das Fliegen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland noch angenehmer

machen: mit dem Intervall-Verkehr zwischen verschiedenen deutschen Städten. Wenn Sie regel-

mäßig bestimmte Strecken fliegen, haben Sie dadurch zwei Vorteile. Erstens: Die Abflugzeiten lassen

sich leichter merken. Zweitens: Sie sind freier in Ihrer Planung. Und damit flexibler. Fast so flexibel

wie am Boden. Nur eben schneller. Buchen Sie deshalb Lufthansa. Es ist eine Frage der Zeit.



**Der Unterschied ist Lufthansa**

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur



## Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Wirtschaft im Wettbewerb

„Grundgedanke des Wettbewerbs“, WELT vom 8. Juni

Sehr geehrte Frau Gieskes,

für Ihren Artikel aus Anlaß des bevorstehenden 75-jährigen „Geburts-tages“ des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs (UWG) ist Ihnen zu danken, wenn ich auch in einigen Passagen widersprechen möchte. So kommen keineswegs, immer wieder Politiker auf die Idee, man müsse es verbessern.

Sie selbst kennen doch die ungezählten Klagen aus dem Einzelhandel – besonders aus dem Lebensmittel-einzelhandel –, die Verkaufsstrategien anprangern, die nun wahrhaftig nichts mehr mit fairem Wettbewerb, aber alles mit ruinösem Preiskampf und damit Verdrängungswettbewerb zu tun haben. Dieser unbestreitbare Sachverhalt hätte eine sachgerechte Würdigung verdient als den Hinweis, hier vernünftigen Politikern ohne jeden Handlungsbedarf auf einer Spielweise.

Ebenso widersprechen möchte ich Ihrer Schlussfolgerung, die Neigung der Wirtschaft zu Selbsthilfemaßnahmen werde nachlassen, weil sie wisse, daß ihr beim Scheitern ihrer Selbsthilfemaßnahmen ein Gesetz droht. Genau das Gegenteil ist der Fall: Vielmehr gewinne ich den Eindruck, daß unsere feste Absicht, für den Fall des endgültigen Scheiterns dieser jahrelang ergebnislosen Bemühungen um die gemeinsame Erklärung einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, von den Betroffenen als heilsamer Einigungsversuch empfunden wird, der letztlich das Handeln des Gesetzgebers überflüssig machen kann. Was in diesem Zusammenhang die Binsenweisheit vom qualitativen Unterschied zwischen einer freiwilligen Erklärung und einem gesetzlichen Verbot bedeuten soll, ist mir eigentlich nicht ganz klar.

Zu guter Letzt hätte ich mir auch eine etwas differenziertere Erklärung der Unter-Einkaufspreis-Verkäufe gewünscht. Es ist ja keineswegs so, daß wir hier ein uneingeschränktes Verbot fordern. Ich möchte vielmehr ausdrücklich feststellen, daß wir die gesetzliche Festlegung bestimmter Kriterien anstreben, bei deren Vorliegen eine solche Verkaufsstrategie unzulässig ist. Und: Wenn die Wirtschaft sich ohnehin darum bemüht, was denn wohl einen Richter veranlassen könnte, in den

Eingeweihten der Wirtschaft herum-zuwühlen.

Ich stimme Ihrem Hinweis gerne zu, die Stärke des UWG liege in seiner wirtschaftspolitischen Neutralität. Genau aus dieser Neutralität folgt für mich die Notwendigkeit, Verzerrungen zugunsten der einen oder der anderen Seite abzubauen. Wir brauchen die Wiederherstellung gleicher Chancen am Markt und – solange Verzerrungen nicht abgebaut sind – befristete Maßnahmen zum Schutz vor den häufig existenzbedrohenden Folgen der Ungleichbehandlung, wenn es anders nicht geht. Aufgabe der Wirtschaftspolitik in den nächsten Jahren ist es, die den Mittelstand bedrohenden Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen und keine neuen entstehen zu lassen. Diese Übergangsphase wird in die übergeordnete Zielsetzung der Ordnungspolitik einmünden müssen, nach der kein Marktteilnehmer wegen der Größe bevorzugt oder benachteiligt wird. Dabei handelt es sich nicht um wechselnde wirtschaftspolitische Vorstellungen, sondern vielmehr genau um das Grundanliegen des Gesetzes.

Mit freundlichen Grüßen  
H. Hauser (Krefeld), MdB, CDU  
Bonn

## Rentenreserve

„Wittrock steht in der Bedienung ak-tuelle Vergänge die Hauptaufgabe“, WELT vom 12. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

die „Beitragsreserve“ in der Rentenversicherung, die Präsident Wittrock vom Bundesrechnungshof sieht, weil die Rentenversicherungsanstalten ihren Prüfungspflichten bei den Arbeitgebern nicht ausreichend nachkommen, sind leider sehr fraglich.

Nach den Erkenntnissen des Bundesversicherungsamtes aus 13 Geschäftsberichten von Trägern der Arbeitnehmerrentenversicherung hat sich beispielsweise bei ca. 11 000 geprüften Betrieben nur eine Beitragsnachforderung von 0,09 Prozent des Gesamtbeitragsaufkommens ergeben. Dies ist weniger als ein Zehntel der vom Bundesrechnungshof angenommenen Erfolgskurve. Dabei ist weiter zu berücksichtigen, daß die Effizienz der Prüfungen mit einem höheren Prozentsatz der erfaßten Betriebe merklich abnimmt und auch sehr

stark durch die fehlende Realisierungsmöglichkeit mancher Nachforderungen eingeschränkt wird. Wenn in die Überlegungen einbezogen wird, wie oft auch Konkursverfahren gegen säumige Arbeitgeber durch die Träger der Sozialversicherung eingeleitet werden, bleibt fraglich, ob eine stärkere Prüftätigkeit entsprechend größere nachträgliche Beitragseinnahmen mit sich bringt.

Trotz dieser Zweifel arbeiten derzeit alle Beteiligten an einem Konzept für einen realisierbaren und wirkungsvollen Beitragseinzug.

Mit freundlichen Grüßen  
W. Gleibe,  
Vizepräsident des  
Bundesversicherungsamtes,  
Berlin

## Leser und Streik

Sehr geehrte Damen und Herren,

als langjähriger Abonnent Ihrer Zeitung ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr herzlich zu danken, die es ermöglicht haben, daß ich während der 10 Wochen des aus-gesprochen politischen Streiks jeden Morgen die WELT aus dem Briefkasten holen konnte. Es hat sicherlich eines – von Außenstehenden gar nicht hoch genug einzuschätzenden – außergewöhnlichen Maßes an Engagement, Einfallsreichtum und fachlichem Können bedurft, um diese großartige Leistung zu vollbringen. Ich danke in diesem Zusammenhang vor allem an den – wenn ich richtig informiert bin – oft täglich wechselnden, „geheimen Streik-Takt“ bei der Auswahl der Betriebe und an die damit verbundenen, nur schwer vorstellbaren Zwänge für die Redaktionsarbeit, den Druck und den Vertrieb. Dabei wurde ein einmaliger Beitrag zur Erhaltung der Pressefreiheit geleistet.

Bei denjenigen Ihrer – als Partner handelnden – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen dies alles zu verdanken ist, sollte außerdem noch eine – in unserem Staat leider immer seltener werdende – Tugend Erwähnung finden: die Zivilcourage. Ich kann mir aufgrund der im Fernsehen gezeigten Verhaltensweise von sogenannten Streikposten gut vorstellen, welchen expressiven Menschen jene verantwortungsbewussten Menschen in Ihren Betrieben seitens der Druckgeber aus dem Bereich der IG „Druck und Zensur“ nebst

deren leichtgläubigen Mitläufern aus-gesetzt sind und – leider – wohl auch noch über das Streikende hinaus aus-gesetzt bleiben werden.

Diese Ihre Mithelfer haben bewiesen, daß sie das Grundrecht der freien Meinungsäußerung über die politischen Parolen von Funktionären stellen, die – selbst frei von Risiken – zu einem unzeitgemäßen, neuen Klassenkampf aufrufen. Ich wünsche, daß dieses Beispiel Ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an staatsbürgerlicher Besonnenheit in einer wirtschaftlich schwierigen Phase unserer Republik viele Verführte zur Umkehr bewegen würde, bevor es zu spät ist.

Mit allen guten Wünschen  
für weitere erfolgreiche Arbeit  
E.-U. Hantel,  
Bonn 1

\*

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit möchte ich meinen Dank und meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß Sie trotz des Streiks, von dem Sie ja – wie ich weiß – besonders stark betroffen sind, an allen Tagen die von mir abonnierte WELT herausgebracht haben.

Ich finde vor allem bemerkenswert, daß Sie mit Hilfe von Mitarbeitem, die loyal zu Ihrer Zeitung stehen und oft unter großen Schwierigkeiten gute Ausgaben setzen und drucken, obwohl das bei einigen sicher nicht ihr Fachgebiet war. Vielleicht könnten diese bald allein die WELT mit etwas Übung komplett bringen.

Manfred Nicolai,  
Mönchengladbach

## Wort des Tages

„Wo alle Askese aufhört, hört die Kultur auf. Das Evangelium des Sich-auslebens, der Kultur der bloß subjektiven und bloß ästhetischen reizvollen Erlebniswelt des Individuums verhindert die geistigen Anstrengungen und die Selbstdisziplin, die allein das Weiterarbeiten an einer fortgeschrittenen und komplizierten Leistungsfähigkeit Kultur möglich machen. Wo der Pflichtgedanke stirbt, stirbt die Kultur.“

Eduard Spranger, dt. Psychologe  
und Pädagoge (1882-1963)

## Blumenfreund

„Am der Blumeninsel feiert der Chef heute selbst“, WELT vom 8. Mai

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor einigen Wochen kam bei Ihnen ein Artikel anläßlich des 75. Geburtstages des Grafen Bernadotte heraus. Darin wird er als einer der großen Förderer des Umweltschutzes gepriesen. Dem steht entgegen, daß er eine Ordensburg von 5000 DM zahlen mußte, als er Unrat erheblicher Menge einfach in den Bodensee kippte. Als ihm trotzdem seitens einer überregionalen Naturschutzvereini-gung eine Medaille des Naturschutz-zes als Anerkennung verliehen wurde, gaben eine größere Reihe von echten Umweltschützern mit Protest gegen diese ungerechtfertigte Anerkennung ihre Medaillen zurück.

Die Insel Mainau wurde durch ihn in ein jährlich millionenfach besuchtes beschauliches Blumenparadies verwandelt. Heute ist sie auf eine Stiftung übertragen, aber darin dürfte Graf Bernadotte noch immer bestimmend sein. Biologische Gesichtspunkte dürften auf dieser schönen Insel nicht bestimmend sein. Jetzt wird ein Feuchtgebiet bei Konstanz einer neuen Straße geopfert, die als Zufahrt für den Parkplatz der Grafen-Insel dienen soll. Bei den jahrelangen Auseinandersetzungen um eine neue Autobahnstraße, bei der es darum geht, ob die alte Straße lärm-schützend ausgebaut werden soll, oder eine neue zerstörend durch schöne Waldungen, was von allen Umweltschützern energisch abgelehnt wird, hat er niemals ein Wort, das von ihm sicher nicht überhört worden wäre, für eine umweltfreundliche Straße gesprochen.

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Schults-Friesen,  
Überlingen/Bodensee

## Bis zu acht

„Leserbrief: Landmannschaften heute“, WELT vom 21. Juni

Durch den Wegfall zweier Zeilen hat sich ein sinnentstellender Fehler eingeschlichen. Es muß heißen, „daß in dem Jahr zwischen den Deutsch-landtreffen alle schlesischen Heimat-kreise ihre Treffen abhalten, an man-chem Wochenende bis zu acht. Neu sind die Treffen, die nicht nur nach stammlicher Herkunft, sondern ent-sprechend der föderativen Gliederung der Bundesrepublik Deutsch-land... stattfinden.“

Mit freundlichen Grüßen  
Dr. Herbert Eupka, MdB, CDU

## Personalien

## BUNDESPRÄSIDENT

Bundespräsident Karl Carstens hat in Bonn die Reihe seiner Abschiedsgespräche begonnen. Er empfing als Stellvertreter des Bonner Diplomatischen Korps den Apostolischen Nuntius, Erzbischof Guido del Mestri, und die Botschafter der Arabischen Emirate, von Kuwait, Madagaskar und den Philippinen. Von weiteren Diplomaten wird Carstens sich am Sonntag auf dem Empfang in Schloß Brühl verabschieden.

Am Mittwoch gibt der scheidende Präsident ein Abschiedsessen für die Mitglieder des Bundeskabinetts und ihre Frauen. Am Donnerstag emp-fängt er in seinem Amtssitz eine Hundertschaft des Bundesgrenz-schutzes zum Abschied, am Freitag macht er der Bundeswehr in Bergen-Bohne einen Abschiedsbe-such. Am Abend gibt das Musik-korps einen Zapfenstreich in der Wil-la Hammerschmidt. Am Sonntag wird in einer gemeinsamen Sitzung von Bundestag und Bundesrat der neue Bundespräsident vereidigt.

## GEBURTSTAG

Als sich Senator Dr. Ernst Wrede, der am 27. Juni 1984 sein siebentes

Lebensjahrzehnt vollendet, im ver-gangenen Herbst nochmals zum Prä-sidenten der Vereinigung der Arbeit-geberverbände in Bayern (VAB) und zum Vorsitzenden des Vereins der Bayerischen Metallindustrie (VB) wählen ließ, wußte er, was bevor-stand: Die im Voraus bereits zum härtesten Arbeitskampf in der Ge-schichte der Bundesrepublik Ausen-dersetzung, die inzwischen lange Schatten auf Wirtschaft, Arbeitswelt und innenpolitisches Klima gewor-fen hat.

Der gebürtige Bremer trat in die Friedrich Merk Telefonbau GmbH ein, wurde dort 1954 Geschäftsführer dieses Unternehmens und 1970 Leiter der Geschäftsführung. Mit-glied der Geschäftsführung ist er noch heute. Zugleich steht er dem Aufsichtsrat der Klosterbräu St. Vit AG vor.

Dr. Wrede ist Präsidialmitglied der Bundesvereinigung der Deut-schen Arbeitgeberverbände (BDA), von „Gesamtmittel“ und vom Lan-desverband der Bayerischen In-dustrie (LBI) sowie Vorstandsmit-glied der Landesliste Bayern des Zentralverbandes der Elektrotech-nischen Industrie (ZVEI).



Im Redaktionsgebäude der WELT in Bonn sagte er Adieu: Dietrich Windberg, langjähriger Anzeigen-Chef von WELT und WELT am SONN-TAG, seit 1952 bei der WELT. Zahlreiche Prominente aus Wirtschaft und Politik verabschiedeten ihn am Montagabend bei einem Empfang in den wohlverdienten Ruhestand. Unser Foto zeigt Windberg (r.) im Gespräch mit dem Unternehmensberater und früheren Düsseldorf-Wirtschaftsminister Gerhard Kienbaum. FOTO: HOF

## STELLENANGEBOTE

## Der Bundesverband der Deutschen Industrie

sucht jüngere

## DIPLOM-VOLKSWIRTE

für verschiedene wirtschaftspolitische Tätigkeitsgebiete.

Bewerber sollten über eine breit angelegte Ausbildung und erste berufliche Erfahrungen verfügen. Sie sollen die Fähigkeit besitzen, wirtschaftliche und politische Zusammenhänge zu analysieren, zu bewerten und klar darzustellen.

Englisch ist Voraussetzung, Kenntnisse weiterer Fremdsprachen sind erwünscht.

Bewerbungen (Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild) werden unter Angabe des frühestmöglichen Eintrittstermins und der Gehaltsvorstellung erbeten an:

Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.

Abteilung Z/2  
Gustav-Heinemann-Ufer 84/88 · 5000 Köln 51

## Wirtschaftspolitischer Spitzenverband

im Raum Bonn sucht

## REFERENTEN

für einen Aufgabenbereich, der vor allem Preisrecht und Vergabebedingun-gen bei öffentlichen Aufträgen umfaßt.

Die Tätigkeit setzt betriebswirtschaftliches Studium, juristische Kenntnisse und Englisch voraus. Einschlägige Berufserfahrungen sind erwünscht, weitere Sprachen von Vorteil.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen bitte unter A 7557 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Am Lehrstuhl und Institut für Arbeitswissenschaft (RWTH Aachen, Wülmerstr. 5) ist ab 1.10.1984 die Stelle eines WISS. MIT. zu besetzen. Der Stelleninhaber soll an Projekten zu Fragen der menschengerechten Gestaltung und Einführung von neuen Technolo-gien (Soft- und Hardware) mitarbeiten und bei Lehrveranstaltungen tätig werden. Die Möglichkeit zur Promotion besteht. Gesucht wird ein Dipl.-Ing.

Bewerbungsunterlagen bis 2 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige z. Hd. Herrn Heeg erbeten.

Messgeräte und Prüfeinrichtungen von

## ERICHSEN

– ein fester Begriff im Markt

Wir sind ein bekanntes, gut eingeführtes Unternehmen auf dem Gebiet des Messens physikalischer Größen

Kraft, Masse, Weg, Druck.

Unser Programm an Meßgeräten und Prüfmesschinen wird weltweit vertrieben.

Für den Export in englischsprachige Länder suchen wir einen

## Techniker oder Ingenieur

Wir erwarten

- Kenntnisse in der Meß- und Regeltechnik
- erste englische Sprachkenntnisse
- Vertriebsfähigkeiten im Export
- Selbständigkeit

Der Verantwortungsbereich umfaßt

- Angebots- und Projektausarbeitung
- Betreuung unserer Vertreter
- Kundenbesuche
- Mitarbeit bei Werbung und Messen

Bitte bewerben Sie sich mit allen zur Beurteilung notwendigen Unterlagen.

A.M. ERICHSEN · Wittensteinstraße 53 · 5600 Wuppertal 2

Bei der Stadt Bad Oeynhausen (NW) ist die Stelle des (der)

## ERSTEN BEIGEORDNETEN

zum 1. 10. 1984 zu besetzen. Der jetzige Amtsinhaber wird zum gleichen Zeitpunkt Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Stadtdirektors.

Der Erste Beigeordnete ist allgemeiner Vertreter des Stadtdirektors. Zu seinem Dezernat gehören das Ordnungsamt sowie das Schul-, Kultur-, Sport-, Jugend- und Sozialwesen. Änderungen bleiben vorbehalten.

Die Wahlzeit beträgt 1 Jahr, Besoldung (Bes.-Gr. 6/2) und Aufwandsent-schädigung richten sich nach der Eingruppierungsverordnung NW vom 9. 2. 1976.

Der Bewerber sollte Bewerberin soll die Befähigung zum Richteramt oder für den höheren Verwaltungsdienst besitzen. Gewünscht wird eine dynamische und verantwortungsvolle Persönlichkeit mit praktischen Erfahrungen in leitenden Stellungen der Kommunalverwaltung.

Bad Oeynhausen ist eine mittlere kreisangehörige Stadt in Ostwestfalen mit rd. 48 000 Einwohnern, eigener Bauaufsicht und ab 1985 eigenem Jugendamt. Das einzige Staatsbad des Landes NW mit 3500 ständig anwesenden Kurgästen und seinen großzügigen Kuranlagen prägen das Bild der Stadt.

Die Stadt verfügt über alle Schulen, auch Musikschule und Volkshoch-schule, moderne Sportanlagen, zwei Freibäder, ein Hallenbad und fünf Bürgerhäuser.

Bewerbungen mit handgeschriebenen Lebenslauf, Lichtbild, rückentlosten Tätigkeitsnachweise und beglaubigten Zeugniskopien werden unter dem Kennwort „Bewerbung Beigeordneter“ bis zum 4. 8. 1984 erbeten an: Bürgermeister der Stadt Bad Oeynhausen, Postfach 10 12 45, 4870 Bad Oeynhausen 1.

## GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

## Büroservice Berlin

Büro, Firmenzeitung, Repräsentanz, Büro, Telefon, Telex, Postservice, Sekretariatsarbeiten, Schreib-büro, Anzeigenannahme (Medien), Reisebüro, Hotel, PKW und Flugvermit-lung, Courierdienste in- und Ausland.

IPC-Touristik Dev. Corp. Ltd.  
Hohenzollernstraße 104 II  
1000 Berlin 31 · Telefon 86 01 27-9

## Spezialist

2. schwierige Kurzaufträge u. andere Problemaufgaben im In- u. Ausland, nur anspruchsv. Ein-sätze erwünscht, die entspr. pro-fessionelles Vorgehen erfordern. Zuschriften unter K. 5841 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

## Suche

Bauakquisiteur  
auch privat, auf Prozentbasis.  
Tel.: 0 30 / 2 61 40 53

## Selbständige Existenz

Moderne Ehe-/Bekannt-schaftsanbahnung sucht ge-eignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 er-forderlich. Nebenberuflicher Start möglich.

CPA, Postfach 11 04 41  
6000 Frankfurt 11

## Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen.

Informieren Sie sich umfassend, bevor Sie sich entscheiden!

70%

der Stellenangebote in der WELT sind exklusiv. Sie finden sie gleichzeitig in keiner ande-ren Zeitung. Das heißt: Sie brauchen die WELT. Jeden Samstag.

DIE WELT  
VERBUNDENE MEDIEN AG · 5300 BONN 2

## MAKLER

Möchten Sie nicht Ihren Kunden eine Geldanlage, an der ein bedeutendes Geldinstitut beteiligt ist, zu einer hohen garantierten Rendite anbieten? Können Sie etwas dagegen, wenn Ihre Kunden Renditen von durchschnittlich 80 % p. a. und mehr aus jährlichen Zinsen in den USA erhalten? Dieser Ausleihplan wurde von einer internationalen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und für gut befunden. Keine Provisionen und Eigenkapitalbeteiligung warten auf für uns geeignete Makler. Informationsmaterial in Englisch, Französisch, Deutsch und Arabisch erhältlich. Anfragen von Investoren sind uns willkommen. Weitere Auskünfte erteilt: GLOBE PLAN S.A., Av. Mon-Repos 24 – CH-1005 Lausanne (Schweiz), Tel. (00 41) 211 22 35 17 – Telex 25 185 MELIS CH.

## STELLENGESUCHE



## Kaufmännischer Leiter/Leiter Rechnungswesen

42. Betriebswirt (HFW), langjährige Führungserfahrung in: Finanz- und Rechnungswesen, Controlling, EDV, Personalwesen, allg. Verwaltung, Einkauf im mittleren Industrieunternehmen; sucht neue Aufgabe.

Auskünfte erteilt: Frau Meimbresse  
Fachvermittlungsdienst Bochum, Universitätsstraße 66  
4630 Bochum 1, ☎ 0234/305-642, FS 825309

## Kaufmännische Führungskraft, Diplom-Betriebswirt

50. techn. Verständnis, In- und Auslandserfahrung (Afrika, Südamerika, Naher Osten), mehrsprachig, erfahren in Rechnungswesen, Controlling, Kostenwesen, Budgetierung, Abrech-nung mit Subunternehmen und Auftraggebern, Bank- und Behördenverkehr, Zoll-, Personal-, Berichtswesen.

Auskünfte erteilt: Herr Linder  
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16  
2000 Hamburg 1, ☎ 040/248 44-2423, FS 2163213

## Diplom-Ökonom/Diplom-Ingenieur (FH) Fertigungstechnik

29. Dipl. 7/76, FH Hannover; Studiengang Fertigungstechnik Dipl. 9/83 Uni Hannover; Bankbetriebslehre, Recht, Wirtschafts-politik. Bes. Kenntnisse: Investition und Finanzierung, Kosten-rechnung, Bilanz-Wertpapieranalyse, Handels- und Kredit-versicherungsrecht; Wunsch: Aufgabe im Bank-, Versicherungs-wesen, Unternehmensberatung, Unternehmensplanung oder Anlagen-Leasing.

Auskünfte erteilt: Herr Langer  
Fachvermittlungsdienst Würzburg, Hanomagstraße 9  
3000 Hannover 91, ☎ 05 11/4737-482, FS 921428

## Promovierte Volkswirtin

40. mit langjähriger Lehrerschaft im Fach Volkswirtschaftslehre und spezialisiert auf Konjunkturtheorie und -politik; sucht Position in Forschungsinstitut, Bildungsinstitut, Interessen-verband, wissenschaftlichen Verlag o.ä.

Auskünfte erteilt: Herr Reimann  
Fachvermittlungsdienst Würzburg, Ludwigsplatz 3  
8700 Würzburg, ☎ 09 31/807-326, FS 680029



**ARAL**

**Mein Wagen  
ist umweltfreundlich  
eingestellt.**

**Zeigen Sie Ihre Einstellung zur Umwelt.**

...Den näm-  
...Sie an unserer  
...nehmen. Da-  
...und preiswert  
...Anteil im Abgas  
...Heizwert. Summen  
...stättigen wir das  
...neher  
...zu hoch muß Ihr Auto  
...neu eingestellt werden - was Sie natürlich  
...direkt bei uns machen lassen können.  
...Schließlich bedeutet zuviel Kohlenmon-  
...oxyd nicht nur unnötige Umweltbelastung,  
...sondern auch schlechte Motorleistung und  
...mehr Kraftstoffverbrauch.  
...Tun Sie etwas für die Umwelt, was sich sehen  
...lassen kann: Kommen Sie an eine Aral-  
...Tankstelle mit dem Hinweisschild „Motor-  
...technik“.



## Wandel der Zeit

in (London) - Wie sich die Zeiten ändern. Es ist noch gar nicht lange her, da drohte der staatliche Automobilkonzern British Leyland unter der Last der Arbeitskämpfe zu kollabieren. Die Gunst der Stunde nutzten damals die deutschen Automobilhersteller, die ihren Marktanteil in Großbritannien auf mehr als acht Prozent ausweiten konnten. Nicht eingerechnet ist der hohe Anteil der in Deutschland fabrizierten Fords und Opels, die in Großbritannien von den Schwesterfirmen Ford UK und Vauxhall unter eigenem Namen vertrieben werden.

Heute nutzt die Tochter British Leylands - Austin Rover - die Gunst der Stunde. Der Ausstieg in der deutschen Metallindustrie wurde zum Anlass genommen, Sonderkündigungen und Überstunden einzuführen, um mit Produktionsrekorden das große Loch am britischen Neuwagen-Markt zu stopfen, das mit dem Ende der Autolieferungen aus der Bundesrepublik schon bald erwartet wird.

Austin Rover winkt ein fetter Preis: Der August ist wegen der dann fälligen Vergabe neuer Nummernschilde traditionell der verkaufstärkste Monat in Großbritannien. Ohne die deutschen Wettbewerber und vor allem ohne die in Deutschland produzierte oder in deutschen Teilen abhängige Ford und Vauxhall-Konkurrenz dürfen

sich die Austin-Rover-Manager die Hände reiben.

Derweil muß VW seine Werbekampagne für das Modell Jetta, das in Großbritannien neu eingeführt werden soll, abblasen: Nicht einmal 1000 Jettas sind bei den britischen Händlern eingetroffen.

## Exportserfolge

Mk. - Die Weltwirtschaft hat an Schwung verloren. Für diese Feststellung des Kieler Instituts spricht einiges. Aber dadurch sollte nicht zugleich an der Dynamik des deutschen Exports gezweifelt werden. Daß Zuwachsraten von real elf Prozent, wie sie in den ersten vier Monaten registriert worden waren, nicht einfach in die Zukunft fortgeschrieben werden könnten, das haben selbst die Außenhändler immer wieder betont. Die gewaltigen Lieferzuwächse in den Dollar-Raum galten schon immer als labil, begünstigt durch den Kursanstieg der amerikanischen Währung. Wenn jetzt der Import aus der USA als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, die eine langsamere Gangart eingeschlagen hat, etwas schwächer werden dürfte, so bricht er doch nicht ab. Die deutsche Konjunktur wird auch weiterhin vom Export bestimmt. Für dieses Jahr wurden die Erwartungen zuletzt noch weiter nach oben korrigiert - bis hin zu einem Zuwachs von acht Prozent. Selbst wenn dieses Tempo nicht gehalten werden kann, muß für 1985 nicht schwarz gesehen werden.

## Falscher Ordnungsrahmen

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die Schlacht um den Ausnahmestatus der Bundesbahn für Parteifahrt ist geschlagen. Manche Beteiligten lecken sich noch die Wunden, ganz verheilen werden die Narben aber wohl nicht.

Um im Wettbewerb um Nicht-Massengüter mithalten zu können, hatte die Bahn vor zwei Monaten ihren Antrag zur Genehmigung des Verkehrsministeriums geschickt. Im Kern ging es darum, daß sie für Parteien von mehr als vier Tonnern, die aber noch zu klein sind, um einen Waggon zu füllen, Frachtsätze anwenden wollte; die Sendungen von 20 Tonnern entsprechen. Nach den Protesten des Güterkraftverkehrsgewerbes und der Speditionen hat das Verkehrsministerium die Bahn veranlaßt, den Antrag so abzuändern, daß er genehmigt werden konnte.

So kann die Bahn nicht mehr ganz so günstige Frachtsätze anbieten. Individuelle Absprachen sollten auch nicht möglich sein. Der Geltungsbereich soll sich nur auf 20, nicht auf 80 Kilometer um Intercargo-Bahnhöfe herum erstrecken.

Warum sich das Ministerium so massiv eingeschaltet hat, ist nicht einsichtig. Wenn die Bahn nach den Leitlinien der Bundesregierung in den Wettbewerb gestellt und das Unternehmen vom Vorstand in eigener Verantwortung geführt werden soll, dann gehört dazu auch die Preispolitik. Dann hätte sich die Prüfung doch darauf beschränken sollen, ob die geplante Maßnahme dem Eigentümer, also dem Bund, schadet, ob die Verluste der Bahn steigen.

Der DB-Vorstand hat dies verneint. Zwar war der Tarif nicht auf der Vollkostenbasis kalkuliert, aber ein Deckungsbeitrag war zu erwarten gewesen. Und zwar selbst dann, wenn die Bahn für den Zu- und Abfuhr eines der 1200 privaten Fuhrunternehmer eingesetzt hätte, mit denen sie zusammenarbeitet. Für die Bahn ist der Tarif eine Ergänzung des Intercargo-Angebots, das noch freie Kapazitäten hat.

Allerdings drängt sich der Verdacht auf, daß auch durch andere Beschwerden des Gewerbes gestützt wird, daß hinter den Klagen eine ganz andere Absicht steht. Immer dann, wenn nur die Gefahr droht, daß der verkehrspolitische Ordnungsrah-

men mit seinen staatlichen Preisvorschriften und den Marktengpassbeschränkungen gerüttelt werden könnte - sei es beim Abbau der Grenzkontrollen im Benelux-Verkehr, sei es bei der geforderten Flexibilität im Seehafenhinterlandverkehr - dann holt das Gewerbe die ganz schweren Geschütze hervor und ballert damit in der Gegend herum. Unsichere Gemüter mag das noch verschrecken, obwohl sehr viele Rohkreisläufe mit dabei sind. Der Vorwurf, die Bahn gefährde mit Dumping-Preisen selbständige Existenzen, hält keiner Überprüfung stand. Zum einen zieht die Schiene doch allenfalls mit der Straße gleich, die nach wie vor eindeutiger Marktführer ist. Erschwert werden allenfalls die Möglichkeiten zur Tarifanhebung.

Deutlich wird an dem Streit etwas anderes. Die verkehrspolitische Diskussion hat sich gedreht. Der Verkehrsbereich wurde vor mehr als fünfzig Jahren aus der Marktwirtschaft herausgenommen, um der Bahn zu helfen. Jetzt stellt sie sich dem Wettbewerb, und dann wird so getan, als sollte der Ordnungsrahmen das Gewerbe schützen. In dieser Hinsicht hat der Streit um die Parteifahrt klärend gewirkt. Mittelstands-politiker müssen vorsichtig sein, wenn sie sich mit den Forderungen des Gewerbes identifizieren. Sie setzen sich damit für Wettbewerbsbeschränkungen ein. Die Verkehrspolitiker haben recht, die darauf verwiesen, daß das Gewerbe in dem Naturschutzpark des Ordnungsrahmens gut gedeihen konnte, wenn heute noch die Konzeptionen einschließlich des abgeschriebenen Lkw mit um die 200 000 Mark gehandelt werden.

Mehr Mut zum Markt ist notwendig. Gemessen wird das Gewerbe nicht daran, ob es die Bahn klein halten kann, sondern daran, ob es gelingt, dem Werkverkehr Marktanteile abzugewinnen. Mit den ständigen Klagen bringt es seine Leistungsfähigkeit nur ins Gerede. Mehr Flexibilität ist auch deshalb notwendig, weil auf Dauer der Ordnungsrahmen so wie bisher nicht haltbar ist. Die Entwicklungen in der BG gehen darüber hinweg. Das Gewerbe muß die Initiative ergreifen. Leider wird sein Image immer noch von denen geprägt, die von Liberalisierung nichts halten.

## WIRTSCHAFTSLAGE / Normalisierung nach kräftiger Lageraufstockung

### Bundesbank: Noch gute Bedingungen auch nach Ende des Tarifkonfliktes

CLAUS DERTINGER, Frankfurt  
Trotz des streikbedingten Produktionsausfalls im zweiten Quartal sieht die Bundesbank keineswegs schwarz für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik, vorausgesetzt, der Arbeitskampf geht bald mit gesamtwirtschaftlich tragbaren Kompromissen zu Ende. Mit dem Streit um die drastische Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich deuten sich auf mittlere Sicht jedoch grundlegende Veränderungen in den Produktionsbedingungen an, warnt die Bundesbank.

Angesichts der Tragweite dieser Streitfrage, so schreibt die Notenbank in ihrem Monatsbericht, verwundere es nicht, wenn Produzenten und Verbraucher bis zur Klärung der Lage mit größerer Vorsicht disponieren als noch zum Jahresbeginn. So ist die Aufwärtsentwicklung der Nachfrage und Produktion nach dem vielversprechenden Start ins neue Jahr zu Beginn des Frühjahrs ins Stocken geraten, und die Stimmung in der Wirtschaft verlor manches von dem vorher zu beobachtenden Optimismus. Zwar sei nach der kräftigen Lageraufstockung zum Jahresbeginn eine gewisse Normalisierung unausweichlich gewesen, und außerdem zeigte die Nachfrage nach Bauleistungen weiterhin gewisse Schwächen. Doch sei der Zusammenhang mit den Arbeitskämpfen offensichtlich.

Bis zum 22. Juni, so rechnet die Bundesbank vor, dürften durch Streik, Aussperrung und unmittelbare Produktionsstillegungen allein in der Metallindustrie annähernd acht Millionen Tagewerke ausgefallen sein, was schätzungsweise einem Produktionsausfall in der Größenordnung von drei Milliarden Mark oder

drei Prozent der durchschnittlichen Nettoproduktion des verarbeitenden Gewerbes im Mai und Juni entspricht. Für die Arbeitnehmer in der Metallindustrie wären damit Lohn- und Gehaltsausfälle von schätzungsweise 1,5 Milliarden Mark (ohne Streikgelder u.ä.) verbunden.

Der Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion im zweiten Quartal bedeute jedoch nicht das Ende der aufwärtsgerichteten wirtschaftlichen Grundtendenzen, beruhigt die Bundesbank. Denn die Unterbrechung des Aufschwungs beruhe in erster Linie auf einer Störung im Bereich des Güterangebots und nicht auf einem generellen Nachfragemangel. Die Ausfälle könnten zu einem gewissen Teil ausgeglichen werden, vorausgesetzt, der Arbeitskampf ginge bald zu Ende und die Kompromisse wären gesamtwirtschaftlich tragbar.

Damit wären, so meint die Notenbank, zugleich günstige Voraussetzungen für eine weiterhin ruhige Preisentwicklung gegeben, nachdem sich der Preisanstieg in den vergangenen Monaten in wichtigen Bereichen sogar nochmals etwas abge-

schwächt habe; bei den Verbraucherpreisen bewege sich die Steigerungsrate seit Monaten saisonbedingt und auf Jahresrate umgerechnet unter zwei Prozent. Das Ziel der Preisstabilität sei also näher gerückt als noch vor kurzem erwartet, und auch bei mäßigen Lohnsteigerungen erscheine ein realer Kaufkraftgewinn gesichert.

Günstig wertet die Bundesbank auch die voraussichtlichen neuerlichen bemerkenswerten Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung, welche die Kreditmärkte wesentlich entlasten. Zwar sei das längerfristige Konsolidierungsziel noch nicht erreicht; doch befinden sich die öffentlichen Finanzen nun auf einem Pfad, der, sofern er konsequent weiter beschritten werde, allmählich den Spielraum eröffnen lasse, der letztlich auch eine strukturfördernde Realisierung der beabsichtigten Steuerentlastungen ermöglichen würde. Auch vom Ausland her erwartet die Notenbank weiterhin eine wesentliche Unterstützung der Konjunktur.

Die Geldbestände sind nach dem Urteil der Bundesbank so reichlich bemessen, daß eine kräftige Produktionssteigerung möglich sein sollte. Mit Erleichterung vermerkt der Monatsbericht, daß DM-Anlagen trotz der Zinssenkung in den USA international nicht an Attraktivität verloren haben; darin spiegelt sich die positive Einschätzung der D-Mark wegen der Geldwertstabilität.

## TANKSTELLEN

### Der Strukturwandel ist noch lange nicht abgeschlossen

DOMINIK SCHMIDT, Minden

Der Strukturwandel, dem sich das Tankstellengewerbe in der Bundesrepublik seit Jahren konfrontiert sieht, ist nach Ansicht des Bundesverbandes des deutschen Tankstellen- und Garagengewerbes (BTG) noch längst nicht abgeschlossen. Hubert Brockmeier, Geschäftsführer des BTG, verweist nicht nur auf die anhaltende Ausdünnung des Tankstellennetzes. Auch die Umsatzstruktur der Betriebe verschiebt sich in zunehmendem Maße zugunsten des eigentlichen Geschäfts, nämlich des Kraftstoffverkaufs. Diese Tendenz, so Brockmeier bei der Vorlage des Jahresberichts 1983, werde sich 1984 noch verstärken.

Die Entwicklung im laufenden Jahr beurteilt Brockmeier zurückhaltend. Nachdem sich im ersten Quartal noch ein beachtliches Plus beim Kraftstoffabsatz ergeben habe, sei die Branche aus heutiger Sicht schon zufrieden, wenn das Vorjahresniveau wieder erreicht wird. Einen Ausblick suchen und finden die Betriebe in der Ausweitung des Dienstleistungsangebots und des Warengeschäfts.

Die unbefriedigende Ertragsituation der Betriebe habe sich 1983 zwar nicht weiter verschlechtert, für 1984 aber zeichne sich ein Rückgang der Provisionserlöse ab. Die im Frühjahr vorigen Jahres von ARA vorgenommene Kürzung der Provision schlage jetzt voll durch. Auch andere Mineralölgesellschaften, so Brockmeier, ha-

ben inzwischen angekündigt, in dieser Richtung aktiv zu werden.

Derzeit liegen die Provisionserlöse für Selbstbedienungstankstellen zwischen 2,8 und 3,5 Pfennig pro Liter. Für den einzelnen Betrieb, der im Durchschnitt 2,2 Millionen Liter Kraftstoff absetzt und damit einen Umsatz von 466 000 (429 000) DM erzielt, errechnen sich daraus Provisionserlöse von 103 000 (102 000) DM. Betriebe mit Bedienung stehen relativ gesehen zwar günstiger da. Wegen des geringeren Absatzes (885 000 Liter nach 792 000 Litern) erreichen die Provisionserlöse aber durchschnittlich nur 65 500 (62 800) DM. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, daß das Tankstellennetz weiter schrumpft. Brockmeier rechnet 1984 mit einem weiteren Rückgang auf deutlich unter 20 000 (Ende 1983: 20 776) Stationen.

Sorgen bereiten dem Gewerbe die Anstrengungen der Mineralölkfirmen, die Pacht- und Grundstücksverträge mit kurzen Laufzeiten auszustatten und langfristige Verträge vorzeitig zu kündigen. Kein Tankstellen-Betreiber sei bereit, Neuinvestitionen vorzunehmen, wenn er nicht über einen längeren Zeitraum hinweg kalkulieren könne. Die Regel seien derzeit jährliche Kündigungsfristen. Grundsätzlich positiv stehe der BTG der geplanten Einführung von bleifreiem Benzin gegenüber, obwohl damit erhebliche Investitionen verbunden seien.

## AUF EIN WORT



Die Fixierung auf die Idee, daß die internationale Verschuldungssituation durch die Bereitstellung zusätzlicher internationaler Liquidität erheblich erleichtert werden könnte, ist ein Schulbeispiel dafür, wie kurzfristig finanzielle Lösungen für Probleme gesucht werden, die weder kurzfristig noch - ihrem Ursprung nach - finanzieller Natur sind.

Dr. Fritz Leutwiler, Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Zürich. FOTO: CAMERA PRESS

## US-ZINSEN

### Schuldnerländer kritisieren Erhöhung der Prime Rate

Harsche Kritik an der Anhebung der Prime Rate um 0,5 auf 13 Prozent durch US-Großbanken haben die Regierungen mehrerer Länder Lateinamerikas geübt. Der ecuadorianische Finanzminister Pedro Pinto bezeichnete die Zinserhöhung als eine Provokation der Entwicklungsländer durch die internationalen Geschäftsbanken. Es sei nicht die Absicht der Länder Lateinamerikas gewesen, ein Schuldnerkartell zu bilden. Statt dessen hätten sie versucht, Lösungen im Dialog und auf diplomatischem Weg zu finden. Es habe nun den Anschein, als sollten sie von diesem Bemühen abgelenkt werden.

Venezuela forderte eine Entschädigung für die auf Grund der Prime-Rate-Erhöhung entstehenden zusätzlichen Belastungen der hochverschuldeten Länder der Dritten Welt. Keinerlei Begründung für die An-

hebung der Prime Rate kann auch das US-Präsidium erkennen. Generell seien die Zinsen in den USA aber stets zuvor viel zu hoch gewesen, sagt Pressesprecher Larry Speakes. Die Ursache dafür liege in der noch immer bestehenden, jedoch völlig unbegründeten Befürchtung der Finanzmärkte vor einem Wiederaufleben der Inflation. Die Anhebung der Zinsen sei bei einer Teuerungsrate von derzeit 3,9 Prozent im ersten Quartal nur schwer erklärbar. Es sei außerdem nicht zu akzeptieren, daß die Tagesgeldzinsen angesichts der Inflationsrate bei elf bis zwölf Prozent bewegten. Wie Speakes sagte, sieht er keinen Grund für die skeptische Bewertung der Inflationserwartung. Die Preisentwicklung sei unter Kontrolle. Die US-Zinsen würden nur sinken, wenn die Märkte endlich überzeugt seien, daß die Inflation nicht wieder in Schwung kommt.

## EINZELHANDEL

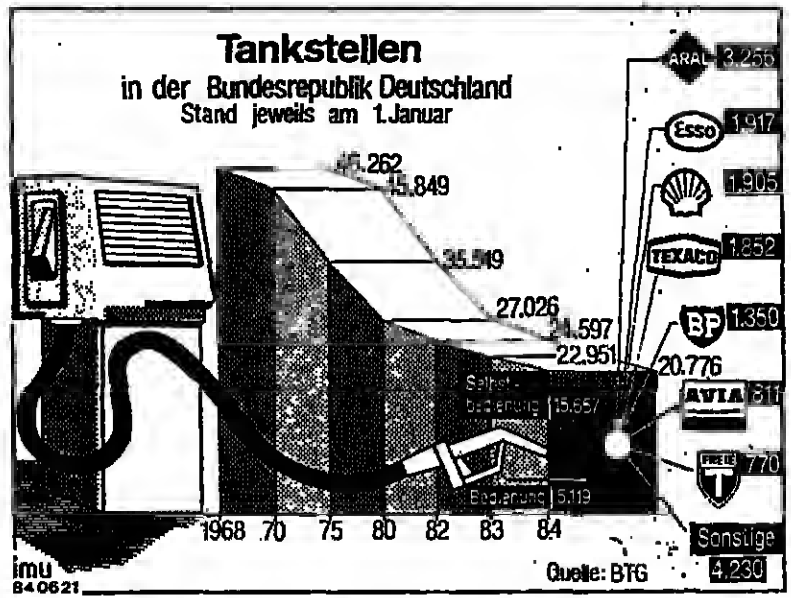
### Starke Umsatzeinbrüche durch den Arbeitskampf

WERNER NETTZEL, Stuttgart  
Über teilweise erhebliche Umsatzeinbrüche im Einzelhandel im ersten Quartal dieses Jahres berichteten die Einzelhandelsverbände Baden-Württemberg. Schon Anfang Mai dieses Jahres seien stellenweise Umsatzeinbrüche von 10 bis 25 Prozent festzustellen gewesen, wobei sich inzwischen die negative Entwicklung noch verstärkt haben dürfte. Besonders nachhaltig sei die starke Verunsicherung der potentiellen Kundschaft beispielsweise in den Einkaufs- und Möbelhäusern spürbar, also auf den Sektoren langjähriger Gebrauchsgüter. Weniger betroffen seien dagegen Haushaltswaren-Geschäfte oder auch Baumärkte.

Nach Angaben von Bundespräsident Siegfried Götze verband man derzeit in den betroffenen Einzelhandelsunternehmen, wie die Umsatzeinbrüche aufgefangen werden könnten.

Zur Diskussion stehe zum Beispiel das Vorziehen des Jahresurlaubs wie auch eine Reduzierung in der Auftragsvergabe. Gleichwohl geht er davon aus, daß der baden-württembergische Einzelhandel in den ersten sechs Monaten dieses Jahres alles in allem (ähnlich wie im Bundesgebiet) noch auf ein Umsatzplus von drei bis 4,5 Prozent kommt, was real auf Stagnation hinauslaufen würde. Im ersten Quartal dieses Jahres hatten die Umsätze im Einzelhandel noch um 4,5 Prozent über den entsprechenden Vorjahresumsatz gelegen, was ein reales Plus von knapp zwei Prozent bedeutet. Im vergangenen Jahr hatten die rund 49 000 baden-württembergischen Einzelhandelsbetriebe den Umsatz um vier Prozent (Bundesdurchschnitt: plus 3,4 Prozent) auf 60 Mrd. DM gesteigert.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die ständigen Preisschwankungen auf dem Mineralölmarkt verschleißen offenbar die Tankstellenbranche. Zwischen 1970 und 1984 ging die Zahl der Tankstellen um mehr als die Hälfte zurück. Der Anteil der „Freien“ an dem verkleinerten Tankstellen-Netz ist gestiegen.

### Stärkerer Stromeinsatz im Wärmemarkt gefordert

Bonn (dpa/VWD) - Für energiepolitisch wünschenswert hält das Bundeswirtschaftsministerium einen verstärkten Einsatz von Strom im Wärmemarkt und zwar auf der Basis von Kernenergie und Kohle. In einem Bericht des Wirtschaftsausschusses des Deutschen Bundestages heute beschließen will, wird dieser Wunsch mit dem relativ hohen Öl- und Gasanteil auf diesem Markt begründet. Gleichwohl macht das Ministerium deutlich, daß keine weiteren Maßnahmen zur Förderung eines zusätzlichen Kohleabsatzes im Wärmemarkt möglich seien. Begründet wird dies unter anderem mit dem Gebot der Haushaltskonsolidierung und der Politik des Subventionsabbaus.

### Schuldenberg bis Ende des Steuerjahres auf 210 Mrd. Dollar anwachsen

Die Regierung will jedoch weiterhin versuchen, das Minus im laufenden Haushaltsjahr auf 177,8 Milliarden Dollar zu begrenzen (Vorjahresdefizit: 195,6 Milliarden Dollar).

### Atomstrom nimmt zu

Paris (AP) - In den westlichen Industrieländern hat die Erzeugung von Strom in Kernkraftwerken im vergangenen Jahr rapide zugenommen. Wie aus einem Bericht der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervorgeht, sind in den Kernkraftwerken der 24 Mitgliedsländer im vergangenen Jahr 806 Mrd. Kilowattstunden Strom erzeugt worden. Das sind fast zwölf Prozent mehr als im Jahr 1982, in dem eine Steigerung um acht Prozent gegenüber 1981 registriert worden war. Belgien, Frankreich, Japan, Kanada und die USA haben ihre Atomstromproduktion 1983 erheblich gesteigert.

### Neue Staatsanleihe

Paris (J.Sch.) - Die französische Regierung versucht, das Haushaltsdefizit verstärkt inflationsneutral zu finanzieren. Zu diesem Zweck legt sie eine neue Staatsanleihe zur Zeichnung auf. Sie lautet auf 12 Mrd. Franc, kann aber bei starker Nachfrage aufgestockt werden. Der Betrag der letzten Anleihe (Februar 1984) war von 12 auf 18 Mrd. Franc erhöht worden. Von den neuen Obligationen werden 4 Mrd. Franc acht Jahre lang mit 12,60 Prozent fest verzinst. Die andere Tranche hat eine Laufzeit von zwölf Jahren bei einem revidierbaren Zins von zunächst 12,30 Prozent.

### Börsen-Angebot erweitert

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Zahl der seit Anfang 1983 zum amtlichen Handel neu zugelassenen Börsentitel mit einem Betrag von rund 1,5 Mrd. DM sei angesichts der langen „Entwöhnungsphase“ der Börse recht anscheinlich, sagte Manfred Zaß, Vorstandsmitglied der Frankfurter Wertpapierbörse. Daneben konnte die Angebotspalette mit Aktien aus bislang nicht oder nicht ausreichend vertretenen Branchen erweitert werden. Über den juristischen Wert eines Börsenzulassungsspektrums und den daraus abgeleiteten Haftungsfragen seien gerade in letzter Zeit öffentliche Diskussionen aufgrund entsprechender letztinstanzlicher Rechtsprechung aufgekommen. Für den geregelten Freiverkehr gibt es keinen Prospekt im Sinne des Börsengesetzes, demzufolge auch keine Prospekthaltung.

### Defizit weiter gestiegen

Washington (AFP) - Das Haushaltsdefizit der Vereinigten Staaten hat sich im Mai um 33,9 Mrd. Dollar erhöht. Nach Angaben des Finanzministeriums beträgt das Defizit seit Beginn des Steuerjahres vor acht Monaten insgesamt 140,2 Mrd. Dollar. Sollte die Ausgabenpolitik nicht eingeschränkt werden, so werde der

## MASSENVERKEHR

### RW: Lkw verdrängt stetig Bahn und Binnenschifffahrt

dpa, Essen  
In der Bundesrepublik werden immer mehr Güter mit dem Lastwagen befördert, während die traditionellen Massengüterverkehrsträger Eisenbahn und Binnenschifffahrt auf der Schattenseite des wirtschaftlichen Strukturwandels stehen. Wie das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) in einer Untersuchung festgestellt hat, ist die Entwicklung durch Änderungen der Verbrauchs- und Produktionsstrukturen ausgelöst worden.

Auf der anderen Seite hat die Wirtschaft dem Bericht zufolge aus Kostengründen zunehmend auf den Einsatz transportintensiver Vorprodukte verzichtet. Die Verkehrspolitik sieht sich nun verstärkt mit den Auswirkungen der Konkurrenz zwischen Bahn und Binnenschifffahrt um das schrumpfende Transportaufkommen

der Massengüter konfrontiert. Um ihre Kapazitäten auf den zu Binnenwasserstraßen parallelen Strecken auszulasten, heißt es, müsse die Bahn ihre Beförderungsstarke oftmals bis unter die Selbstkosten senken.

An die an Frachtrateniveau der kostengünstiger ansehenden Binnenschifffahrt angeglichenen Beförderungsstarke führen nach der Untersuchung bei transportintensiven, meist wachstumsschwachen Branchen wie dem Kohlenbergbau oder der Stahlindustrie zu einer Kostenentlastung. Fazit des RWI: „Die Verkehrspolitik begünstigt daher diese Branchen, indem sie die Eisenbahn dem Konkurrenzdruck der Binnenschifffahrt aussetzt und die anfallenden Kosten (Subventionen an die Bahn sowie Investitionen in das Binnenwasserstraßennetz) dem Steuerzahler aufbürdet.“

## BUNDESPOST / Der Fernmeldedienst Temex wurde vorerst aufgeschoben

### Datenschützer setzten sich durch

GISELA REINERS, Bonn  
Der Postverwaltungsrat hat in seiner Sitzung am Montag spät abends beschlossen, die Einführung des neuen Fernmeldedienstes Temex aufzuschieben, bis die damit zusammenhängenden Datenschutzfragen geklärt sind. Auf der nächsten turnusmäßigen Sitzung am 10. Oktober soll erneut beraten werden. Mit Temex können Daten ferngemessen und gespeichert werden sowie mit Hilfe von Signalen „Jerngewirkt“ werden.

Die Datenschutzbefragungen von Bund und Ländern hatten schon im Juni Bedenken formuliert. Beim Fernmessen, regeln und -wirken werde nämlich in den grundgesetzlich besonders geschützten Wohnraum eingedrungen. Strenge Ausnahmeregelungen schützen seine Unverletzlichkeit. Werden nun über die Telefonleitung z. B. Strom-, Gas- und Wasserverbrauch abgelesen, die Raumtemperatur geregelt, Wach- und

Sicherungssysteme angeschlossen, so seien Beobachtungen der Privatsphäre die Folge. Deshalb dürfe, so die Datenschützer, der Dienst auch nicht versuchsweise ohne gesetzliche Grundlage eingeführt werden. Der Wohnungsinhaber müsse erst schriftlich einwilligen, ein Recht auf Verweigerung ohne Nachteile haben und umfassend unterrichtet werden. Auch solle er sich ausschalten dürfen.

Damit haben sich die Datenschutzbefürworter voll durchgesetzt. Die Postbetreiber waren der Auffassung gewesen, eine Rechtsgrundlage zu schaffen sei erst sinnvoll, wenn es Versuchsergebnisse gebe. Betriebsversuche seien auch nötig, um die Anschlußbereitschaft der Telefonkunden zu schätzen. Sie fanden jedoch kein Gehör. Ein Investitionsvolumen von geschätzt 90 Millionen Mark für die Technik im Telefonnetz bis zum Ende des Jahrzehnts wird erst später aktiviert werden.

Der Datenschutz war jedoch nicht die einzige juristische Einrede. Es bahnt sich auch ein Meinungsunterschied an zwischen Bundespost und Ländern. Der Postverwaltungsrat vertritt jedoch die Auffassung, daß Temex ein Fernmeldedienst ist, also die Post allein für die technische Ausgestaltung und die Signalübermittlung zuständig ist. Die Länder Berlin und Bayern dagegen reklamieren eigene Zuständigkeiten.

Weiter beschloß der Verwaltungsrat, die Gebühr pro Gesprächseinheit beim Karten-Telefon auf 30 statt wie geplant 25 Pfennig festzusetzen. - Das Rechnungshof-Gutachten zur Verkleinerung konnte aus Zeitmangel nicht mehr beraten werden. Doch beauftragt sich heute Post- und Rechnungsprüfungsausschuß und anschließend der Haushaltsausschuß damit. Freitag ist es Gegenstand einer aktuellen Stunde im Bundestag.









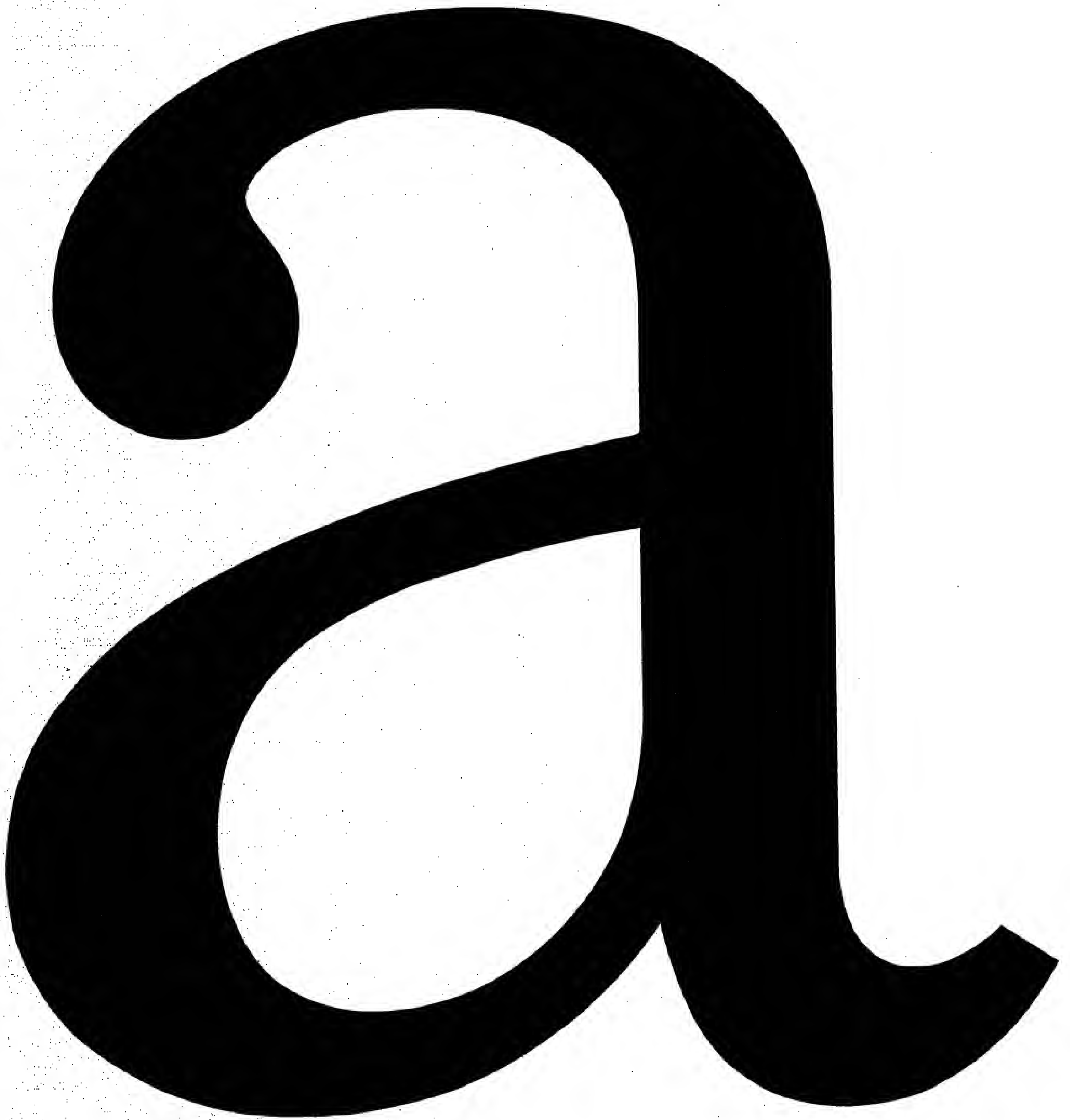


# FINANZANZEIGEN

...the fact that the *in vitro* and *in vivo* results are in good agreement.



## Was jetzt besonders schön wird.



Alles, was in einem Unternehmen zu Papier gebracht wird, ist so etwas wie eine Visitenkarte. Es muß nicht nur im Inhalt seine Qualität haben, sondern auch in seiner Form. Und wenn man sich inzwischen beim Inhalt vom Computer helfen läßt, warum nicht auch bei der Form.

Dafür gibt es jetzt einen Drucker, der große Mengen Papier so bedruckt, wie man es von einem Computer nicht erwartet. Es ist das Laser-Drucksystem IBM 3800 Modell 3. Es druckt sozusagen in Korrespondenz-Qualität. Es druckt in etwa 200 verschiedenen Schriftarten. Und es druckt nicht nur den Text, sondern auch Graphiken und Abbildungen. Man kann richtig schöne Angebote, Teilekataloge, Werbebriefe, Wartungshandbücher, Schulungsunterlagen und was einem sonst so alles einfällt gleich vom Computer herstellen lassen.

Aber es gibt natürlich auch eine ganze Menge Drucksachen, die nicht besonders individuell aussehen müssen, sondern die besonders schnell und preisgünstig in Umlauf kommen müssen. Dafür gibt es jetzt einen mechanischen Drucker, der in Hochgeschwindigkeit

druckt. Es ist der Zeilendrucker IBM 4248. Er druckt bis zu 3600 Zeilen pro Minute und bis zu 168 Positionen pro Zeile. Er hat die Funktion „Horizontale Kopie“ und kann somit gleichzeitig neben dem Original ein zweites drucken.

Man kann mit ihm Drucksachen wie zum Beispiel Kontoauszüge, Zahlungsbelege oder Rechnungen mit anhängenden Zahlkarten in großen Mengen termingerecht ausdrucken. Oder es gibt kleinere Druckaufgaben, die weder besonders individuell noch besonders schnell durchgeführt werden müssen. Dafür gibt es den Zeilendrucker IBM 3262-5. Er ist besonders preiswert, und man kann mit ihm viele Aufgaben, die einen häufigen Formularwechsel erfordern, lösen.

Ob man nun schön, individuell, schnell oder preiswert drucken will, die IBM hat für jede Anforderung den richtigen Drucker.

Wenn Sie mehr über das umfangreiche Drucker-Programm der IBM wissen wollen, schreiben Sie bitte unter dem Stichwort „Drucker“ an IBM Deutschland GmbH, Postfach 31 37, 7000 Stuttgart 1.



## FUSSBALL / Heute Abend findet in Paris das EM-Finale zwischen Frankreich und Spanien statt

● Frankreichs Staats-Präsident François Mitterrand und Spaniens Regierungschef Felipe Gonzales sind Ehrengäste im Pariser Prinzenpark-Stadion, wo Frankreich und Spanien heute (20 Uhr) das Endspiel um die Fußball-Europameisterschaft bestreiten. Sie sind zugleich Gast von Jacques Georges (66), dem neuen französischen Präsidenten der Europäischen Fußball-Union (UEFA).

● Spaniens Trainer Miguel Munoz hat Sorgen vor dem Endspiel gegen Frankreich. Er muß die nach zwei gelben Karten gesperrten Maceda und Gordillo ersetzen. Außerdem ist der Einsatz von Goicoechea und Salva wegen Verletzung gefährdet. Verbandschef Pablo Porta erhöhte die EM-Prämie auf 54 000 Mark - ungeachtet, ob es gegen die Franzosen einen Sieg gibt.

## Didier Six ist im Finale nicht dabei, da zog er sich zurück und rauchte erst einmal eine Zigarette

MARTIN HÄGELE, Paris  
Wenn Monsieur Michel Hidalgo (51) irgend so ein Sauhund wäre, wie sie sein Beruf häufig nach oben schwimmt, dann würde ihm die Wahl leichter fallen. Aber so, Frankreichs Nationaltrainer ist hauptsächlich Mensch, eine Art Vaterfigur. Deshalb ist es ja auch so schwer, Hidalgo soll entscheiden, wer heute Abend im Prinzenpark-Stadion in Paris als Europameister in die Fußballwelt grüßen darf. Wer krieg ein Trikot? Und wer muß zuschauen?

Holt Hidalgo den Sünder Amoroso zurück, dessen Sperre nach dem Platzverweis im Eröffnungsspiel gegen Dänemark abgebrochen ist? Bringt er es übers Herz, dafür Patrick Battiston zu opfern? Battiston, der seit dem Foul des deutschen Torwarts Harald Schumacher als Nationalheld und Märtyrer gleichzeitigt gilt?

Oder muß Domergue raus, der zwei Tore im Halbfinale zum 3:2-Erfolg über Portugal erzielte und damit alle galischen Hoffnungen ins Finale rettete?

Darf Six (39) zum ersten Mal in seiner Karriere einen Titel gewinnen? Ich war ein Dummkopf, daß ich von Stuttgart letztes Jahr wegging, hat er neulich gesagt.

Hidalgo: Ich versuche, die Mann-

schaft gerecht aufzustellen, aber es läßt sich nicht verhindern, daß man einige enttäuschen muß. Diese Worte schickt Hidalgo voraus, bevor er die Elf aufstellt, zu der er sich nach langem Überlegen durchgerungen hat. Torwart Bats, Die Abwehr mit Battiston, Domergue, Bossis und Leroux, im Mittelfeld mit Tigana, Giresse, Platini, Fernandez oder Genghini, im Angriff Lacombe, Bellone oder Ferreri.

Und was ist mit Didier Six? Bellone sei frischer, erklärt Hidalgo, und er wolle in diesem Endspiel mit einem klassischen Linksaußen beginnen. Aber wenn Six im Laufe des Spiels reinkommt, dann wird er mit seiner großen Erfahrung für Verwirrung bei den Spaniern sorgen.

Der Ex-Stuttgarter reagiert beleidigt auf diese öffentliche Degradierung. Diese Entscheidung ist absolut ungerecht, sagte er, und verlangt eine Zigarette, um sich etwas abzuregen. Dann schlug er sich in die Büsche. Nein, nein keine Interviews mehr.

Abgesehen von taktischen Aufgaben hat Monsieur Hidalgo seinen Leuten eine ganz klare Anweisung gegeben. Mit viel Pathos in der Stimme erklärte er: „Euer ganzes Leben hängt an diesen 90 Minuten. Ihr müßt über Euch hinauswachsen, und das

wollen, wovon Ihr Euer Leben lang geträumt habt.“

Daß der Pokal mit den Franzosen auf die Ehrenrunde geht, daran zweifeln nicht einmal die schlimmsten Schwarzmalen. Und auch die Spieler sehen den Fall nüchtern als ihr Trainer. Zum Beispiel Libero Bossis: „Ich freue mich auf das Endspiel und die Spanier. Die Spanier sind mir lieber als die Dänen. Denn ein dänisches Trikot besitze ich schon.“

Da wird das Fell schon verteilt, obwohl das Vieh noch ganz keck aus der Wäsche sieht. Nur eines, so Bossis, sei schade. Wir hätten viel lieber gegen eine komplette spanische Mannschaft gespielt, denn dann ist der Sieg wertvoller.

Sind die Spanier nur noch lahme Kühe?

Lieblingsspieler Miguel Munoz (61) mit seinem französischen Kollegen tauschen. Sein Finalteam stellt sich sozusagen von selbst auf. Alle die noch halbwegs laufen können.

Der Abwehrchef und Torjäger Maceda ist fürs Finale ebenso gesperrt wie der fleißige und deckungsstarke Gordillo, der eisenharte Goicoechea klagt über ein malades Knie, mit Camacho und Urquiza verfügt Munoz nur noch über zwei gesunde Verteidiger.

Weit und breit scheint gar kein spa-

nischer Spieler in Sicht, der auch nur in etwa die Kreise des Michel Platini stören könnte.

„Sind Sie ein Fußballgott“, hat ganz ernsthaft ein Reporter den Kapitän der Equipe Trikolore gefragt. Offensichtlich suchte der Mann einen Superlativ für Superstar. Man könne Gott und Fußball nicht vergleichen, hat ihm der Katholik Michel Platini geantwortet und dem Journalisten einen anderen Vergleich vorgeschlagen. Schreiben Sie lieber, ich spiele ein bißchen brasilianisch.“

Michel Hidalgo aber nimmt nach dem Finale seinen Abschied - unwiderruflich. Sein 76. Länderspiel seit 1976 soll die Krönung bringen. „Es wird ein schwerer Augenblick für mich. Doch ich bin nicht der König, der an seinem Posten klebt.“ besteht er. Bis zur Weltmeisterschaft 1986 in Mexiko sind es nur noch zwei Jahre, doch trotz inständiger Bitten macht Hidalgo nach der EM für den ehemaligen Nationalspieler und bisherigen Trainer der Olympia-Mannschaft, Henri Michel, den Stuhl frei und zieht sich als technischer Direktor des Verbandes in den organisatorischen Bereich zurück. Seine neue Aufgabe umreißt er so: Ich werde auch künftig an den einzelnen Kadern mitarbeiten.“

## Europa scheint weit weg zu sein - Fernsehen in Neuseeland und Australien

## Mehr Programmstunden als Schafe

Laut nüchternen Lexikon-Fakten beträgt die Einwohnerzahl Neuseelands knapp die Hälfte von London, nämlich rund dreieinhalb Millionen. Diese dünne Bevölkerungsschicht verteilt sich über zwei Inseln von der Größe des neuseeländischen Mutterlandes Großbritannien. Der alte Spruch, daß auf jeden Neuseeländer 100 Schafe kommen, hat sich leider einen wahren Kern. Kein Wunder, wenn das Fernsehen bei uns so eine große Rolle spielt. In manchen Gegenden sehen die Leute tagelang nur Natur und kein anderes menschliches Gesicht; sagt die junge neuseeländische Regisseurin Yvonne MacKay, die seit vier Jahren für das Fernsehen Dokumentarfilme produziert.

Mehr als 80 Prozent aller neuseeländischen Haushalte besitzen einen Fernsehapparat - meist Farbe. Über ein Drittel nimmt zwei oder mehr Apparate sein eigen. „Television New Zealand“ (TVNZ) strahlt zwei Programme aus. „Network 1“ erreicht 99,98 Prozent der Bevölkerung, „Network 2“ immerhin 96,23 Prozent.

„Unser Fernsehen“, sagt die Regisseurin MacKay, „ist ein merkwürdiges Mixtur compositum. Einerseits ist es eine öffentlich-rechtliche Anstalt, die sich vor dem Parlament verantworten muß. Andererseits aber ist es überfüllt von Werbung. Fünf Tage in der Woche haben wir Werbespots, die in ihrer Unverfälschtheit an das amerikanische Fernsehen erinnern.“

Sonntags allerdings fällt die Werbung aus. Beide Sender haben auch ein Überkennzeichen getroffen, welches einen werbefreien Wochentag einführt. 85 Prozent der Einnahmen des neuseeländischen Fernsehens stammen aus der Werbung, nur 15 Prozent aus Gebühren, die in

den letzten Jahren nicht erhöht wurden und bei etwa 100 Mark im Jahr liegen.

Natürlich verzichten auch Neuseelands Fernseh-Zuschauer nicht auf Serien wie „Dallas“ oder „Dynasty“ (Der Denver Clan) aus den USA oder „Falcon Crest“ und „Coronation Street“ aus Großbritannien. Aus diesen beiden Ländern kommen fast 90 Prozent aller Importe.

Aber insgesamt machen die Einnahmen aus Übersee „nur“ 55 Prozent im TVNZ-Programm aus. In den Studios in Auckland, Christchurch und Dunedin entstehen heimische Produktionen - Fernsehspiele, viele Dokumentarfilme insbesondere über die Maoris und die Antarktis, Shows, die sich an englischen und amerikanischen Vorbildern orientieren, und Lern-Programme, die ergänzt werden durch Regional-Nachrichten. Demnach allerdings wird es für die althergebrachten Anstalten Konkurrenz geben: Das Privatfernsehen steht vor der Tür. Kommt ein neuseeländischer Produzent: „Wir werden bald mehr Programmstunden als Schafe auf den Inseln haben!“

Neuseelands Nachbar Australien, von seinen Ausmaßen halb so groß wie Europa und nur ein 36tel so stark besiedelt wie der alte Kontinent, konnte vor zwei Jahren das 25jährige Jubiläum seines Fernsehens feiern. Es dauerte neun Jahre und bedurfte heftiger Parlamentdebatten, ehe 1967 die ersten hausgemachten Fernsehprogramme ausgestrahlt wurden.

1948 hatte die Regierung ein Statut verabschiedet, das theoretisch die Einrichtung eines nationalen Fernsehens zuließ. Doch dann vergingen mehrere Jahre mit Pro und Contra, bis im Januar 1957 Australiens sechs

Millionen Einwohner in den Genuss dieses damals noch aufregenden Mediums gelangen konnten. Seit den Pionierjahren des australischen Fernsehens sind die Sender wie Pilze aus dem Boden gesprossen. Neun Kanäle gibt es und 50 Fernsehstationen, die von der Werbung leben. Dazu kommen 86 regionale Fernsehstationen.

Das staatliche Fernsehen, „Australian Broadcasting Corporation“ (ABC), hatte in den siebziger und frühen achtziger Jahren viel Mühe, sich der Konkurrenz der kommerziellen Fernsehgesellschaften zu erwehren. Hier dominieren Showsendungen, Spielfilme und Unterhaltung rund um die Uhr. ABC dagegen sieht eine der wesentlichen Aufgaben darin, Kultur und Bildung zu verbreiten. Heute aber werden einige der beliebtesten Unterhaltungssendungen Australiens wie „Mastermind“ und „In the Wild“ von der ABC ausgestrahlt. Mitarbeiter der ABC reisen durch die ganze Welt, um Spielfilme einzukaufen, und Sport, laut Umfragen führend auf der Beliebtheitskala, nimmt einen breiten Raum ein.

Ähnlich wie die Neuseeländer kaufen auch Australier Fernseh-Verantwortliche eine Fülle von Sendungen im Ausland ein. Auch hier stehen die USA und Großbritannien an der Spitze. „Unser Geschmack ähnelt eher dem der amerikanischen Zuschauer als dem der englischen“, sagt David Stratton, verantwortlich für Filmekäufe des australischen Fernsehens. „Wir blicken nach Amerika, und Europa scheint sehr weit entfernt zu liegen. Hollywood liegt vor unserer Tür, und nur unsere Begeisterung für Cricket im Fernsehen gleicht der unserer englischen Vorfahren.“

M. v. SCHWARZKOPF

## Endgültig: Derwall betreut nicht mehr die Nationalelf

dpa, Paris  
Das Kapitel Jupp Derwall als Fußball-Bundestrainer der deutschen Nationalmannschaft ist beendet. Das erklärte der Präsident des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), Hermann Neubauer, gestern im Pariser Hilton-Hotel. Neubauer: „Derwals Entscheidung stand lange fest. Schon nach dem Länderspiel im März gegen die UdSSR in Hannover hat er mich um ein Gespräch gebeten. Wir trafen uns in meiner Wohnung, und er erklärte mir, daß er die Angelegenheit für zu verfahren hielte, mich nicht in

die Schußlinie bringen und daher vom Amt des Bundestrainers zurücktreten wolle.“

Der DFB-Präsident Hermann Neubauer jedoch hielt den Zeitpunkt kurz vor der Europameisterschaft für nicht gut und bat Derwall, sein Amt bis zum Turnier auszuüben. Am Tag nach der Rückkehr aus Frankreich fragte Neubauer den Bundestrainer: „Hat sich an Ihrer Haltung etwas geändert?“ Derwall: „Nein.“

Zukünftig soll Derwall Aufgaben im internationalen Sektor übernehmen. Neubauer: „Ich bin hier schon

in Paris von den Vertretern einiger Nationalverbände angesprochen worden.“ Der DFB wird also den Vertrag mit Derwall bis 1986 erfüllen. Er soll offiziell den Titel eines Bundestrainers behalten.

Dies spricht dafür, daß als Übergangslösung das Modell mit einem technischen Direktor - wahrscheinlich Franz Beckenbauer - und einem DFB-Trainer (Rübeck oder Köpcke) eingeführt wird, bis 1985 Helmut Benthaus seinen Vertrag beim neuen Meister VfB Stuttgart erfüllt hat.

Neubauer bestätigte, daß er schon

im Frühjahr ersten Kontakt mit Benthaus aufgenommen habe. Einen Kontakt, den Derwall persönlich einleitete. Derwall sprach Benthaus bei einem Treffen an. Neubauer wird bald auf Dich zukommen.“ Neubauer unterrichtete von dieser Absicht zunächst jedoch Stuttgarts Präsident Gerhard Mayer-Vorfelder.

Heute wird Jupp Derwall mit seinem Assistenten Horst Köpcke das EM-Finale in Paris besuchen. Zuvor wird er mit Neubauer über seinen zukünftigen Wirkungsbereich reden.

## WIMBLEDON / Sylvia Hanika ausgeschieden - Talent Boris Becker

## Tiriac: „Ein Diamant, der geschliffen werden muß“

H. J. POHMANN, Berlin  
Als er neun Jahre alt war, reisten Sportwart und Verbandstrainer des badischen Tennisverbandes mit dem Knirps ins württembergische Städtchen Biberach. Käseweiß durfte er da den beiden Bundestrainern Richard Schönborn und Günter Bosch im Rahmen einer Sichtung 15 Minuten vorspielen. Das Resultat war niederschmetternd. „Boris ist für Leistungssport untauglich.“ Gestern nun stand mit dem noch 16jährigen Boris Becker der jüngste deutsche Tennisspieler aller Zeiten im Hauptfeld von Wimbledon. In der ersten Runde besiegte er den Amerikaner Willenbourg 6:0, 6:0, 6:4. Vielleicht war es für den rotblonden jungen Mann aus dem badischen Leimen ein günstiger Umstand, seinerzeit nicht zu den Auswählern der DFB-Trainer zu gehören. Denn nun wurde der stämmige Boris von dem Verbandstrainer Boris Brekvar (42) sorgsam aufgebaut und außerhalb des Platzes von seinem sportlichen Ziehvater, dem Sportwart Wolf Dieter Späth, betreut.

War Boris Becker im Januar noch auf Rang 664 der internationalen Computer-Rangliste, so hat er sich mittlerweile auf den 164. Platz nach vorne gespielt. Unterstützt vom deutschen Tennis-Bund wurden ihm alle Turnierstarts ermöglicht, notfalls auch mit Wild Cards (sogenannte Freikarten) auf den Grand-Prix-Turnieren in Hamburg und München. Alles schien blendend zu verlaufen, wenn nicht beim Monte-Carlo-Open geschäftstüchtige Ex-Profis und Managergruppen auf den technisch versierten Becker aufmerksam geworden wären. Auf einmal bekundete der Pole Wojtek Fibak Interesse, mit dem deutschen Talent im Doppel zu starten. Und der Rumäne Ion Tiriac, Manager von Vilas und Landsmann von Bosch, streckte seine Fühler aus. Das ist „typisch für diese beiden“, befand

John McEnroe. Auch die Vertreter der beiden großen Managergruppen, Pro Serv und McCormack, fingen an, sich Gedanken über den „Diamanten“ zu machen, der nur geschliffen werden muß“ (Originalton Tiriac).

Fortgesetzt wurde das Feilschen um das Talent bei den Internationalen Meisterschaften am Hamburger Rothenbaum. Mal verhandelte der Sportdirektor des DFB, Günter Sanders, mit den Unterhändlern von McCormack im Interconti-Hotel, mal versuchte Bosch, Tiriac für seinen Schützling zu gewinnen. Am 15. Juni verschiebte dann der DFB folgende Pressenotiz: „Die Managerfunktion von Boris Becker hat Ion Tiriac übernommen. Und Bundestrainer Günter Bosch scheidet ebenfalls in beiderseitigem Einvernehmen aus den Diensten des DFB aus. Der DFB steht den Bemühungen der Herren Tiriac und Bosch, Boris Becker auf internationaler Ebene weiter nach oben zu bringen, positiv gegenüber.“

Gleichzeitig dürfte Becker aus dem laufenden Ausbildungsvertrag mit dem Verband ausscheiden, verpflichtet sei aber dafür, falls nominell, kostenlos das Davis-Cup-Abstiegsspiel gegen Rumänien im September zu bestreiten. Andernfalls hätte das Trio, angeführt von dem Schlitzohr Tiriac, die bislang angekauften Kosten für Becker 1984 von 33 000 DM dem DFB zurückerstatten müssen. Wie überhaupt zuerst einmal die finanzielle Seite ein Problem werden könnte. Insider schätzen die jährlichen Kosten von Bosch und Becker, die Tiriac aufrufen muß, auf 250 000 DM in einer Saison, inklusive Gehalt für Bosch, Reisen, Hotel- und Verpflegungskosten. Fortan soll Becker lediglich auf Grand-Prix-Turnieren starten und kommt für jugendliche internationale Cup-Wettbewerbe nicht mehr in Frage.

## Schwaier auch stark

CLAUS GEISSMAR, London  
Die deutsche Bilanz am ersten Tag des Wimbledon-Turniers in London war nicht sehr erfreulich: Mit Boris Becker (siehe auch nebenstehenden Bericht) und Hans Jörg Schwaier überstanden nur zwei deutsche Spieler die erste Runde. Ausgeschieden sind dagegen Andreas Maurer, Hans-Dieter Beutel und Sylvia Hanika.

Hans Jörg Schwaier zeigte eine beeindruckende Leistung bei seinem Sieg über den Inder Vijay Amritraj (30). Amritraj, der über große Wimbledon-Erfahrungen verfügt und 1978 Björn Borg an den Rand einer Niederlage brachte, konnte Schwaier in drei Sätzen (6:3, 6:4, 6:2) nie in Gefahr bringen. Andreas Maurer hatte dagegen das doppelte Pech, auf Wimbledon „Platz der Unglücksraben“ gegen Englands Publikumsliebling John Lloyd spielen zu müssen. Court Nummer zwei verlor seinen Spitznamen der Tatsache, daß es hier oft zu Favoritenstürzen kommt. Andreas Maurer wirkte in der ersten Hälfte seines Fünf-Satz-Kampfes (3:6, 6:3, 6:4, 6:3) so überlegen, daß Chris Evert-Lloyd nicht länger zusehen konnte. Die Ehefrau des Engländers verließ ihren Platz auf dem Spielerbank, um John Lloyd seinem Schicksal zu überlassen.

Mit sechs Herren und fünf Damen sind die deutschen Interessen in Wimbledon zum ersten Mal wieder zahlenmäßig stark vertreten. Sylvia Hanika bestätigte allerdings in ihrem ersten Spiel, daß sie nicht mehr zur Weltspitze gehört. Ihre knappe Niederlage (6:2, 2:6, 10:8) gegen die Amerikanerin Mary Lou Piatek (22) war voraussehbar.

Titelverteidiger John McEnroe gab sich nach seinem ersten Spiel recht zahn. Er sagte: „Eigentlich wollte ich gar nicht zur Pressekonferenz kommen, denn über Tennis wird sowieso nicht geredet.“

## Weiches Herz für Frauen

Wie der Zufall es so fügt, macht ein bisher in Deutschland unbekanntes amerikanisches Minderelement sich gleich zweimal bemerkbar: Donald P. Bellisario, dessen Film „Airwolf“ gerade in den Kinos angeht, ist und dessen Fernsehserie „Magnum“ nach dem Pilotfilm nun in die erste Folge gegangen ist. Schauspielstar „Magnum“ ist Hawaii, und irgendwo hat man noch im Hinterkopf, daß das schon einmal ein Fernsehdetektiv sein Wesen getrieben hat. Wie hieß er denn bloß noch? Daß man sich nicht so recht erinnern kann, hat auch seinen Grund: Die amerikanischen Serienbandwürmer sind ausausbar bis in die Einzelheiten hinein.

„Magnum“ macht da keine Ausnahme: Der Held (gespielt von Tom Selleck) kriegt ein eindimensionales Image verpaßt: Kumpeliger He-Man mit einem weichen Herzen für Frauen. Dazu eine Männerkumpel mit lockeren Sprüchen, Sonne und Fe-

## Zu Gast bei Lady Carolin

Als wäre dieser Sommer bisher nicht schon unerträglich genug, versaut dem arbeitslosen Betrachter nun auch noch die ARD die Saison, stromstoßweise, jedes Mal ein Viertelstündchen, und das zwölftmal - mit Carolin Reiber, jener farblos überlackerter Fernseh-Dame, die immer von neuem bis viertel nach neun im paar Liedchen wohl vorstellen darf, angeblich alles „von der Oper bis zum Schlager“. Solches jedenfalls läßt der

Untertritel zu. Nur ein Viertelstündchen befürchten. Und das Auftaktprogramm war auch gleich Lady Carolins Schlag in den Solarplexus: sie würde sich freuen, wenn wir - gemeint waren die Zuschauer - „auf einen Drink bei ihr vorbeischauen“ würden, meint, das Erste Fernsehen habe sich, o Wunder, ausgedehnt, im Sommer „keine Wiederholungen“ zu bringen und böte nun „genau das richtige Rezept für eine Party“, merke: lauter alte oder ältere Kamellen, drei unerträgliche Schlager und gerade mal ein einziges recht gutes Lied.

Die drei Lieder: Udo Jürgens mit einer den Sommer besingenden Weise, ein nicht minder überflüssiger Reinhard Fendrich; die alle acht Takte die Gaderobe wechselnde Schauspielergruppe Audrey Landers aus „Dallas“ mit einem Lobpreis eines weißen Strandes und, wohl eher auf Konkurrenz, eine Su Kramer mit angelegtem „Summertime“ - lassen sich, so gestärkt, schmunzelnden Auges restlos goutieren. Durch Reibersches „Vorbeischauen“, versteht sich. ALEXANDER SCHMITZ

## Schwimmen: Weltrekord

Indianapolis (dpa) - Der 19 Jahre alte John Moffet schwamm am ersten Tag der amerikanischen Olympischen Ausscheidungen in Indianapolis Weltrekord über 100 Meter Brust. In 1:02,13 Minuten verbesserte er die alte Rekordmarke seines Landsmannes Steve Lundquist um fünf Hundertstelssekunden.

## Rallye: Blomqvist siegt

Rotorna (sid) - Die Schweden Stig Blomqvist und Björn Cederberg gewannen auf Audi Quattro die Rallye Neuseeland vor dem finnischen Lancia-Team Marku Alen/Iikka Kivimäki. Dritter wurde Titelverteidiger Hannu Mikkola (Finland).

## Strafen reduziert

Brüssel (sid) - Die Strafen für die in den belgischen Fußball-Skandal verwickelten Spieler sind in zweiter Instanz vom Berufungs-Komitee des belgischen Verbandes nochmals reduziert worden. Die meisten Spieler sind jetzt nur noch bis zum 2. Januar 1985 gesperrt, darunter die Nationalspieler Plessers, Meuwis, Daerden und Vandersmissen (alle von Standard Lüttich).

## TENNIS

Turnier in Wimbledon, Herren-Einzel, 1. Runde: Becker (Deutschland) - Willenbourg (USA) 6:0, 6:0, 6:4, Lewis (Neuseeland) - Stadler (Schweiz) 6:3, 6:2, 6:2, Stenroos (Schweden) - Boileau (Belgien) 6:4, 7:6, 7:5, Schwaier (Deutschland) - Amritraj (Indien) 6:3, 6:4, 6:2, McEnroe (USA) - McNamee (Australien) 6:4, 6:4, 6:7, 6:1, Lendl (CSSR) - Stockton (USA) 4:6, 6:0, 6:3, 6:7, 6:4, Simonsson (Schweden) - Glickstein (Israel) 4:6, 6:2, 3:6, 6:3, 6:4, Lloyd (England) - Maurer (Deutschland) 3:6, 6:3, 3:6, 6:4, 6:3, Davis (USA) - Jarryd (Schweden) 4:6, 6:4, 6:3, 6:3, McIsior (USA) - Beutel (Deutschland) 6:3, 3:6, 7:6, 7:5, Connors (USA) - Bourne (USA) 7:5, 7:5, 6:4, Curran (Südafrika) - Denton (USA) 6:4, 3:6, 4:6, 7:6, 6:4, Gehring (Deutschland) - Slozi (CSSR) 6:4, 6:7, 7:5, 4:2 wegen Dunkelheit abgebrochen. - Damen-Einzel: Piatek (USA) - Hanika (Deutschland) 6:2, 2:6, 10:8, Sayers (Australien) - Robin White (USA) 6:3, 6:3, Croft (England) - Dolheiss-Jauch (Schweiz) 6:3, 6:0, Wendy White (USA) - Jausovec (Jugoslawien) 7:6, 7:6, Hobbs (England) - Reynolds (USA) 6:2, 7:6.

## GEWINNGOUTEN

Lotto: Klasse 1: 1 366 017,60, 2: 73 838,70, 3: 7996,20, 4: 134,60, 5: 9,90. - Toto, Elferwette: Klasse 1: 1 323,80, 2: 48,30, 3: 6,40. - Auswahlwette 6 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot 173 711,00, 2: 57 903,00, 3: 885,00, 4: 133,40, 5: 10,00. - Reisespielticket: Rennen A: Klasse 1: 666,80, 2: 77,80, Rennen B: Klasse 1: 2762,80, 2: 327,70, Kombinationsgewinn unbesetzt, Jackpot 192 891,80 (Ohne Gewähr).

## STANDPUNKT / Und Hollywood läßt grüßen

Dwight, jetzt muß du auch noch Rekord springen, das bist du den Leuten schuldig.“ Das habe eine innere Stimme zu ihm gesagt. Die Sprüche des Dwight Stones: 30 Jahre, und immer noch der Show zugewandt. Aber immerhin: Über die neue amerikanische Rekordhöhe von 2,34 Meter ist er drüber geflogen. 1972 war er schon dabei, als es in München um

die Hochsprung-Medaillen ging, und nun, 12 Jahre später, gehört er in Los Angeles noch immer zu den Medaillen-Kandidaten.

Ein Phänomen, dieser 30 jährige Südkalifornier. Wen hat er nicht schon alles auf die Palme gebracht: Von den Gerichten (wegen des Amateurstatus) über Verbandspräsidenten (auch deshalb) bis hin zu seinen zehn

Jahre jüngeren Konkurrenten (Comeback-Drohungen). - Seine Sprüche gingen um die Welt - „Nicht Bobby Fischer, sondern ich bin das größte Ego Amerikas.“

Schade nur, daß er bei Olympia im amerikanischen Nationaltrikot antreten muß. Seine Micky-Mouse-Hemden stehen ihm besser - Hollywood läßt grüßen. K.B.I.



Isobert (Liv Alsterlund) läßt sich der großen Schwester gegenüber benachteiligt, in „Modi“ - um 15.55 Uhr im ZDF

FOTO: TELEBUNK

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM	
9.25 Sonntagsmagazin	12.10 Freizeitsport
10.00 Tagesschau und Tagesschau	12.15 Nachhilfe für ein Grundrecht
10.25 An heißen Wochentagen	12.55 Presseschau
Schweizer Film (1980)	13.00 Tagesschau
12.00 Unschon	
16.00 Tagesschau	17.00 heute / Aus den Ländern
16.10 Was man heilen nennt...	17.15 Tele-Horoscope
Über Pflanzenheilkunde und Homöopathie	18.00 Der lange Treck
Obwohl immer mehr Patienten	In der Wildnis
Medikamente ablehnen und	
verstärkt nach natürlichen Behandlungsmethoden verlangen, ist der	
Unterschied zwischen Pflanzenheilkunde und Homöopathie so	
groß, daß Ärzte und Apotheker weitgehend unbekannt. Der Bericht	
von Theo Ott versucht, diesen Unterschied zu verdeutlichen.	
16.55 Die rote Zone und ihre Bande	
17.25 Doctor Sangre	
3. Teil: Die Freche Entführung von	
Freiwillig	
Der Zauberei Professor Smorgod	
braucht dringend eine Haushälterin, die ihm sein Schloß sauberhält.	
17.50 Tagesschau	
Doku, Regionalprogramme	
19.50 Sport	
Fußball-Europameisterschaft	
Live-Übertragung aus Paris	
Reporter: Heibert Fobbenberg	
In der Pause gegen 20.45 Uhr:	
Tagesschau	
22.00 Sport	
Aktuelle Sendung	
22.50 Tagesschau	
23.00 Show-Bühne (1)	
Alfred Bösl	
stellt junge Unterhaltungskünstler	
vor	
0.25 Tagesschau	

III.	
WEST	
18.00 Telekolleg	
18.30 Sonntagsmagazin	
19.00 Aktuelle Stunde	
20.00 Tagesschau	
20.15 Mittwochs in Düsseldorf	
21.45 off-air	
22.15 Mosaik	
Spielfilm, Schweiz/Frankreich	
(1978)	
0.10 Letzte Nachrichten	
NORD	
18.00 Sonntagsmagazin	
18.30 Beobachtungen im Spektroskop	
19.15 Praktische Tipps	
19.30 Das Jahr im Garten: Juli	
20.00 Tagesschau	
20.15 Das dritte Haus oder Die Dinge um	
uns herum	
21.45 Heute	
Amerikanischer Spielfilm (1961)	
11.55 Nachrichten	
HESSEN	
18.00 Sonntagsmagazin	
18.30 Bei Nacht sind alle Katzen blau (2)	
19.00 Unheimliche Geschichten: Spanien (5)	
20.15 Das aktuelle Thema	
21.00 Heizen Drei	
21.30 Der aktuelle	
21.45 Phantasie	
USSR-Film nach Iwan Turgenjew	
Idyll	
Gedicht von Günter Kunert	
SÜDWEST	
18.00 Sonntagsmagazin	
18.30 Telekolleg	
Nur für Baden-Württemberg:	
19.00 Aktuelle	
Nur für Rheinland-Pfalz:	
19.00 Abendschau	
Nur für das Saarland:	
19.00 Saar 3 regional	
Gemeinschaftsprogramm:	
19.25 Nachrichten	
19.30 California-Sound (1)	
20.15 Sonntagsmagazin	
21.00 Vom Teufel verführt	
Amerikanischer Spielfilm (1955)	
22.20 Big Sur	
BAYERN	
18.15 Bilderbogen der Abendschau	
18.45 Deutschland	
19.00 Bayern-Klub '84	
19.45 Mein's mit	
20.00 Krimis	
20.30 Zeitplage	
21.30 Nachrichten	
21.45 Mein's	
22.25 Z. E. N.	
22.40 München-Strasbourg und zurück	
Alfons Goppel	
23.10 Nachrichten	
23.15 News of the Week	



## Wem gehört mein Kopf?

reich - Der Slogan der siebziger Jahre „Mein Kopf gehört mir“, die Proklamation der totalen Asozialität im günstigsten Fall ein horrendes Verbrechen des Menschen in seinen Funktionen; im übelsten Fall eine ontologische Asebie. Was hieß: mein Kopf gehört mir? Es hieß: zurück zur Intelligenz der Amöbe; hieß: zurück ins menschliche Nichtsein; zurück ins Nichts. Mein Kopf ist ein menschlicher Kopf, und als solcher ein edler Körper, aber just insofern, als er nicht mir gehört: voll ist von mir und neben mir schon Gedanken, und dieses Gedachte nun reproduziert zum Gebrauche derer, die nach mir kommen. Gerade als ein Organ der Fortpflanzung - also des Teilnehmens, also von Teilhabe in der sozialen und in der historischen Dimension zugleich - gehört mein Kopf nicht mir; wie zum Beispiel auch meine Hand als Organ der Fortpflanzung der unser Menschsein erweiternden Dinge nicht mir gehört. Dort, wo ich bin, bin ich's als pars pro toto.

Ins Psychologische umgewandelt: Etwas für sich reklamieren heißt logischerweise: ich will es nicht haben, und es nicht teilen. Doch ich bekomme nur, was ich gebe, mich bereichert nur, was ich verschende; und ich besitze nur, was ich teile. Es ergo sum.

Also nichts gehört mir; nicht einmal ich selber. Ich gehöre der Welt; und nicht bloß dieser, unserer Welt, ich gehöre dem Universum: dem einen Ganzen, von dem ich, für eine winzige Weile, als Individuum abgetrennt bin und in Autonomie versetzt; allein bloß in scheinbarer Autonomie. In Wahrheit - und die Fähigkeit, mitzuteilen, beweist das - bin ich identisch geliebt mit allem, was war, was ist, was sein wird. Vor allem, was anscheinend nicht ich selber bin, sagt mir mein Mitteilender: „Das bist Du!“

Mein Bauch gehört mir? Ja, ja, ich weiß schon, wie das gemeint war. Aber man wird doch wohl noch - um das Wort beim Jargon und damit beim Schalfischen zu nehmen - hinterfragen dürfen?

## Nobelpreisträgertagung

## Freiräume in der Natur entdeckt

Nicht alle Lebensprozesse seien bis ins letzte Detail vorprogrammiert, vielmehr habe sich die Natur auf molekularer Ebene eine gewisse „Freiheit“ vorbehalten. Deshalb könnten nicht alle Folgen biochemischer Vorgänge exakt vorausgesagt werden. Mit dieser Feststellung überraschte Professor Werner Arber die Teilnehmer der 34. Tagung der Nobelpreisträger, die Graf Lennart Bernadotte in Lindau eröffnete. Die diesjährige Veranstaltung, die 12. Tagung der Medizinpreisträger, zeigt die Bedeutung der modernen molekularbiologischen Forschung für die Entwicklung der Medizin.

Mit seiner Feststellung, daß sich die Natur Freiräume reserviert habe, ritt der Mikrobiologe und Nobelpreisträger aus Basel an den Grundstein der modernen Molekularbiologie. Bislang herrschte nämlich die Ansicht, daß alles Geschehen streng nach Naturgesetzen ablaufe und daß demzufolge auch alles vorhersehbar sei. Im makrobiologischen Bereich gilt nach wie vor die strenge Kausalität. Die biologischen Moleküle führen ihre Funktionen in ganz spezifischer Weise aus. Spezielle Enzyme spalten beispielsweise die Nukleinsäuremoleküle, also die Träger der genetischen Information. Andere biologische Reaktionen können sie weder einleiten noch kontrollieren. Betrachtet man jedoch das Geschehen in der Zelle, so läßt sich nicht immer sagen, an welcher Stelle ein bestimmtes Enzym den Strang mit der genetischen Information zerschneidet.

Die Infektion von Coli-Bakterien mit Viren war für Professor Arber ein anschauliches Beispiel zur Demonstration seiner Hypothese von den Freiräumen in der Natur. Im allgemeinen vermehren sich Viren, wenn sie in eine Bakterienzelle eingedrungen sind, und bewirken, daß die Wirtszelle zugrunde geht. Diese Aussage muß heute modifiziert werden, wenn man nicht die gesamte Bakterienkultur betrachtet, sondern die einzelne Bakterienzelle. Dann offenbart sich nämlich, daß nur in etwa 70 Prozent der Fälle der Eindringling sich vermehrt und den Wirt zerstört. In etwa 30 Prozent wird jedoch das virale Genom in die bakterielle Erbinformation eingebaut, ohne daß sich eine Veränderung bemerkbar macht. Das verlängerte Fadenmolekül wird vielmehr von Generation zu Generation vererbt. Jede Zelle trägt so den „schlafenden“ viralen Anteil.

Auf die zentrale Frage, wann eine bestimmte Zelle nach der Infektion den Weg der Virusvermehrung beschreitet und wann das virale Genom integriert wird, haben die Molekularbiologen allerdings bislang noch keine Antwort parat.

K. MÜLLER-CHRISTIANSEN

## Der Tod in der Literatur des 19. Jahrhunderts

## Das Ende eines fröhlichen Tages

Mord und Totschlag, Krankheit und Elend sind unsere täglichen Gäste. Das Fernsehen liebt die drastischen Zustände, im Spiel wie in den Reportagen und Nachrichten. Daraus ergibt sich eine recht seltsame Weltsicht. Der Tod ist nicht als die Erfüllung des Lebens interessant, sondern nur als Gewalttat, als Mord oder Krieg, als ein Ereignis, das den Menschen unvorbereitet überfällt. Der Tod wird im Leben nicht mehr mitgedacht, er wird gewöhnlich verdrängt. Der Streit um die „Sterbehilfe“ zeigt nur zu genau, daß uns die „ars moriendi“ verlorengegangen ist. Nicht anders sieht es bei den Krankheiten aus. Sie erscheinen in der veröffentlichten Meinung nur als Hypochondrie oder als ein Betriebsunfall, der im Krankenhaus als allmächtiger Reparaturwerkstatt schnell behoben werden kann. Zugleich mangelt es nicht an Klagen über eine angeblich unmenschliche Apparatemedizin und einer Überschiebung sogenannter natürlicher Heilverfahren. Die Ärzte schließlich erscheinen als Wundermänner, die auch das letzte Fünkchen Leben zu neuer Glut anzufachen vermögen, oder als geldgierige Fräulein im weißen Kittel. Allen diesen Urteilen fehlt gewöhnlich Mitte und Maß, weil die Menschen verlernt haben, mit der Krankheit zu leben.

Deshalb ist es lehrreich, zu erfahren, wie sich frühere Zeiten diesen Themen annahmen. Wie „Arzt, Krankheit und Tod im erzählerischen Werk Theodor Fontanes“ dargestellt werden, hat Katharina von Faber-Castell untersucht (Juris Druck & Verlag, Zürich). Die Arbeit erschien im Rahmen der Zürcher Medizinisch-ethischen Abhandlungen. Es geht also nicht um eine literarische Analyse, sondern um die Spiegelung der Wirklichkeit in der Literatur.

An Krankheit und Tod mangelt es bei Fontane nicht. Wiederholt enden seine Romane mit dem Tod der Helden. „Cécile“ begehrt Selbstmord, „Stine“ wird, obwohl ihr Ende offensichtlich ist, kaum wieder auf die Beine kommen. „Effi Briest“ und „Hilde in „Ellernklipp“ - so unterschiedlich auch das Schicksal ist, das ihnen der Dichter gibt - stehen an einer nicht näher bezeichneten Krankheit dahin, weil ihnen der Lebensmut abhanden kam. Nicht anders ist es bei den Männern, dem alten Stechlin, Perturbal in „Vor dem Sturm“ oder Hugo Grossmann in „Mathilde Möhring“, gleichgültig, ob sich ein erfülltes Leben vollendet, die tödliche Verwundung der jungen Polen trifft oder die Schwindsucht unerträglich voranschreitet. Innen ist ihr Ende bewußt, und sie akzeptieren das. Denn bei Fontane stirbt jeder seinen eigenen Tod.

Die Ärzte, auch das arbeitet Katharina von Faber-Castell überzeugend heraus, sind bei Fontane keine Wundermänner. Es sind Praktiker, die ihre Grenzen nur zu genau kennen. Sie wissen, wo es mehr auf den Zuspruch als auf alle ihre Tinkturen und Mittelchen ankommt. Und sie wissen, wann es das Beste ist zu schweigen. Doktor Leist, der Perturbal Hoffnungen macht, obwohl beide wissen, daß es keine Hoffnung mehr gibt, verliert darum nur folgerichtig das Vertrauen seines Patienten.

Die Krankheit selbst ist für Fontane kein Anlaß zur Wehleidigkeit oder zur Elendschilderung. Sie ist eher ein atmosphärisches Element, stark von der psychischen Konstitution bestimmt. Die Autorin kritisiert deshalb zum Schluß: „Trotz dieser Vielzahl und Vielfalt aber bleibt der Tod in Fontanes Werk oft nur ein Ereignis, das den Charakter einer Nachricht hat, und die spannungsvollen, gefühlsbeladenen Bilder, die der Tod in der menschlichen Vorstellung weckt, kaum widerspiegelt.“ Und sie fährt fort: „Der Tod wird zum spirituellen Geschehen. Die Qual der Agonie, der Todeskampf, d. h. alle Zeichen körperlichen Verfalls, werden nicht einmal angedeutet.“ Als Gegenbeispiel erinnert die Autorin „an Flauberts er-

greifende Sterbeszene in „Madame Bovary“.

Aber ist Fontane wirklich ein Schönfärber, der dem Ernst des Lebensendes nicht gerecht wird, weil er - wie es abschließend heißt - „dem Geschehen wohl alles Grauen, das er vermeiden will, damit aber auch seine Gewichtigkeit, seine reale Dimension“ nimmt? Wird in der deutschen Literatur sonst realistisch oder gar naturalistisch gestorben? In den Theaterstücken fehlt es, dem Genre gemäß, nicht an dramatischen Todeszenen.

Kleist's „Penthesilea“ stürzt sich, nachdem ihr Pfeil Achill niedergestreckt hat, mit ihren Händen auf den Geliebten und schlägt die Zähne in sein Fleisch. Als sie sich dann ihrer Verwirrung und des Wahns bewußt wird, gibt sie sich selbst den Tod, ohne Waffe oder Gift, nur durch ihre Willenskraft. In einer ähnlichen Dimension bewegt sich Rhesos in Hebbels „Gyges und sein Ring“. Sie heiratet ihn, nachdem er im Zweikampf den König Kandaules getötet hat, ersticht sich aber sofort danach. Und in der „hübschen“ Szenarie der „Maria Magdalena“ wählt Klara den Freitod, indem sie sich in den Brunnen stürzt. Der Tod kommt nicht unerwartet, aber er wird nicht ausgemalt oder - wie in der „Penthesilea“ - nur indirekt berichtet. Selbst bei Gerhart Hauptmann stirbt der alte Hilse in den „Wetern“ abrupt unter den Kugeln der Polizei, weil er, starrköpfig, nicht von seinem gewohnten Platz am Webstuhl weicht. Lediglich „Hanneles Himmelfahrt“ malt das Sterben des Kindes breit, eher rührend als anrührend, aus.

Auch die erzählende Literatur begnügt sich mit Diskretion, selbst bei dem grotesken Tod des „Klein Zaches“ von E. T. A. Hoffmann in einem Wasserkrieg. Auch das schreckliche Sterben des Marchese in Kleists „Bettelweib von Larnaco“, nachdem er das Zimmer, überall mit Tod gefüllt, an allen vier Ecken, müde seines Lebens, angestreckt“ hat, wird lediglich mit einem Adjektiv angedeutet: „... er war auf elendliche Weise bereits umgekommen.“

In Gottfried Kellers „Romeo und Julia auf dem Dorfe“ gehen die Kinder der verfeindeten Familien am Ende eines fröhlichen Tages gemeinsam in den Tod. Sie hängen ein „großes Schiff, hoch mit Heu beladen“, los und lassen sich den Fluß hinabtreiben. „Als sich die Stadt näherte, glitten im Froste des Herbstmorgens zwei bleiche Gestalten, die sich fest umwandten, von der dunklen Masse herunter in die kalten Fluten.“ Und selbst das jahrelange Siechtum des Juden Abdias in Stifters Erzählung begnügt sich mit kurzer Botschaft über die Krankheit und das Ende: „Abdias sah nach diesem Ereignis (dem Tod seiner Tochter Ditha) auf dem Bänken vor seinem Hause und sagte nichts, sondern schaute die Sonne an. Er sah viele Jahre ... und er wußte nicht, wie lange er gesehnen war, denn nach glaublichen Aussagen war er wahnsinnig gewesen ... Eines Tages sah er nicht mehr dort, die Sonne schien auf den leeren Platz und auf einen frischen Grabhügel.“

Fontane ist also keine Ausnahme. Die Zurückhaltung der Dichter des 19. Jahrhunderts gegenüber dem Sterben und dem Tod (wie übrigens auch gegenüber der Sexualität) beruht nicht auf einem Tabu, das keinen zu mißachten wagt, sie entspringt vielmehr dem Respekt vor jenen Lebensbereichen, die den Menschen auf sich selbst zurückverweisen, auf die Kraft seines Glaubens (oder Unglaubens).

Es war der Protopope Awakum, der auf der Flucht, um nicht dem alten Glauben abschwören zu müssen, von seiner erschöpften Frau gefragt wurde: „Wohin gehen wir?“ - „Ins Grab“, lautete die Antwort. Die Kunst der Gegenwart, indem sie das Sterben zu einem signifikanten, sensationellen Ereignis stilisiert, versucht diese einfache Wahrheit zu leugnen. Cui bono? PETER DITTMAR

## Zum Tode des französischen Philosophen Foucault

## Archäologie der Ideen

Große Geister zeichnet es aus, daß sie radikal kritisiert werden. Gemessen an der Radikalität der Kritik, die Michel Foucault erfahren hat, gehört der Historiker und Philosoph, der jetzt 57-jährig gestorben ist, zu den großen Geistern des zwanzigsten Jahrhunderts.

Der Einfluß Foucaults, der seit 1970 eine Professur für Ideengeschichte am Collège de France in Paris innehatte, ging weit über die Grenzen Frankreichs hinaus. Foucault gehörte der Schule der „Strukturalisten“ an. Mit Vehemenz und moralischem Rigorismus warf er sich auf die Untersuchungen von Themen, die andere Mitglieder seiner Profession wegen der unmittelbaren praktischen Bedeutung scheuten: das Verhältnis von Wahnsinn und Gesellschaft, die Geschichte des Gefängnisses, die Sexualität. Als Historiker ging er dabei „archäologisch“ vor. Er



Anziehungspunkt vieler Homosexueller: Das Berlin der zwanziger Jahre, hier ein „Tanzcafé“ (um 1925), gemalt von Otto Schott

## Berlin Museum: „Eldorado“ zeigt Geschichte und Alltag der Homosexualität

## Die Schönen von der Motz-Straße

Nur ganz Naive könnten unter dem Titel „Eldorado“ eine Ausstellung präkolumbischen Goldes vermuten. Im Berlin Museum geht es um andere „Eldorados“, um Lokale in der Motz- und Martin-Luther-Straße, die während der zwanziger Jahre bei Schicklen, Schwulen, Schönen, bei Lesben von Film, Börse, Theater und Literatur - und zwar beiderlei Geschlechts - unerhört „in“ waren. Denn die Ausstellung bemüht sich um „Geschichte, Alltag und Kultur homosexueller Frauen und Männer in Berlin 1850-1950“.

Ursprünglich hatte das Berlin Museum einer Arbeitsgruppe nur einen Ausstellungsraum überlassen wollen. Als aber der Plan bekannt wurde, gab es Proteste und demonstrative Ausritte aus dem Museums-Förderverein. Es eht der Leitung des städtischen Museums, daß sie schließlich selbst als Veranstalter die Ausstellung übernahm, die von verschiedenen Arbeitsgruppen vorbereitet worden war. Gewisse Reservierungen bei einigen Leihgebern, die Zurückweisung von Einladungen zur Eröffnung haben deutlich gemacht, daß es noch immer nicht leicht ist, dieses Thema aufzugreifen. Berlin hat in den zwanziger Jahren,

well es eine größere Freizügigkeit, eine stärkere Toleranz, auch die Anonymität der Weltstadt versprach, viele Homosexuelle angezogen. Namhafte Literaten, darunter Döhl, Sternheim und Hauptmann, und bildende Künstler haben das Thema der gleichgeschlechtlichen Liebe aufgegriffen oder die „Szene“ dargestellt. Von Otto Dix findet man in der Ausstellung das berühmte „Eldorado“-Aquarell, das dem Unternehmen den Namen gab, von Jeanne Mammen vielerlei Belege frau-fräulicher Zuwendung. Auch der „Führer durch das lasterhafte Berlin“ von 1930 mit den Illustrationen von Christian Schad, nach dem sich die Sammler die Finger lecken, ist hier zu besichtigen.

Eine der herausragenden Gestalten in der Schau ist der Gründer und Leiter des Instituts für Sexualwissenschaft, Magnus Hirschfeld. Da er Jude war, den Nationalsozialisten außerdem die ganze Richtung nicht paßte, wurde sein Institut 1933 geschlossen, die Bibliothek geplündert und Hirschfelds Veröffentlichungen bei den Bücherverbrennungen auf den Scheiterhaufen geworfen. Dieses distere Kapitel, auch das Schicksal vieler Homosexueller, die in Konzen-

trationslager kamen, werden hier dokumentiert.

Männliche und weibliche Homosexualität sind in der Ausstellung - streng, aber ordentlich - voneinander getrennt, wobei der lesbische Teil deutliche Schwächen hat. Auch auf der männlichen Seite sind einige Aspekte zu neckisch dargestellt. Immerhin hat man vernünftigerweise auf die übliche Prominenten-Galerie verzichtet. Überhaupt vermeidet diese Ausstellung, die ja nicht von Profis gemacht wurde, propagandistische Töne und Exhilarationen. Sie trägt keine Leidensmühen zur Schau. Kurzweilig und unverkennbar inszeniert sie die Lebendigkeit der sogenannten „Subkultur“ mit ihren Lokalkoloriten, Treffpunkten und Publikationen. Selbst von wohlgelesenen Zeitschriften - wie z.B. Flechtheims „Querschnitt“ - erfährt man hier, daß sie über das Thema Homosexualität berichteten. So wird - ergänzt durch den lesenswerten Katalog - ein spezifisches Stück aus Berlins „Geschichte, Alltag und Kultur“ bewußt, das zur Lebendigkeit und Toleranz dieser Stadt gehört. (Bis 8. Juli, Katalog, Frölich & Kaufmann, 28 Mark, im Buchhandel 34 Mark)

PETER HANS GÖPFERT

## Schlußpunkt an der Wiener Burg: Rudolf Noelte inszeniert „Maria Stuart“

## Der Mensch in der Kälte der Politik

Die Szene erinnert ein wenig an Giorgio de Chirico. Ein trapezförmiger, leerer Platz, eingewängt in Geschichte, die zur Architektur erstarrte. Und scharf trennt das Gemäuer Licht und Schatten: ein unwirtlicher Ort, an dem es die Menschen frieren muß. Aber das ist eben nur fast de Chirico. Ganz so kalt möchte es Rudolf Noelte bei seiner Wiener Burghaus-Inszenierung von Schillers „Maria Stuart“ denn doch wieder nicht haben. Ein paar Elefanten, hinten ein gemalter Park - ganz ohne Anmutung mag Noelte Geschichte nicht begreifen.

Hier also, vor dem Schloß Fotheringhay, treffen sich beide Königinnen. Hier entscheidet sich das Schicksal der Maria Stuart: Gnade durch ihre Rivalin Elisabeth oder Unterzeichnung des Todesurteils. Und in dieser Szene entscheidet sich zu meist auch das Schicksal einer „Stuart“-Inszenierung. Der Regisseur muß die Karten auf den Tisch legen. Das Verhältnis von Persönlichkeit und Geschichte ist zu klären.

In Bonn, wo Peter Eschberg die „Maria Stuart“ zu Beginn der Spielzeit inszenierte, entschied sich die Regie für den Unterleib. Die Psyche regierte die Geschichte. Noelte tendiert in Wien mehr zum Kopf. Seine Maria (Andrea Jonasson) entscheidet sich nicht aus sinnlichem Reflex gegen die Unterwerfung. Sie quält sich, sie

will leben. Sie lehnt die Unterwerfung aus einem inneren - fast möchte man sagen: sittlichen - Widerstand heraus ab. Und so ist auch Elisabeth (Martha Wallner) nicht so sehr als Frau herausgefordert, vielmehr als Königin. Sie wird in einen Entscheidungszwang getrieben, der emotional kaum gestützt und darum so viel schwerer ist.

Blütenreiner Noelte, möchte man sagen. Der Mensch in der Geschichte ist bei ihm a priori tragisch. Ewig Wiederholung, Sachzwänge, menschliches Versagen. Bei Noelte ist Elisabeth eine mindestens so tragische Figur. „O Sklaverei des Volksdienstes. Wie bin ich's müde, diesem Götz zu schmeicheln.“ Dieser Satz Elisabeths gewinnt hier eine überragende Bedeutung. Dagegen fällt der stittliche Triumph Marias, unschuldig auf den Scheiterhaufen zu steigen, ab. Die Szene gerinnt zu dezidiert, kunstvoller Langeweile. Noelte vernag Schiller hier nur widerwillig zu folgen.

Der Psychologe Noelte brauchte eigentlich ein Geschichts-Drama neuer Prägung. An den Klassikern läßt sich sein Geschichtsverständnis kaum exemplifizieren. Sein Salzburger „Danton“ und sein Bonner „Hamlet“ schafften die Wendung ins Tragische der Geschichte noch, weil hier das Scheitern des Politischen zu belegen war. Bei Schiller siegt das Politische äußerlich. Und die sittliche Idee tri-

umphiert im Scheitern. Beides wendet sich gegen Noelte.

Der Versuch, Schiller zu einer Art psychologischen Kammermusik zu bürzigen, geht im Detail viele hinreißende Szenen. Die Auseinandersetzungen Elisabeths mit ihrem Kronrat vollziehen sich bei Noelte wie in einem Wohnzimmer. Ein in sich zerrissener Leicester (Frank Hoffmann), ein kühler Staatsbeamter Burleigh (Kurt Meisel), ein sanft nervöser Mortimer (Sebastian Baur) oder ein kraftvoll gültiger Shrewsbury (überwiegend: Paul Hoffmann) - sie alle schaffen eine persönliche Atmosphäre, in der das Politische als eine sehr menschliche Dimension auftritt.

Aber das dehnt sich, das zerfließt in schönen Einzelheiten. Menschen sind so, gewiß. Politik spielt sich realer wohl auch viel eher so ab und nicht als abgehobener ideeller Entscheidungsprozess. Nur: Mit Schiller kann man das nicht machen. Er lebt vom Außerordentlichen. Matthias Kraß hat mit seinem Bühnenbild das gemilderte Chirico-Platzes im Sinne Noeltes gehandelt: die Kälte der Geschichte und das wärmende menschliche Detail. Beides jedoch nimmt sich gegenseitig den Atem. Und daß Noelte den Eros milderte, ihn als Argument herabspielte, ist konsequent gedacht, aber es nivelliert auch den Kampf. Berechtigt: Mäßiger Beifall.

LOTAR SCHMIDT-MÜHLISCH

## JOURNAL

### Hellers „Feuertheater“ über dem Reichstag

dpa, Berlin  
Der Wiener Künstler André Heller will mit 40 000 Raketen, Knallkörpern und Lichtern in der Nacht vom 7. auf den 8. Juli in unmittelbarer Nähe des Berliner Reichstages für insgesamt eine Million Mark ein „wahrhaftiges Kunstwerk der Liebe und Phantasie“ zünden. Es ist Hellers zweites „Feuertheater“ nach der Premiere von Lissabon. Er versichert, das Ereignis werde bei jedem Wetter stattfinden. Bei Regen erhofft sich Heller ein zusätzliches „bizarres, surreales Erlebnis“. So könnten bei niedrig hängenden Wolken zum Beispiel „leuchtende Delphine am Himmel tanzen“. Synchron mit dem Lichtzauber werden die Besucher in eine „Klangwolke“ aus Musik von Mussorgsky, Handel, Strawinsky und Orff gehüllt.

### Nach langer Haft in Kuba geht Vals nach Europa

AFF, Caracas  
Der kubanische Schriftsteller Jorge Vals (61), der nach seiner Freilassung aus 20-jähriger Haft in Kuba in Venezuela eingetroffen war, erklärte in Caracas, daß er heute nach Europa weiterreisen werde. Vals, der 1964 wegen „konterrevolutionärer Aktivitäten“ zu 20 Jahren Haft verurteilt worden war, sagte, durch die Poesie habe er die Freiheit wiedererlangt. „Von hundert Worten, die ich im Gefängnis schrieb, sind 99 verlorengegangen. Nur die Gedichte konnten rauskommen, in den Taschen meiner Freunde oder meiner Frau.“

### Theodor Däubler im Schiller-Nationalmuseum

DW, Marbach a. N.  
Parallel zur großen Sommerausstellung über Schiller auf deutschen Bühnen nach 1945 läuft im Marbacher Schiller-Nationalmuseum eine Kabinett-Ausstellung. Sie ist dem Dichter des „Nordlicht“, Theodor Däubler (1876-1934), zu seinem 50. Todestag gewidmet. Däubler, der engen Kontakt zu führenden Künstlerpersönlichkeiten hielt, wurde, was im begleitenden „Marbacher Magazin“ Nr. 30 (bearbeitet von Friedhelm Kemp und Friedrich Pfafflin, 112 S., 8 Mark) ausführlich dokumentiert wird, häufig porträtiert, u. a. von Barlach, Davringhausen, Dix, Grosz und Lehmbruck. (Bis 9. Sept.)

### Schmuck des Biedermeier und des Klassizismus

DW, Pforzheim  
Mit der Ausstellung „Eisen, Gold und bunte Steine“ zeigt das Schmuckmuseum in Pforzheim einen Überblick über bürgerlichen Schmuck aus der Zeit des Klassizismus und des Biedermeiers in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Ausgestellt sind mehr als dreihundert Schmuckstücke sowie Porträts, Modekupper und Entwurfszeichnungen. Die Übersicht wurde von Brigitte Marquardt erarbeitet, die erst jüngst ein Buch zum selben Thema publiziert hat (s. WELT v. 26.5.). Die Ausstellung dauert vom 7. Juli bis 9. Sept.

### Goyas Caprichos im Wilhelm-Busch-Museum

DW, Hannover  
„Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“ heißt das erste Blatt der achtzigteiligen Radierfolge „Los Caprichos“ von Francisco Goya. Der spanische Maler hatte sie in sechsjähriger Arbeit ohne Auftrag geschaffen. Es sind Graphiken, die auf eine sehr eigenwillige Weise die Schwächen und Eigenheiten der Menschen ins Bild setzen. Dummheit, Gutgläubigkeit, Eitelkeit und Schurkerei sind die immer wiederkehrenden Themen. Die 80 Blätter, die das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover unlängst erwerben konnte, werden bis zum 16. September gezeigt.

## Der Althistoriker Alfred Heuß wird 75 Jahre alt

## Erhalt der Geschichte

Vor Jahren formulierte Alfred Heuß, der heute seinen 75. Geburtstag feiert, ein Paradoxon. In seinem Buch „Verlust der Geschichte“ (1959) stellte er die für einen Universalhistoriker beklemmende Frage, ob nicht die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte das besträbe, daß Geschichte als lebendige Erinnerung verlorengeht.

Mehr als vier Jahrzehnte lehrte Alfred Heuß an der Universität Göttingen. Er wurde in Gautzsch bei Leipzig geboren, habilitierte sich 1936 für Alte Geschichte, unterrichtete an den Universitäten Leipzig, Königsberg, Breslau, Kiel, Köln und Göttingen. Im November letzten Jahres wurde ihm vom Bundespräsidenten als erstem Preisträger der Historikerpreis des Historischen Kollegs verliehen.

Die „Römische Geschichte“ von Alfred Heuß, die 1961 erschien und

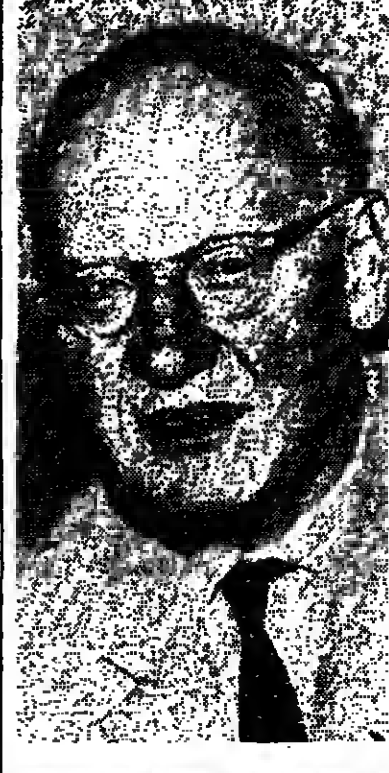
mehrere Auflagen erlebte, gilt heute als ein klassisches Werk deutscher Geschichtswissenschaft. Der Althistoriker Heuß hat sich jedoch nie auf sein Spezialfach begrenzt, unentwegt hat ihn das Thema der Weltgeschichte beschäftigt, noch allgemeiner: das Problem der Universalität.

Mit Golo Mann und Alfred Nitschke begann er 1960 die zehnbändige „Propyrien Weltgeschichte“ herauszugeben. Sie wurde zu einem der größten Bucherfolge der Nachkriegszeit. Heuß gab damit auch eine Antwort auf die Eingangsfrage: Um sich die Geschichte zu erhalten, muß man ein Bewußtsein von ihr entwickeln. (Morgen erscheint in der WELT die Besprechung von Heußens neuestem Werk, „Versagen und Verhängnis“, das sich mit dem „Ruin deutscher Geschichte und ihres Verständnisses“ auseinandersetzt.)

HELLMUT DITWALD



Die Gesellschaft verändert sich: Michel Foucault. FOTO: MARC GARAUER



Nestor der Alten Geschichte: Alfred Heuß. FOTO: PHK



